

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Die Infections-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Adressen oder deren Raum 20 Pf., für politische und gemeinnützige Vereine...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 29. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein Großer.

Robert Koch ist am Freitag in Baden-Baden im Alter von 68 Jahren gestorben. Schwerkrank hatte er hier in einem Sanatorium Besserung gesucht...

Ein großer Mann hat ausgelebt. Es ist ein köstliches und wertvolles Leben gewesen, ein Leben der Arbeit und Forschung, und wir, die Partei der Arbeit, grüßen voll Ehrfurcht den großen Toten...

Und die Arbeit, die Koch geleistet hat, rückt ihn gerade uns besonders nahe. Ist doch unser Kampf nicht zuletzt auch ein Kampf um die Gesundheit des Volkes...

Der Name Robert Koch hat in der ganzen gestifteten Welt, überall wo an der wissenschaftlichen Erforschung der Krankheiten und an der wissenschaftlichen Methodik ihrer Bekämpfung gearbeitet wurde, hellen Klang...

Robert Koch ist ein glänzendes Beispiel für die Kraft und den schließlichen Sieg der stillen, stetigen, zielstrebigen Arbeit. Er ist nicht als zukünftiger Professor auf die Welt gekommen...

Der Entdecker des Milzbrandbazillus hatte unterdessen eine Berufung ins kaiserliche Gesundheitsamt erhalten. In dem neuen Wirkungskreise gelang ihm 1881 der Nachweis des Tuberkelbazillus...

Und dann kam der große Tag der allzu großen, weil verfrühten Hoffnungen und der Enttäuschungen: Koch war es endlich im Jahre 1890 gelungen, ein spezifisches Mittel gegen

die Tuberkulose zu finden: das Tuberkulin. Allzu hoch gespannt waren die Erwartungen der Kranken und zu kurz waren die Erfahrungen mit dem neuen Mittel...

Aber mit der Zeit haben auch das Tuberkulin und seine mannigfachen Verbesserungen und Abänderungen ihren Wert als Erkennungsmittel der Tuberkulose und ihre Bedeutung als Heilmittel in den frühen Stadien erwiesen...

Das Institut für Infektionskrankheiten, das Koch begründete und von 1891-1904 leitete, wurde die Sammelstätte und das Zentrallaboratorium für die Erforschung der zahlreichen übertragbaren Krankheiten...

Was Koch im Laboratorium entdeckt hat, das wußte er auch unmittelbar in den Dienst der Krankheitsbekämpfung und Krankheitsverhütung zu stellen. Ihm vor allem ist die Ausbildung der modernen Seuchenbekämpfung zu danken...

Aber auch an die Schranken, die diesen Erfolgen gesetzt sind, ist der große Hygieniker wohl oft mit Unmut und Trauer gestoßen. So glänzend die Erfolge waren, so konnte es doch dem Mediziner nicht verborgen bleiben...

Was Koch begonnen, setzen heute eine große Anzahl von Schülern in allen Weltteilen fort. Vieles und Großes wird noch auf dem Gebiet, auf dem Koch Bahnbrecher war, geleistet werden. Und so wird Robert Koch als Pionier einer neuen Epoche der Medizin seine Spur noch lange auf dem unendlichen Meere menschlicher Weiterentwicklung leuchten lassen.

Leichenichau.

Die Reizeologe, die die Presse der verschiedenen Parteien dem so jämmerlich abgewürgten Wahlrechtswechselbalge widmen, behandeln begreiflicherweise sämtlich die Frage: Wie ist es gekommen? Wer trug die Schuld? Einzelne liberale Blätter sind der Meinung, Herr v. Heydebrand selbst habe diese Abtreibung der Leibesfrucht herbeigeführt...

widerlichen Schacherpolitik empfinden kann, ist die entschiedene Einsicht. Sie weiß, daß die Reform kommen muß. Eine entschiedene Reform! Mag die konservative Presse im Verein mit den Blättern der hamburgischen Pfaffenlade und der rheinisch-westfälischen Industriekendalen noch so sehr bramarbasieren...

Das Zentrum schreibt Herrn v. Zedlitz und seinen Intrigen die Schuld an der schändlichen Pleite ihrer „staatsmännischen“ Politik zu, bei der es sich nutzlos bis auf die Knochen blamiert hat. Die Rationalliberalen hingegen wiederum lagern Regierung und Konservative wegen ihrer förmlichen Unnachgiebigkeit an...

Wie wenig die Reaktion sich sicher fühlt, beweisen am besten die Auslassungen der offiziellen „Nord. Allg. Zig.“ Stündigt das Regierungsgeschäft doch, allerdings zwischen den Zeilen und in verkapulierter Form, eine neue Wahlrechtsvorlage an.

Es handelt sich bei der Reform des preussischen Wahlrechts um eine einschneidende Aenderung der preussischen Verfassung und um eine Materie, in der nicht nur die Anschauungen, sondern auch die Interessen der Parteien weit auseinandergehen. Solche Fragen, um die in den meisten Ländern lange gekämpft wurde...

Die Junkerpresse freilich tobt gegen jeden neuen Reformversuch. So legt die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom Sonnabend dar, daß jeder Versuch, ein Kompromiß zwischen der Dreiklassenwahl und einem demokratischen Wahlsystem herzustellen, bei den klar zutage liegenden Gegensätzen unseres Parteilbens an seinen eigenen inneren Widersprüchen naturgemäß scheitern müsse...

Darum hoffen wir, daß die preussische Regierung sich warnen lassen wird durch das Schicksal dieses ersten „Reform“-Versuches. Die letzten Landtagswahlen haben bewiesen, daß sie dabei des Beifalles der besten und bodenständigsten Elemente Preußens sicher sein kann. Jedenfalls aber kann sie sicher sein, damit am besten der großen geschichtlichen Aufgabe des preussischen Staates zu dienen: Seine Macht auf den bewährtesten Grundlagen fest und unversehrt zu erhalten zum Wohle der Monarchie und zum Heile des deutschen Reiches und Volkes!

So freut es uns, daß insbesondere auch der Wert der indirekten und der öffentlichen Wahl wieder deutlich in der Erscheinung getreten ist und es verdienen die Worte mit voller Berechtigung, mit denen der Abgeordnete v. Heydebrand vor dem Lande noch einmal feststellte, daß in keinem Stadium der hinter uns liegenden Wahlrechtsverhandlungen die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses von dem Standpunkte abgewichen ist, den die überwältigende Mehrheit aller unserer Parteifreunde auch noch heute einnimmt und stets einnehmen wird, daß sie die öffentliche Wahl für das richtige hält.

Fast noch fanatischer legen sich die „Hamb. Nachr.“ für das elendeste aller Wahlsysteme ins Werk:

„Festigkeit und Entschlossenheit, das Volkswort des preussischen Wahlrechts in seiner antidemokratischen Kraft ungeschwächt zu wahren, werden nötig sein, um die Folgen abzuwehren, die das leichtsinnige Wahlrechtsexperiment, das zunächst noch fehlgeschlagen ist, bereits angerichtet hat. Die schiefe Ebene der Demokratisierung des preussischen Wahlrechts ist mit der Weimannschen Vorlage betreten worden. Ein positives Ergebnis, wie auch immer es beschaffen gewesen wäre, hätte schon ein gutes Stück auf dieser Ebene hinweggeführt. Jetzt gilt es, die Position, die der 27. Mai wieder eingenommen hat, gegen alle weiteren Aufstufungen zu halten. Mit verdoppelten Anstrengungen werden nunmehr die revolutionären Heer ihr Wüten und Wühlen gegen Preußens Wahlrecht fortsetzen, unterstützt nach wie vor von den bürgerlichen Sturmgewossen, und leider auch von den Nationalliberalen, die das Mitleid am preussischen Wahlrecht eine beträchtliche Strecke nach links geschoben hat. Nur ein machvolles Quos ego!, zu dem sich alle staatsbeherrschenden Elemente in Preußen und im Reiche zusammenraffen sollten, kann noch dem drohenden Anheil wehren.“

In das gleiche Horn tönt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. So haben wir denn heute keinen anderen Wunsch, als daß das Ergebnis ein definitives sei, und daß man sich auch durch viel Kärm, der zweifellos in der nächsten Zeit und von Zeit zu Zeit immer wieder ausbrechen wird, nicht dazu verführen lasse, an dem unglücklichen Rinde einer Stunde der Verlegenheit und eines gebrochenen Kuhhandels Wiederbelebungsvorläufe zu machen. Unser Land braucht dringend der inneren Ruhe. Wäge sie bald auf Grund der bewährtesten Staatsverfassungen sich ein!

Ein anderes Scharfmacherorgan, die „Post“, bedauert lebhaft, daß nicht doch eine Verständigung auf der Grundlage der Herrenhausbeschlüsse zustande gekommen sei:

Dadurch wird der durch die Finanzreformkampagne entstandene Riß zwischen den früheren Wodparteiern nur noch vertieft, die Konservativen nur noch in engere Verbindung mit dem Zentrum und die Nationalliberalen mehr nach links gedrängt. Tertius gaudens ist, wie die Erfahrung bei den Erbschaften zum Reichstag erwies, die Sozialdemokratie. Man wird daher die Befürchtung nicht abwenden können, daß das Scheitern der Wahlvorlage die ohnehin schon ungünstigen Aussichten für die nächsten Reichstagswahlen noch weiter beträchtlich verschlechtert hat.

Die „Germania“ bezeugt dem „Mantelmann“ v. Zedlitz eine vernünftige Niederlage:

Der Abg. Zehr v. Zedlitz-Reutich hat damit weder seine liberalen Freunde, noch die Regierung retten können, die anscheinend auf der, sagen wir einmal in aufdringlicher und zu liegendem, Vermittlungstätigkeit des freikonservativen Führers eine zu große Bedeutung beigelegt hat und sich dadurch hat täuschen und in die Niederlage hineinziehen lassen. Denn darüber wird sich die Regierung heute wohl nicht mehr einer Selbsttäuschung hingeben, daß sie heute im Abgeordnetenhaus eine Niederlage erlitten hat. Wir nehmen diese Niederlage der Regierung nicht tragisch. Herr v. Bethmann Hollweg hat keinen Anlaß, deshalb zurückzutreten, weil das Wahlrechts-Erbeil des Pfaffen Hülsm zum Bankrott gelangt ist. Er selbst wird aber daraus lernen, wie schon der Abg. Herold betont hat, daß die Wahlrechtsbewegung nicht zur Ruhe kommen wird und daß die zukünftige Wahlrechtsreform nicht mehr den plutokratischen Charakter zeigen wird.

Davon, daß das Zentrum, das an der Wahlrechtsbewegung bisher so vollständig unschuldig war, künftig auch dafür sorgen wird, daß die Wahlrechtsbewegung nicht zur Ruhe kommen wird, und die neue Wahlrechtsreform einen demokratischeren Charakter erhält, läßt das Zentrumblatt vorläufiger nichts verlauten!

Die „National-Zeitung“ schreibt:

„Wie dem auch sei, die Regierung wird über die Stimmung nicht im Unklaren sein und versuchen müssen, eine Reform zu geben, die diesen Namen wirklich verdient. Wenn Herr v. Bethmann Hollweg nunmehr der Ansicht ist, an dem Scheitern des Entwurfs trage nicht die Regierung die Schuld, sondern die Parteien hätten das Schicksal der Vorlage verschuldet, so darf sich die nationalliberale Partei von diesem Vorwurf freisprechen. Sie hat ehrlich und eifrig mitgearbeitet, bis zuletzt, solange noch Hoffnung auf Verständigung genährt werden durfte, aber über die durch den wahren Liberalismus bedingten Grenzen konnten die Nationalliberalen nicht hinausgehen. Nicht die Unstimmigkeit innerhalb der Parteien hat die Regierung auf den toten Punkt gebracht, auf dem sie sich jetzt befindet, sondern ihre eigene Unklarheit und Schwäche, die sie gaudern und zögern ließ, dem Liberalismus die Rechte gleich von vornherein zukommen zu lassen, auf die er berechtigten Anspruch hat.“

Ähnlich äußert sich die „Kölnische Zeitung“:

„Einstweilen haben die Konservativen das durchgeleitet, was ihnen am meisten am Herzen lag; sie haben jede Wahlrechtsreform verhindert, und sie hoffen wohl auch, daß sie unseren leitenden Staatsmännern die Lust, am preussischen Wahlrecht zu ändern und die Versprechungen der Thronrede einzulösen, gründlich verleidet haben. Ob sie darum recht behalten werden, bleibe einstweilen dahingestellt. Wie aber auch der Reichstangler und die Regierung über eine neue Wahlrechtsreform denken mögen; kommen wird sie, und dann werden die Konservativen vielleicht bedauern, daß sie jetzt eine Reform verweigert haben, bei der sie noch recht gut weggekommen wären.“

Die freisinnige Presse schließlich fordert mit lebhaften Ansätzen zur Fortführung der Wahlrechtsbewegung auf. Hoffentlich setzt der Freisinn diese schönen Worte auch selbst recht energisch in die Tat um. Daß das sozialistische Proletariat auch in den künftigen Wahlrechtskämpfen seinen Mann stehen wird, darüber herrscht innerhalb der Arbeiterbewegung nur eine Meinung. Heuert doch das „Correspondenzblatt der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ die Gewerkschaftsgenossen zu unablässigem Kampfe an, indem es schreibt:

„Für die Arbeiterschaft aber ergibt sich die Notwendigkeit, die weitere Entwicklung der preussischen Wahlrechtsfrage mit demselben Interesse und mit der gleichen Anteilnahme wie bisher zu verfolgen. Die Wahlrechtsbewegung darf weder erkalten noch verfaulen — sie muß an Umfang und Intensität von Tag zu Tag zunehmen, damit den Landtagsparteien, denen ein veraltetes Wahlrecht die Entscheidung über die Geschicke Preußens in die Hand gelegt hat, die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes eben so sehr, als jeder unzulänglichen Wahlrechtsänderung verhältnißlich gemacht wird. Je eher sich die Erkenntnis durchdringt, desto besser für die Zukunft. Dann wird die Bahn frei für eine Wahlrechtsreform, die diesen Namen auch verdient, für ein Wahlrecht auf der Basis der Reichsgleichheit aller Staatsbürger. Daß dieses Wahlrecht kommen wird, daß das Dreiklassenwahlrecht dem Untergang geweiht ist, dafür wird die preussische Wahlrechtsbewegung ihre ganzen Kräfte einsetzen.“

## Die Verhandlungen über die Bewegung im Baugewerbe

unter Leitung der Unparteiischen sind Sonnabend im Reichstag fortgeführt, aber noch nicht zu Ende gebracht worden. Obwohl die Debatten den ganzen Tag in Anspruch nahmen, ist es doch zu irgend einem Resultat nicht gekommen. Die Arbeitgeber beharren im allgemeinen grundsätzlich auf allen ihren Forderungen. Zunächst entspann sich eine lange Erörterung über die Frage der Akkordarbeit. Nach dem bisherigen Vertragsmuster ist Akkordarbeit zulässig. Die Akkordpreise unterlagen besonderer Vereinbarung. Die Arbeitgeber fordern nun eine Verschärfung insofern, als sie in den Vertrag eine Bestimmung aufgenommen wissen wollen, daß die vertragsschließenden Parteien sich jeder hindernden Einflußnahme sowohl auf Arbeitgeber, als auch auf Arbeitnehmer zu enthalten haben. Seitens der Vertreter der Arbeiter wurde demgegenüber ausgeführt, daß sie sich auf ein so einseitiges Verlangen auf keinen Fall einlassen können. Mit demselben Recht könnten sie ja fordern, daß die Arbeitgeber sich jeder fördernden Einflußnahme zu enthalten haben. Auch die Unparteiischen weisen darauf hin, daß durch die Forderung der Arbeitgeber die Parität nicht gewahrt sei. Einen weiteren Streitpunkt bildet die Frage der Lohnzahlung. Die Arbeitgeber wollen, daß 14-tägige Lohnzahlungsperioden da, wo sie bestehen, beibehalten werden. Die Arbeiter wünschen im allgemeinen wöchentliche Lohnzahlung. Eine Einigung wurde dahin erzielt, daß es heißt, die 14-tägigen Lohnzahlungsperioden dürfen beibehalten werden. Die einzelnen Orte können aber über wöchentliche Lohnzahlungsperioden Vereinbarungen treffen.

Die Frage der Schlichtung von Streitigkeiten kam sodann zur Besprechung. Die Arbeitgeber schlugen eine Schlichtungskommission vor, in der stets ein Arbeitgeber den Vorsitz führt. Sie verlangen weiter eine zweite Instanz und schließlich eine dritte Instanz, für die der jeweilige Rektor der Technischen Hochschule in Charlottenburg den Vorsitzenden bestimmt.

Gegen Schlichtungskommissionen u sich haben die Arbeiter nichts einzuwenden. Sie protestieren aber dagegen, daß von vornherein stets ein Arbeitgeber den Vorsitz führt. Weiter geht ihr Vorschlag dahin, daß nach Art des Tarifamtes der Bund der Arbeitgeber zur Schlichtung von prinzipiellen Fragen die Zentralvorstände der beiderseitigen Organisationen von Zeit zu Zeit zusammen kommen. Auch hierüber kam es zu keinem Einverständnis, doch erklärten die Arbeitgeber, sie seien auch damit zufrieden, daß der Staatssekretär des Innern den Vorsitzenden bestimmt.

Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Forderung der Arbeitgeber, daß die Einstellung und Entlassung von Arbeitern Sache der Arbeitgeber, nicht mehr des einzelnen Arbeitgebers sein soll. Die Arbeiter erblicken hierin die Möglichkeit, mit Maßregelungen in großem Umfang gegen sie vorzugehen. Auch die sog. Agitationsklausel sowie die Verjährungsklausel führen zu heftigen Auseinandersetzungen. Ebenso heftige Debatten gab es bei der Frage des Arbeitsnachweises. Die Arbeitgeber beharren unbedingt darauf, daß einseitige, unter ihrer Leitung stehende Arbeitsnachweise errichtet werden, die Arbeiter dagegen fordern paritätische Arbeitsnachweise und erklären, daß sie sich einem derartigen Ansinnen der Unternehmer auf keinen Fall fügen werden. Es ist offensichtlich, daß die Arbeitgeber die Arbeitsnachweise als Maßregelungsinstitute benutzen wollen.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Arbeiter, namentlich in der Frage der Arbeitszeitstabilisierung auf 10 Stunden, in der Frage des zentralen Vertragsabschlusses, des Arbeitsnachweises und in ähnlichen prinzipiellen Fragen, nachgeben können. Sie werden kaum zugestehen können, daß sie sich einem Schiedsspruch unterwerfen, der diese Punkte mit einbegreift. Die Position der Arbeiter ist derartig, daß sie verlangen dürfen, daß die Unternehmer lediglich auf Grund des bisherigen Vertragsverhältnisses unterhandeln und lediglich etwa auf dieser Basis Schiedssprüche gefällt werden.

Soviel darf man den Männern, die an der Spitze der deutschen Bauarbeiterbewegung stehen, schon zutrauen, daß sie, die ihren Berliner Kollegen vor einigen Jahren unter dem heftigsten Sturm der Entrüstung in Anbetracht der Verhältnisse zur Nachgiebigkeit rufen mußten, die Situation genau überschauen. Sie wissen, was sie wagen dürfen. Die Kolonne der angreifenden Unternehmer ist zum Stillstand gebracht. Ob sie nach etwa verpaßter Gelegenheit zum Friedensschluß noch die Energie zu einem erneuten Vorstoß aufbringen wird, ist mindestens fraglich. Aber wenn auch die Unternehmer werden sich höchstens den Schädel einrennen. Die Feste der Arbeiter steht völlig unversehrt. Und eine Millionenschar trägt den kämpfenden andauernd Probiert und Pulver zu.

## Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Gestern begann die allgemeine Debatte über den dritten Abschnitt des ersten Buches der vorgeschlagenen Reichsversicherungsordnung: Die Versicherungsbehörden. Die öffentlichen Behörden der Reichsversicherung sollen beauftragt sein die Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und das Reichs- und Landesversicherungsamt. Die Versicherungsämter haben die Geschäfte der Reichsversicherung als untere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und Auskunft in Angelegenheiten der Reichsversicherung zu erteilen. Sie können die Versicherungsträger in deren Angelegenheiten unterstützen. Auch können ihnen die Landesregierungen noch andere Aufgaben aus der knappschaftlichen Versicherung übertragen. Das Versicherungsamt soll in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde errichtet werden. Die Oberversicherungsämter bilden die höhere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde. Sie sind in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde vorgesehen und treten mit einem Teile ihrer Aufgaben an die Stelle der gegenwärtigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Endlich soll das jetzige Reichsversicherungsamt als oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde übernommen, aber durch die Landesversicherungsämter für einen großen Teil der Versicherungsfälle ersetzt werden.

Die Aufgaben der Versicherungsämter sind: I. Allgemeines. II. Aufgaben für alle Zweige: Leitung der Arbeit der Versicherungsvertreter; Anordnung, betreffend Gewohnheitsfragen; Gutachten bei Festsetzung des Ortslohnes; Entscheidung bei Erbschaftsprüfungen und anderen Spruchfällen.

III. Aufgaben für die Krankenversicherung: Aufsicht über die Kassen und Kassenverbände; Mitwirkung bei der äußeren Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitigkeiten und auf Beschwerden; Befähigung von Kassenbeamten bei Streit; Genehmigung der Krankenordnung; Festsetzung des Wertes der Roth- und Hilfsstoffe bei Hausgewerbetreibenden; Befugnis in Strafsachen.

IV. Aufgaben aus der Unfallversicherung: Teilnahme an der Unfalluntersuchung; Entscheidung in Spruchverfahren; Entscheidung einzelner Streitigkeiten; Mitwirkung bei Anmeldung der Betriebe, dem Betriebsverzeichnis, Prämienzahlung usw.; Festsetzung von Geldstrafen; Anordnung der Haftung von Bauherren; Vereidigung von technischen Aufsichtsbeamten usw.

V. Aufgaben für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Entscheidung auf Anträge, Beschwerden, Streitigkeiten; Beteiligung an der Ueberwachung; Befugnisse in Strafsachen; Vorbereitung des Bescheides.

Der Vorschlag, in allen unteren Verwaltungsbezirken je ein Versicherungsamt zu errichten, hat namentlich bei den Berufsgenossenschaften heftigen Widerspruch hervorgerufen, weil dadurch angeblich unerträglich große Kosten entstehen und die Selbstverwaltung aufs äußerste eingeschränkt werden würde. Diese Gründe machten auch in der Kommission zunächst die konservativen Redner geltend. Auf ihre Veranlassung hat das Reichsamt des Innern in verschiedenen Bezirken Stichproben vorgenommen, wie groß die Kosten sein würden, die durch die Versicherungsämter verursacht werden. Der Bericht über das Ergebnis dieser Untersuchung liegt noch nicht vor. Jedoch hatte der Ministerialdirektor am Schluß der Sitzung am Donnerstag mitgeteilt, daß sich die früheren Berechnungen des Reichsamtes als zutreffend erwiesen haben; die Kosten würden 6-7 Millionen Mark betragen und nicht, wie aus den Kreisen der Berufsgenossenschaften berichtet worden war, 12 Millionen oder gar 20 Millionen Mark.

Die Konservativen waren aber auch mit diesen Feststellungen nicht zufrieden. Dieselben Leute, die die ungeheuren Summen für Militarismus und Marineausbau bewilligen, können sich darüber gar nicht beruhigen, daß zur besseren Durchführung der Arbeiterversicherung zwölf Geld ausgegeben werden könnte, und zwar, soigten die konservativen Redner, dieser Umsturz! Die Verwaltungsbehörden haben sich auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung bewährt. Deshalb genüge es, wenn ihnen die bisherigen und neu hinzukommenden Aufgaben überwiesen werden. Wie das im einzelnen zu regeln sei, könne der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Als Vorschläge der Abteilungen für die Aufgaben der Arbeiterversicherung sollten nicht neue Beamtenstellen geschaffen werden, wie in dem Entwurf vorgeschlagen ist, sondern es sollte auf dem Lande der Landrat oder sein Assessor und in der Stadt ein Magistratsrat genommen werden. Ebenso könne es mit der höheren Instanz gemacht werden, zumal — meinte Freiherr v. Camp-Kassau — die meisten Oberpräsidenten an einem großen Mangel ruhrender Beschäftigung leiden. Unzufrieden ist Herr v. Camp ferner damit, daß auch zu den Versicherungsämtern Vertreter der Arbeiter und der Ar-

beitgeber hinzugezogen werden sollten. Das sei in den meisten Fällen nur schwerfälliger und wertlos. Viele Arbeiter würden durch von ihrer Berufstätigkeit so sehr abgehoben, daß sie die Geschäftlichkeit und schließlich die Lust zu ihrer Berufstätigkeit einbüßen. Deshalb sollten die Vertreter nur bei einzelnen, ganz besonders wichtigen Fragen mitwirken.

Demgemäß stellten die konservativen folgende Anträge: Die Geschäfte der unteren Aufsichtsbehörde in Angelegenheiten der Reichsversicherung sind Gemeindebehörden oder Staatsbehörden zu übertragen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung. Wo das Gesetz die Hinzuziehung von Beisitzern vorschreibt, sind die Beisitzer zur Hälfte aus Arbeitgebern und aus Arbeitern zu entnehmen.

Aus demselben Standpunkt stellten sich im allgemeinen die Redner der Nationalliberalen und Freisinnigen.

Die Regierungsvertreter erinnerten daran, daß der Reichstag wiederholt einen gemeinsamen Unterbau verlangt und ausdrücklich anerkannt habe, daß jegliche Verfahren genüge nicht. In der Tat sei es dringend notwendig, daß das Verfahren vereinfacht und die Leistungen der ersten Instanz verbessert werden. Dann könne auch das Reichsversicherungsamt entlastet werden. Die Mitarbeit der Arbeitervertreter habe sich bisher stets bewährt und sei gerade auf diesem Gebiete wertvoll. Auch sei die jegliche Verwaltung durchaus nicht billig. Der Staatssekretär Herr Dr. Delbrück führte aus eigener Beobachtung an, daß z. B. die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Westpreußen enorm hohe Verwaltungskosten habe. Im übrigen versichern die Herren, daß sie dasselbe wie die Konservativen wollen. Die Bestimmung sei einzig und allein auf den Wunsch einiger kleinerer Bundesstaaten in den Entwurf gekommen, weil hier und da die Errichtung einer selbstständigen Behörde aus besonderen Gründen zweckmäßiger wäre. In Preußen aber werde unbedingt ganz im Sinne der konservativen Forderungen verfahren werden.

Demgegenüber wies der sozialdemokratische Redner, Genosse Robert Schmidt, nach, daß die Versicherungsämter viel besser ausgebaut werden müssen, wenn sie wirklich dem Bedürfnis entsprechen sollen. Vor allen Dingen sei es unbedingt notwendig, daß die Versicherungsämter selbständige, unabhängige Behörden sind, die sich ausschließlich mit den Aufgaben der Arbeiterversicherung zu befassen haben. Nur dann kann sich der Vorstehende so einarbeiten, daß er seine Aufgaben erfüllt, wie es notwendig ist. Den Vorstehenden hat das Reichsversicherungsamt selbst zu wählen. Die Versicherungsvertreter müssen von den Arbeitern auf der einen Seite und von den Arbeitgebern auf der anderen Seite mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl gewählt werden. Die Aufgaben der Versicherungsämter müßten einheitlich geregelt werden. Besonders bedauerlich sei es, daß in dem Entwurf dem Versicherungsamt die Mitwirkung bei der Feststellung der Unfallrenten entzogen sei. Hier sei sogar eine viel weitergehende Mitwirkung als im Vorentwurf vorgeschlagen worden. So bei der Unfalluntersuchung und bei der Einholung ärztlicher Gutachten. Mit aller Entschiedenheit trat Redner für die Hinzuziehung der Arbeitervertreter ein. Die guten Erfahrungen mit diesem Verfahren zeigen sich überall bei den Gewerbegerichten, Schiedsgerichten usw. Der jetzige Zustand der Festsetzung der Unfallentschädigung sei eine schwere Verachteiligung der Arbeiter, die erst durch den berufsfähigen Bescheid erfahren, wie es mit ihrem Entschädigungsanspruch steht. Oft genug enthält selbst dieser Bescheid nicht einmal die notwendigen Angaben über den Sachverhalt, das ärztliche Gutachten usw. Bei manchen Berufsgenossenschaften werden die Rentenfestsetzungen im Bureau ganz schematisch erledigt und die Mitglieder des Feststellungsausschusses unterschreiben den Bescheid, ohne Kenntnis der Akten, Gutachten usw.

Auffallend war die Stellung des Zentrums. Zunächst sprach Professor Hise ganz allgemein für einen gemeinsamen Unterbau, von dem er sich die schönsten Erfolge verspreche. Er hat nicht die Geldfrage entscheiden zu lassen. Bei den vielen Hunderten von Millionen Mark, die jedes Jahr unsere Arbeiterversicherung erfordert, komme es nicht auf einige wenige Millionen an, die zur besseren Durchführung der Versicherungen notwendig seien. Was hierfür ausgegeben werde, komme vielfach wieder der Gesamtheit zu Gute. — Später kam Erzberger zu Wort, um mit möglichst viel Worten — zur Sparsamkeit zu mahnen. Er warnte vor jedem neuen Beamten, weil eine neue Stelle, die einmal im Etat steht, sich immer mehr ausweitet. Ja, er vertiefte sich so weit, die Zunahme der Geschäftslast bei dem Reichsversicherungsamt auf diesen Zustand zurückzuführen.

Im übrigen betrieß die von Parteien Übereinstimmung darüber, daß die Kosten nicht zum größten Teil den Versicherungen aufgebürdet werden dürfen, sondern daß dazu besonders Staat und Reich herangezogen werden müssen. Ebenso wandelten sich die meisten Redner gegen die Landesversicherungsämter, Montag Fortsetzung der Debatte.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Mai 1910.

### Eine Niederlage des Zentrums.

Am Sonnabend beriet das Abgeordnetenhaus u. a. in zweiter Lesung die Vorlage betr. die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in der Provinz Schleffen. Die frommen Herren vom Zentrum, denen ja nichts an der Bildung des Volkes liegt, sondern die die Jugend einzig und allein mit Religion überfüllen und sie möglichst verbummen wollen, beicelten sich, die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschulen zu beantragen. Das gab unserem Genossen Hoffmann Gelegenheit, dem Zentrum wieder einmal die Maske vom Gesicht zu reißen und mit gutem Humor in pointenreicher Rede gegen das Streben der Frommen zu Felde zu ziehen. Den Herren vom Zentrum war dabei sichtlich unangenehm zu Mute, sie suchten sich persönlich an Hoffmann zu reißen, aber sie erreichten dadurch nur, daß sie sich eine neue Abfuhr holten. Der Zentrumsantrag selbst wurde abgelehnt. Das gleiche Schicksal widerfuhr einer freikonservativen Resolution auf baldige Vorlegung eines Gesetzes über obligatorische ländliche Fortbildungsschulen in der Provinz Posen. Die Vorlage selbst gelangte mit einer Resolution zur Annahme, die die Einstellung größerer Mittel in den Etat für ländliche Fortbildungsschulen in leistungsschwachen Gemeinden verlangt.

Vorher hatte das Haus das Gerichtslostenngesetz in zweiter Lesung angenommen und einige kleinere Vorlagen erledigt.

Am Montag stehen wieder kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

### Die Kulturträger im Herrenhause.

Ein Zufall wollte es, daß am Sonnabend nicht bloß im Dreiklassenhause, sondern auch im Herrenhause über Schulfragen geredet wurde. Die Etablierung der dazu den Anlaß. Die junkerlichen Kulturträger im Hause der Lords strahlten wieder einmal in hellem Lichte. Der Junker v. Klitzing, der bei früheren Gelegenheiten über die luxuriöse Ausstattung der III. und IV. Wagenklasse und über die unnützen Handlanger auf den Eisenbahnen gesezt hatte, schimpfte diesmal über die luxuriösen Schulpaläste. Der alte Feldmarschall Haeseler hielt einen langen Vortrag, der auf die zufällig im Saale anwesenden geborenen und berufenen Gesetzgeber augenscheinlich sehr einschläfernd wirkte, über die Verwendung königstreuer Fortbildungsschulen zur „Vernichtung“ der Sozialdemokratie. Dem Konfirmanden der Garburger

Professoren, die sich durch das Frankfurter Universitätsprojekt bedroht fühlen, gab Herr Küster ergreifenden Ausdruck, der wehmütig von der Gefährdung der ältesten evangelischen Hochschule Preußens sprach. Nach längerem Hin- und Herreden wurde der Kultusrat bewilligt. Zwischen durch hob man noch die Verdienste des verstorbenen Forschers Robert Koch hervor — der sympathischste Zug in der ganzen öden Sitzung. — Am Montag will man in der Staatsberatung fortfahren.

### Geliefert.

Dem Minister des Innern v. Nolcke ist bekanntlich mehrfach das Maß überlassen, die Unzufriedenheit der Junker zu erregen, nicht weil er nicht so wollte wie sie, sondern weil seine Fähigkeiten offenbar nicht ausreichten, um ganz zweifellos den Kurs zu erkennen, den er zu steuern hatte, um sich die Zufriedenheit zu erwerben. Was voraussehen war, ist jetzt eingetroffen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß er nach Schluß des Landtags aus dem Amte scheidet wird. Wer den Junkern nicht paßt, kann nicht lange Minister sein in Preußen. Mit dem Schicksal der Wahlreform hat das Schicksal v. Nolckes nichts zu tun.

### Eine Arbeit für den Kronprinzen.

Der Kaiser ist durch eine Fumelle an der Hand am Schreiben behindert. Er hat daher, wie im „Reichsanzeiger“ bekannt gegeben, den Kronprinzen beauftragt, die amtlichen Schriftstücke zu unterschreiben, die ihm der Kaiser zugehen läßt.

### Sterbende Jugend.

Unter dieser nicht läßlichen Epigramme teilt die nationalliberale „Dortmunder Zeitung“ mit, daß in der letzten Zeit in der Provinz Westfalen folgende jungliberale Vereine eingegangen sind: Wesselschen-Schule, Günnigfeld, Hamm, Herne, Hordhausen, Langendreer, Wattenscheid, Weitmar und Witten.

### Die gefährliche Feuerprije.

In Webelinghofen im Wahlkreis Neuf-Ordenbroich, einer ganz schwarzen Ecke am linken Niederrhein, fand am 8. Mai zum ersten Male eine von Sozialdemokraten einberufene Versammlung statt. Nach dem Referat forderte u. a. auch ein Webelinghofener Bürger die Versammlungsbefugter auf, in Zukunft die Sozialdemokratie bei Wahlen zu unterstützen. Diese müßigen Worte trugen dem Bürger folgenden Brief ein:

Webelinghofen, den 25. Mai 1910.

Herrn Hub. Hefels

Hier.

Laut einem Schreiben unseres 1. Chefs Herrn Bürgermeisters Knaben muß Ihnen mitteilen, daß Sie mit dem heutigen Tage als Mitglied der freiwilligen Feuerwehr ausgeschieden sind, wegen Ihrer Agitation, sowie öffentlichen Bekenntnis zur Sozialdemokratie.

Wünsche nun höflichst bitten um Ablieferung Ihrer Uniformstücke.

D. Vermuth, Brandmeister.

Hefels gehörte der freiwilligen Feuerwehr seit sechs Jahren an und wurde des öfteren als müßiger Wehrmann belobt. — Mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie mit der Feuerprije ist es also doch nicht! Vielmehr muß sogar die Feuerprije gegen die Sozialdemokratie geschützt werden!

### Wiederbeginn des Wahlrechtskampfes.

Eine große Wahlrechtsdemonstration unter freiem Himmel feiert die Breslauer Sozialdemokratie für Dienstag abend, gleich nach Heterabend, an. Als Referenten zu dem Thema „Der Wahlrechtskampf wird neu eröffnet“ sind zwei Landtagsabgeordnete gebeten worden.

### Der Breslauer Polizeisäbel.

Ein Breslauer Bürger hat sich gezwungen gesehen, bei der Staatsanwaltschaft Hilfe zu suchen. In seiner Anzeige sagt dieser Mann:

Am 12. d. M., nachts gegen 1 1/2 Uhr, kam ich zu Hause aus dem Vereinslokal eines Radfahrervereins auf der Hohenzollernstraße. Ich hatte den ganzen Abend nur zwei Glas Bier getrunken, was ich durch Zeugen nachweisen kann. In der Nähe des Zeitgartens hörte ich, wie jemand „W!“ machte. Ich nahm an, daß dieser Ruf von einer Prostituierten herührte, die in dieser Gegend täglich anzutreffen sind, und fuhr deshalb weiter, ohne mich genau zu unterrichten, ob meine Vermutung zutrifft. Ich hatte kaum die Straße erreicht, als ich plötzlich ein Geräusch vernahm. Im nächsten Augenblick sah ich wenige Schritte vor mir einen Schuttmann mit blankem gezogenem Säbel, der mich mit den Worten anrief: „Abpringen! abpringen!“ Ich erwiderte, daß ich nicht sofort abpringen könne, sondern erst das Rad zum Stillstehen bringen müsse. Ehe ich aber noch vom Rade herunterkam, verfehlte mir der Schuttmann mit seinem blanken Säbel einen wuchtigen Schlag über die linke Schulter. Ich stürzte dadurch zu Boden und auf das Straßengitter. Außer einer großen Wunde an der linken Stirnseite erlitt ich einen Schlüsselbeinbruch. Inzwischen war vom Reiterberge her ein Schuttmann hinzugekommen, der, wie sich jetzt herausstellte, mir das „W!“ zugerufen hatte. Dieser Beamte schrieb meinen Namen und meine Wohnung auf, während ich der Schuttmann, der mir die schwere Verletzung beigebracht, davonmachte. Ich schleppte mich mühsam nach der Promenade, wo ich zusammenbrach und mich auf einer Bank niederlassen mußte. Als ich mich etwas erholt hatte, raffte ich mich auf und ging langsam, unter großen Schmerzen, nach meiner Wohnung in der Färberstraße.

Zeugen dieses Vorfalls sind nicht vorhanden; ich kann leider auch die Namen der beiden Schuttmänner nicht angeben. Der königlichen Staatsanwaltschaft wird es aber gewiß gelingen, sie zu ermitteln.

Mein Arbeitgeber, die Firma S. Wt., hier, Antonienstr. 6/8, hat mich wegen meiner Krankheit entlassen.

Ich behaupte, daß mich der Schuttmann zu Unrecht mißhandelt hat, und bitte darum die königl. Staatsanwaltschaft, gegen ihn die Strafverfolgung einzuleiten.

Ergebenst

Kurt Zibis, Sandhüter, Färberstr. 8.

An die königliche Staatsanwaltschaft Breslau.

Seit zehn Tagen hat bereits der Staatsanwalt die Anzeige in Händen, und, merkwürdig: während er zur Zeit gegen die — Straßendemonstranten mit einer geradezu auffallenden Fügigkeit arbeitete, läßt er sich in diesem Falle ebenso auffallend lange Zeit.

### Wahlrechtsentziehung auf Grund des Rinderprivilegs.

In mehreren Gemeinden Schlesiens wurden viele Genossen auf Grund des Rinderprivilegs aus dem Gemeindegewählertlisten gestrichen. Die hiergegen eingeleitete Beschwerde wurde vom Landrat zurückgewiesen, ebenso die Klagen vor dem Kreis- und Bezirksauschuss. Jetzt hat nun der Oberpräsident von Schlesiens im Dienstaufsichtsweg verfügt, daß die Streichungen auf Grund des Rinderprivilegs unzulässig und nur auf mangelnde Gesezeskenntnis der Gemeindegewählertlisten zurückzuführen sind.

### Konserverbatter Vorstoß gegen die Nationalliberalen.

Die Konserverbatter drohen mit einer Vergeltung für die nationalliberalen Angriffe auf ihren Besitz. Sie haben bekanntlich in Leipzig beschlossen, bei der nächsten Reichstagswahl selbstständig vorzugehen und einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Die „Kreuzzeitung“ findet dies Vorhaben vollständig in der Ordnung. Sie erklärt es für eine wertwürdige Zustimmung, wenn die Liberalen, die „in geschlossener Front“ und vereint mit der Sozialdemokratie den grundsätzlichen Kampf gegen die Konserverbatter bereits ausgenommen haben“, aus „nationalen Gründen“ die Unterstützung durch die rechtsstehenden Wähler erwarten.

Ob die Konserverbatter mit dieser Rebanzpolitik in Leipzig irgend etwas ausrichten, ist freilich noch mehr als zweifelhaft. Dort sind seit vielen Jahren die Konserverbatter und Nationalliberalen zusammengegangen. Früher allerdings leisteten sich die Konserverbatter, die damals als Reformpartei auftraten, eine Sonderkandidatur, mit der sie gegenüber den Nationalliberalen in beträchtlichem Rückstand blieben. Bei der Stichwahl gingen dann Nationalliberalen und Reformpartei wieder einträchtig zusammen. Die Nationalliberalen brauchen also vor der Leipziger Sonderkandidatur der Konserverbatter wirklich keine Angst zu haben. Die Stimmen der Konserverbatter sind ihnen für eine Stichwahl ja doch sicher.

Hoffentlich freilich fällt das nächste Mal die Wahl so aus, daß wie im Jahre 1903 auch der Zusammenschluß der nationalliberal-konserverbatter Reaktion den Sieg der Sozialdemokraten nicht zu verhindern vermag.

### Frankreich.

#### Das Regierungsprogramm.

Paris, 28. Mai. (Meldung der Agence Havas.) Unter den Mitgliedern des Kabinetts ist ein vollkommenes Einverständnis über das der Kammer vorzulegende Programm erzielt worden. Es wird versichert, daß die Regierung sich für die Stichwahl mit entsprechender Vertretung der Minorität sowie Verlängerung der Dauer der Mandate auf sechs Jahre auszusprechen werde. Die Mandate sollen in Dreiteilen erneuert werden. Andere Gesetzesentwürfe sollen sich beziehen auf das Beamtenstatut, Verwaltungs- und Justizreform, Arbeitsverträge, und auf das Notentprogramm. Schließlich will die Regierung gemeinsam mit dem Senat eine Finanzreform ausarbeiten auf Grundlage des von der Kammer angenommenen Einkommensteuergesetzes.

### Belgien.

#### Der Generalrat der belgischen Partei über die Wahlen.

Brüssel, 25. Mai. (Fig. Ver.) Am Mittwoch beschäftigte sich der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie mit dem Ergebnis der Kammerwahlen, die gezeigt haben, daß der Sozialismus dort Fortschritte zu verzeichnen hatte, wo die Organisation sich geistigt hat und wo die Genossen in voller Unabhängigkeit kämpften. Andererseits habe sich wieder gezeigt, daß die liberale Partei ihre Siege vorzugsweise der Unterstützung der Sozialdemokratie zu danken habe. Verschiedene Redner hoben die mit Eifer und Zähigkeit geführte Wahlkampagne der sozialdemokratischen Partei hervor, die sich besonders in dem von den Merkmalen bedrohten Wahlkreis von Courtrai manifestierte, wo seit den vorletzten Wahlen von dem vlämischen Deputierten Debünne eine ununterbrochene organisatorische und propagandistische Arbeit geleistet wurde. Seit vier Jahren, erzählte Debünne, hätte er keine 5 Sonntage der Agitationsarbeit entzogen.

Nach vollzogener Kritik, die der Generalrat auch insbesondere an der Kartellierung übte, aus der die Liberalen alle Vorteile zögen, beriet der Generalrat über den Arbeitsplan für die künftigen Wahlen. Insele vertrieß auf die Neueinteilung der Wahlkreise und die Vernehmung der Mandate, die nach dem Wahlgesetz die neue Volkszählung herbeiführen wird. Die Sozialdemokratie müsse für die Wahlen von 1912 die Auflösung der Kammer verlangen, damit die Merkmalen, die nicht mehr die Mehrheit des Landes repräsentieren, nicht aus Teilwahlen Nutzen ziehen. — Der Generalrat beschließt schließlich behufs Durchberatung des künftigen Arbeitsprogramms die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses für den 26. Juni. Dieser wird sich u. a. mit der Wahlreform, mit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und den Arbeiterpensionen sowie mit dem Koalitionsrecht, insbesondere der Staatsarbeiter befassen.

### Türkei.

#### Die Aretastrage vor der Kammer.

Konstantinopel, 28. Mai. Die Kammer verhandelte heute über die Aretastrage. Nach Verlesung einer Eingabe von 16 mohammedanischen Deputierten der türkischen Kammer, worin diese herbeizehen, daß ihr Leben gefährdet sei, und daß das mohammedanische Element unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr auf der Insel bleiben könne, sowie nach Verlesung von Depeschen der Provinzialparlamente, wurde ein Interpellationsantrag eingebracht, der von mehr als 200 Deputierten gezeichnet ist und worin die Regierung aufgefordert wird, Erklärungen zu geben, was sie zur Verteidigung der Souveränitätsrechte der Türkei getan habe. Der arabische Deputierte Scheich Essad sagte, sogar die Beduinen von Madina hätten geschworen, Areta zurückzugewinnen oder zu sterben. Wenn das Kabinett innerhalb einer Woche die Aretastrage nicht löse, würden die Mohammedaner der ganzen Welt, sogar diejenigen Afghanistans, des Sudans und Algeriens vom Kabinett die heilige Prophetenlehre zurückverlangen und sich selbst Recht verschaffen. Der armenische Reichsminister Ali sagte, ein Kabinett, welches in die Vertrauensfrage aus dem Königreich mit der Verwaltung der Insel Areta einwilligen würde, würde gelacht werden. Ein Kriegsvorwand gegen Griechenland könnte leicht gefunden werden. Großvezir Salki Pascha erklärte, die Mächte hätten die Unmöglichkeit anerkannt, Areta an Griechenland zu geben. Sie seien demnach, eine Lösung für die Aretastrage zu finden. Die Mächte hätten ihre frühere Haltung zugunsten der Türkei geändert. Die Türkei werde Areta nur durch einen Krieg bezwingen abgeben. Die Regierung müsse aber weise vorgehen. Die Türkei könne nicht nach Areta ziehen, solange sich dort die Mächte befinden, welche die Souveränitätsrechte der Türkei wahren. Mit Griechenland habe die Türkei nichts zu tun. Areta werde der Türkei nicht verloren gehen, dafür werde das Kabinett alle Opfer bringen im Bewußtsein, daß die ganze Nation hinter ihm stehe. Darauf wurde zur Tagesordnung übergegangen.

### Nicaragua.

#### Ende des Aufstandes.

San Juan, 28. Mai. Wie das Reutersche Bureau aus Bluefields meldet, haben die Truppen des Präsidenten Madriz, unterstützt durch das Feuer des Kanonenboots „San Jacinto“, die Insurgenten am Freitag morgen geschlagen und Bluefields Bluff genommen. Man nimmt an, daß dieser Sieg das Ende der Revolution in Nicaragua bedeutet.

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

Zoeben erschien im Verlag der Wiener Volks-Buchhandlung Janak Brand u. Co. zu Wien: Marx-Studien. Vorträge zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Max Adler und Dr. Rudolf Hilferding. Band III. Preis 8 M. Inhalt: Dr. R. Hilferding, „Das Finanzkapital“, 477 Seiten. — Tatjana Origorovici, „Die Wertlehre bei Marx und Lassalle“, 88 Seiten. Beide Werke sind auch in Separatausgaben erhältlich.

Dr. R. Hilferding: Das Finanzkapital gliedert sich in folgende Abschnitte:

Geld und Kredit. Die Mobilisierung des Kapitals. Das fiktive Kapital. Das Finanzkapital und die Einschränkung der freien Konkurrenz. Das Finanzkapital und die Krisen. Zur Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals.

Im Vorwort sagt der Verfasser u. a.:

In den folgenden Blättern soll der Versuch gemacht werden, die ökonomischen Erscheinungen der jüngsten kapitalistischen Entwicklung wissenschaftlich zu begreifen. Das heißt aber, diese Erscheinungen in das theoretische System der klassischen Nationalökonomie einzureihen versuchen, die mit W. Petty beginnt und in Marx ihren höchsten Ausdruck findet. Das Charakteristische des „modernen“ Kapitalismus bilden aber jene Konzentrationvorgänge, die einerseits in der Aufhebung der freien Konkurrenz durch die Bildung von Kartellen und Trusts, andererseits in einer immer innigeren Beziehung zwischen Bankkapital und industriellem Kapital erscheinen. Durch diese Beziehung nimmt das Kapital, wie später näher dargelegt wird, die Form des Finanzkapitals an, die seine höchste und abstrakteste Erscheinungsform bildet.

Der inhaltliche Schein, der das Kapitalverhältnis überhaupt umgibt, wird hier am undurchdringlichsten. Die eigentümliche Bewegung des Finanzkapitals, die selbstständig erscheint, obwohl sie reflektiert ist, die mannigfachen Formen, in denen sich die Bewegung vollzieht, die Lösung und Verschmelzung dieser Bewegung gegenüber der Bewegung des industriellen und kommerziellen Kapitals sind Vorgänge, die eine Analyse um so eher verlangen, als das rasche Wachstum und der immer mächtigere Einfluß, den das Finanzkapital in der jetzigen Phase des Kapitalismus ausübt, das Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklungen, damit aber auch jede wissenschaftliche Ökonomie und Politik ohne Kenntnis der Gesetze und der Funktion des Finanzkapitals unmöglich macht.

Die theoretische Analyse dieser Vorgänge mußte so zur Frage nach dem Zusammenhange dieser Erscheinungen führen und damit zu einer Analyse des Bankkapitals und seines Verhältnisses zu den anderen Kapitalformen. Es mußte untersucht werden, ob den juristischen Formen, in denen das industrielle Unternehmen gegründet wird, spezifische ökonomische Bedeutung zukommt, was also die ökonomische Theorie der Aktiengesellschaft etwa anzusetzen habe. In den Beziehungen aber zwischen Bankkapital und Industriekapital konnte nur die Vollendung der Beziehungen erblickt werden, die in den elementareren Formen des Geldkapitals und des produktiven Kapitals zu finden waren. So warf sich die Frage nach der Rolle und dem Wesen des Kredits auf, die ihrerseits nur beantwortet werden konnte, wenn die Rolle des Geldes klargestellt wurde. Dies war um so wichtiger, als seit der Formulierung der Marx'schen Geldtheorie eine Reihe wichtiger Probleme durch die Bestimmungen vor allem des Geldwesens in Holland, Oesterreich und Indien aufgenommen worden waren, auf die die bisherige Geldtheorie keine Antwort zu finden schien, ein Umstand, der Knapp, der das Problematische der modernen Gelderscheinungen scharfsinnig erkannte, zu seinem Versuche verleitete, jede ökonomische Erklärung besitzte zu streichen und an deren Stelle eine juristische Terminologie zu setzen, die zwar keine Erklärung, also kein wissenschaftliches Greifen, aber doch wenigstens die Möglichkeit einer vorurteilslosen, unpräjudizierten Beschreibung zu bieten schien. Die eingehendere Behandlung dieser Geldprobleme war aber um so nötiger, als nur durch sie der empirische Schein für die Mächtigkeit einer Werttheorie geliefert werden kann, die die Grundlage jedes ökonomischen Systems bieten muß, und zugleich erst aus der richtigen Analyse des Geldes die Rolle des Kredits, damit aber die elementareren Formen der Beziehungen zwischen Bank- und Industriekapital erkannt werden konnten.

So ergab sich die Wiederholung dieser Studie von selbst. Der Analyse des Geldes folgt die Untersuchung des Kredits. Daran schließt die Theorie der Aktiengesellschaft und die Analyse der Stellung, die das Bankkapital hier gegenüber dem industriellen Kapital einnimmt. Dies führt zur Untersuchung der Effektenbörse als des „Kapitalmarktes“, während die Warenbörse wegen der in ihr sich verwickelnden Beziehungen von Geldkapital und Bankkapital einer besonderen Betrachtung unterworfen werden mußte. Mit dem Fortschreiten der industriellen Konzentration verschoben sich die Beziehungen zwischen Bank- und Industriekapital immer mehr und machen das Studium dieser Konzentrationsercheinungen, wie sie in den Kartellen und Trusts gipeln, und das ihrer Entwicklungstendenzen nötig. Die Erwartungen, die an die Ausbildung der monopolistischen Vereinigungen für die „Regelung der Produktion“ und damit für die Fortdauer des kapitalistischen Systems geknüpft werden und denen namentlich für die periodischen Handelskrisen große Bedeutung beigelegt wurde, erhellten eine Analyse der Krisen und ihrer Ursachen, wovon der theoretische Teil beschlossen war. Da aber die Entwicklung, die theoretisch zu erwarten versucht wurde, zugleich bedeutende Einwirkungen auf die Klassengliederung der Gesellschaft ausübte, so erliefen es angezeigt, in einem letzten Abschnitt den hauptsächlichsten Einflüssen auf die Politik der großen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft nachzugehen. . . .

### Tatj. Origorovici: Die Wertlehre von Marx und Lassalle zerfällt in folgende Kapitel:

Die Unterschiede zwischen der Marx'schen und der Lassalle'schen Werttheorie im Rahmen der bisherigen Kritik. Der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit als des wertbildenden Faktors bei Marx und Lassalle. Der Charakter der wertbildenden Arbeit bei Marx und Lassalle. Die Unvereinbarkeit der Marx'schen Wertlehre mit der Lassalle'schen Wertlehre. Wertbildung und gesellschaftliche Zusammenhänge bei Lassalle. Lassalle'scher Idealismus, die Hauptursache seiner falschen Auffassung der Marx'schen Wertdefinition.

Die Kritik der Genossen Origorovici ist vom Genossen Wehling in der „Neuen Zeit“ als eine der besten und klarsten Darstellungen der Marx'schen Werttheorie bezeichnet worden.

### Die Staatsaktion gegen das Dortmunder Lieberbuch.

Nachdem schon in den verschiedensten Städten die Beschlagnahme des von der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ herausgegebenen Lieberbuches für Waffengefangen verfügt worden ist und Hausdurchsuchungen dort stattgefunden haben, ist das Verfahren nun endlich nach Dortmund selbst gelangt. Hier schickte man aber entgegenkommenderweise Tags zuvor schon den Gerichtsschlichter, der die Beschlagnahme verfügte, ehe man zur Hausdurchsuchung schritt. Nur einige Exemplare fielen der Polizei, die sechs Mann hoch erschienen war, in die Hände. Nach am selben Tage fand eine Vernehmung des Geschäftsführers der „Arbeiterzeitung“, Gen. Umbreit, statt. Es scheint, daß man auf Grund des Aufreizungsparagrafen (!) ein Strafverfahren einleiten will. Das Buchlein hatte großen Erfolg, denn 200 000 Exemplare sind davon abgesetzt worden.

# Gewerkschaftliches.

## Der Arbeitsnachweis und die Arbeitsvermittlung im Holzarbeitergewerbe.

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Mittwoch eine Vertrauensmännerversammlung für sämtliche Bezirke und Branchen der Verwaltung Berlin des Holzarbeiterverbandes, die Freyers großen Saal füllte. Der Arbeitsvermittler G. W. G. gab eine Uebersicht über die Entwicklung der Arbeitsvermittlung im Laufe der Jahre 1902 fuchten die Unternehmer den Arbeitsnachweis ganz in ihre Hände zu bekommen, um ihn nach dem Muster der Säbnermänner zu einer Kontrollstation gegen die Arbeiter umzugestalten. Darüber kam es auf diesem Gebiete zu einem Kampf, der drei Jahre dauerte und mit der Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises endete, der im Juni 1905 erlassen wurde. Das hatte zwar von Anfang an die gute Folge, daß bedeutend mehr Stellen als früher vermittelt wurden, aber dem Nachweis haftete der Fehler an, daß er nicht obligatorisch war. Nicht nur die Arbeitgeber benutzten den Nachweis lange nicht in dem Maße, wie es zu einer durchgreifenden Regelung der Arbeitsvermittlung notwendig war, auch die Arbeitnehmer konnten sich zu einem Teil schwer an die neuen Verhältnisse gewöhnen, zumal die selbständigen Arbeitsnachweise der christlichen und der Hirsch-Dunderscher Organisation weiterbestanden und wenn auch nicht viele, so doch immerhin einen Teil Stellen vermittelten. Erst als im Jahre 1907 die Krise einsetzte, wurde es allen mehr und mehr klar, welchen Wert eine allgemeine und gründliche Regelung der Arbeitsvermittlung hat. Es wurden dahingehende Beschlüsse gefaßt, aber es fehlte in der schlechten Zeit an der Macht, sie durchzuführen. Jetzt erst ist es durch den Abschluß des neuen Vertrages gelungen, auf diesem Gebiete Besserung zu schaffen. Die Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises ist obligatorisch gemacht, wenn auch mit einer gewissen Beschränkung. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, den Nachweis in erster Linie zu benutzen und dürfen sich nur, wenn sie innerhalb 24 Stunden oder innerhalb zweier Vermittlungszeiten keine Arbeitskräfte erhalten, solche auf andere Weise beschaffen. Andere Arbeitsnachweise als der paritätische dürfen nicht benutzt werden. Dies sind die wichtigsten der neuen Bestimmungen. Die christliche und die Hirsch-Dunderscher Organisation, die ja beide in das neue Vertragsverhältnis mit aufgenommen sind, haben ihre Arbeitsnachweise bereits aufgelöst und ihre Arbeitsvermittler sind auch schon auf dem paritätischen Nachweis mit tätig. Es läßt sich bereits jetzt feststellen, daß die neuen Bestimmungen einen guten Einfluß auf die Arbeitsvermittlung ausüben. So laufen z. B. für die Bautischler, die bisher viel darüber zu klagen hatten, daß keine Stellen nach dem Nachweis kamen, seit Pfingsten fortgesetzt Arbeitsangebote ein, und es fehlt auch fast nie an den geeigneten Arbeitskräften, um die Stellen sofort zu besetzen. Durch Rücksprache mit den Arbeitgebern in den einzelnen Werkstätten ist um so mehr dafür gesorgt, daß sie sich an die obligatorische Benutzung des Nachweises gewöhnen.

Es ist mit den Unternehmern unter anderem auch die Vereinbarung getroffen, daß bei allen Stellen, wo es sich um Lohnarbeit handelt, die Lohnhöhe von vornherein angegeben werden soll. Um den dem Arbeitsnachweis weiter entfernt wohnenden Mitgliedern die Wahrnehmung der Kontrolle zu erleichtern, sollen in mehreren Vororten Kontrollstellen errichtet werden, wo sich die Arbeitslosen so lange melden können, wie sie bei der Arbeitsvermittlung noch nicht an der Reihe sind. Die erste Anmeldung der Arbeitslosigkeit muß selbstverständlich in der Gormannstraße erfolgen. Uebrigens sind die Verhandlungen mit den Unternehmern über die weitere Regelung der Arbeitsvermittlung noch nicht ganz abgeschlossen. Die Unternehmer wünschen unter anderem eine weitere Ausdehnung der Vermittlungszeit, was bei der wachsenden Zahl von Stellenangeboten wohl auch im Interesse der Arbeiter liegen kann.

Pflicht der Mitglieder ist es nun, ihrerseits ebenfalls streng darauf zu achten, daß die Besetzung der Stellen lediglich durch den Arbeitsnachweis vor sich geht. Um dies durch Beschluß festzulegen, möchte der Redner im Namen der Verwaltung der Versammlung folgende Vorschläge:

1. Um die Arbeitsvermittlung gemäß den Bestimmungen des Vertrages zu regeln, wird es den Kollegen zur Pflicht gemacht, das Umschauen nach Arbeit unter allen Umständen zu unterlassen. Ebenso ist das Vermitteln der Kollegen untereinander untersagt. Zeitungsinserate müssen unberücksichtigt bleiben.
2. Jeder Kollege hat sich bei eintretender Arbeitslosigkeit sofort im Arbeitsnachweis zu melden.
3. Sollen in den Werkstätten ledige Plätze besetzt werden oder werden solche unter Umgehung des Nachweises besetzt, so müssen die Vertrauensleute oder Werkstattschäfte eventuell durch Vorstelligwerden bei dem Unternehmer darauf dringen, daß diese Stellen vertragsmäßig durch den Nachweis besetzt werden.
4. Bei allen Werkstattsdifferenzen bei Nicht-Vertragsmitgliedern ist auch die Anerkennung und Benutzung des Arbeitsnachweises zu fordern.

Dem Referat folgte eine rege Diskussion, in der über einige Mängel in der Arbeitsvermittlung gesprochen wurde. Unter anderem wurde darüber gelaßt, daß die Räume des Nachweises nicht ausreichen, so daß oft ein allzu großes Gedränge entsteht. Dagegen Uebel wird ja einigermaßen dadurch entgegengewirkt werden, daß in den Vororten Kontrollstellen errichtet werden. Die Vorschläge des Referenten und der Verwaltung wurden von der Versammlung einstimmig zum Beschluß erhoben, sind also jetzt für alle Mitglieder bindend.

Unter Verbandsangelegenheiten teilte Leopold das Ergebnis einer Untersuchung über die bei den Möbelherstellern Plathe n gegahlten Löhne mit. Bei den Vertragsverhandlungen im Frühjahr 1910 war Herr Plathe n, dem Vorsitzenden der Organisation der Berliner Holzindustriellen, vorgeworfen worden, daß er niedrigere Löhne zähle als andere Unternehmer derselben Branche. Das bestritt er ganz entschieden, und die Angaben, die die Arbeiter seiner Fabrik bei den statistischen Erhebungen über ihre Löhne gemacht hatten, erklärte er für unrichtig. Es wurde daraufhin mit den Unternehmern vereinbart, daß durch je einen Vertreter beider Organisationen eine Untersuchung über die Löhne in der Fabrik vorgenommen und daß das Ergebnis in den Versammlungen beider Parteien mitgeteilt werden sollte. Die Untersuchung hat nun stattgefunden, und zwar auf Grund der Auszahlungs- und der Lohnbücher. Sie hat ergeben, daß der Durchschnittslohn der Tischler im Monat 30,90 M., der der Tischler im Lohn 27,24 M., der der Maschinenarbeiter 29,52 M., der der Polierer 29,52 M., der der Hilfsarbeiter 22,28 M. ist. Auf alle Gruppen berechnet, kommt ein Durchschnittslohn von 29,10 M. heraus. Nach den Feststellungen für die gesamte Möbelbranche in Berlin betragen jedoch die Durchschnittslohn der ersten vier Gruppen 31,23 M., 29,82 M., 22,85 M. und 31,80 M. Die Arbeitslöhne bei Plathe n sind also tatsächlich niedriger als im allgemeinen in der Branche. Nach den Angaben der Arbeiter bei den statistischen Erhebungen im Herbst 1909 waren die Durchschnittslohn der fünf Gruppen bei Plathe n 27,74 M., 26,64 M., 27,88 M., 28,67 M. und 21,95 M., so daß ein Gesamtdurchschnittslohn von 27,44 M. herauskommt. Daß diese Angaben mit den tatsächlich festgestellten Löhnen nicht übereinstimmen, beruht darauf, daß die statistischen Erhebungen unvollkommen waren und sich im ganzen nur auf 196 Arbeiter erstreckten, während die Untersuchung 398 Arbeiter umfaßt. Der Durchschnittslohn ist also für die Gesamtzahl der Beschäftigten um 1,66 M. höher, als er für die an der Statistik Beteiligten angegeben wurde, aber immer noch um 1,40 M. niedriger als der für die in Betracht kommende Branche ermittelte Durchschnittslohn.

Am Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende G. L. O. die Vertrauensmänner auf, die Sammellisten für die kämpfenden Bauarbeiter recht rasch zu benutzen. Die letzte Generalversammlung der Holzarbeiter Berlins hat zwar beschlossen, der Bauarbeiterschaft allwöchentlich 1000 M. aus Kassemitteln zu überweisen, es scheint jedoch darüber hinaus

angebracht, daß die Mitglieder auch noch durch persönliche Opfer die Kämpfenden unterstützen.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Kürschner!** Bei der Firma Karl Salbach, Hofkürschnermeister, Berlin W., Unter den Linden 67, haben am 21. Mai sämtliche dort beschäftigten 21 Arbeiter und 31 Arbeiterinnen, insgesamt 52 Personen, wegen des Auftretens des Werkführers Mann die Arbeit eingestellt.

Da die Firma zwei Werkstellen mit je einem Werkführer hat, so gewannen die Arbeiter schon lange die Ueberzeugung, daß das rigorose Auftreten des Herrn Mann, verbunden mit der niedrigen Lohnzahlung, dazu dienen sollte, seine Werkstelle gegen die andere auszuspielen. Aus nichtigen Gründen schnauzte er am Freitag die Leute an: "Wem es hier nicht paßt, der kann gehen!" Ohne Verabredung legten sofort sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Werkstelle die Arbeit nieder. Da die Firma Verhandlungen mit dem Verband ablehnte, blieben die Arbeiter der anderen Werkstelle aus Solidarität der Arbeit fern. Am Sonnabend versuchte die Ortsverwaltung nochmals, die Differenzen mit der Firma vor Verhängung der Sperre beizulegen; doch lehnte Herr Salbach auch jetzt jede Verhandlung rundweg ab. Dadurch wäre wohl der Beweis erbracht, daß das Auftreten des Werkführers Mann auf Einwirkung des Herrn Salbach zurückzuführen ist. Zugang ist streng ferngehalten!

Die Arbeiterpresse — namentlich des Auslandes — wird gebeten, Vorstehendes zum Abdruck zu bringen.

### Deutscher Kürschnerverband, Filiale Berlin.

Bei der Speditionsfirma Wilhelm Jambor, Hannoversche Straße 17, sind Differenzen ausgebrochen. Die dort beschäftigten Kutsher haben eine Arbeitszeit von 9 Uhr nachts bis abends 8, oft auch bis 10 Uhr. Dieselben müssen Zweispanner mit 120 Zentnern, Einspanner bis 75 Zentner ohne jede Hilfe laden bei einem Wochenlohn von 26 bis 27 M. Die Firma hat hauptsächlich Lebensmittelpost. Die Kutsher müssen Kaffeesäcke, Deringstonen, Kisten, Apfelsinen allein auf- und abladen. Daß diese schwere Arbeit bei einer Arbeitszeit von täglich bis zu 18, ja 20 Stunden mit einem Lohn von 28 M. nicht zu vereinbaren ist, versteht sich am Rande. Als besondere Belohnung wurden die Arbeiter nun von Herrn Jambor mit Rosenamen, wie „faule Hunde“, „Scheln“ usw. tituliert. Als die Angestellten hierauf vorstellig wurden und um Abhilfe baten, wurden sie kurzerhand entlassen. Dem Verbandsvertreter, welcher mit dem Herrn Jambor eine Verhandlung nachsuchte, wurde die Tür gewiesen. Herr Jambor erklärte, er wolle mit dem Verband nichts zu tun haben und beschäftige überhaupt keine Verbandsmitglieder. Noch in Gegenwart des Verbandsvertreters beschimpfte er die dort beschäftigt gewesenen Kollegen. Wir fordern die organisierte Arbeiterschaft, besonders Kutsher, hiermit auf, den Musterbetrieb der Firma Jambor zu meiden und den dort beschäftigt gewesenen Kollegen Solidarität entgegenzubringen.

### Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Der Streik bei der Biergroßhandlung von Riedel u. Sohn, Badstraße, ist beigelegt. Durch Verhandlungen mit Vertretern der Organisation, welche von der Firma gewünscht wurden, ist eine Einigung erzielt worden. Die Firma hat nach ganz kurzer Zeit eingesehen, daß es besser ist, sich gegenseitig zu verständigen, und hat demzufolge Zugeständnisse gemacht. Die Kutsher haben daher die Arbeit wieder am Sonnabend früh aufgenommen. Die ausgesprochene Sperre ist hiermit aufgehoben.

### Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

**Achtung, Fleischergehilfen!** Die Sperre über die Firma Saase u. Hollmichel, Brunnenstraße 76, ist aufgehoben. Die Firma hat die Forderungen anerkannt und den Tarif unterzeichnet.

### Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung, Töpfer!** Die Sperre über die Firma Eugen Worlowski, Berlin, Finowstraße 31, ist hiermit aufgehoben, da die Differenzen erledigt sind.

### Die Verbandsleitung.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Holzarbeiter!** In den Schönlanter Holzwarenfabriken haben die Drechsler und Polierer Forderungen auf Verlängerung der 60stündigen wöchentlichen Arbeitszeit und auf Lohnsteigerung gestellt. Die dortigen Unternehmer lehnen jede Verhandlung ab. Deshalb ist es zur ArbeitsEinstellung gekommen. Die Unternehmer suchen in der „Berliner Volkszeitung“ nicht organisierte Drechsler und Polierer. In den Schönlanter Betrieben sind die sanitären Einrichtungen so unzulänglich, daß dort gegenwärtig schon 50 Proz. aller beschäftigten Drechsler auf Kosten der Landesversicherung die Lungenleishätte aufsuchen mußten. Wir eruchen, den Bezug nach dort streng fernzuhalten.

In Angermünde befinden sich die Tischler und Drechsler der Möbelfabrik von Pfeiffer im Streik. Arbeitsangebote nach dort sind zurückzuweisen.

### Der Gauborstand.

### Beendigung des Gärtnerstreiks in Bremen.

Der am 1. April begonnene Streik der Gärtnergehilfen und Gartenarbeiter in Bremen wurde auf Beschluß der Streikenden am 21. Mai, also nach siebenwöchiger Dauer abgebrochen. Es war im Verlauf des Ausstandes gelungen, 30 Betriebe mit rund 120 Beschäftigten zur Anerkennung der ausgestellten Forderungen zu bringen. Dagegen verblich nur geringe Aussicht, durch weitere Aufrechterhaltung des Streiks auch noch die anderen Firmen zur Vermittlung zu bewegen. Die Leiter der drei hiesigen Unternehmerorganisation (Freie Innung) waren vom Streik wenig betroffen und übten mit Hilfe der wirtschaftlichen Abhängigkeit, in der sich zahlreiche kleinere Betriebsinhaber von ihnen befinden, den härtesten Terrorismus. Jene Scharfmacher haben dabei ihr Schächeln geföhren, und die anderen haben die schwersten wirtschaftlichen Nachteile erlitten. In der letzten Streikwoche erließ die Unternehmerorganisation in der bürgerlichen Presse noch ein Niefemineral, durch das Ludwig wurde, es handle sich bei dem Kampfe darum, die „sozialdemokratische Willkür“ abzuweisen und zu zeigen, daß man noch „Herr im Geschäft“ sei. Unter den Ausständigen selbst hat es Streikbrecher nicht gegeben, bis zum letzten Tage haben diese tapfer ausgehalten. Andererseits konnten die Streikgebliebenen und die allmählich von auswärts herangezogenen Arbeitswilligen die Betriebe auch nur ganz notdürftig aufrecht erhalten. Nachdem nach dem Streikabbruch die Ausständigen sich wieder zur Arbeit gemeldet haben, sind die meisten sofort wieder eingestellt worden. Nur 31 Mann wurde mitgeteilt, sie würden nicht mehr gebraucht, oder sie könnten erst später wieder eingestellt werden. Es hat sich schon jetzt ergeben, daß die Arbeitswilligen bereits den von den Streikenden geforderten Lohn erhalten haben, und auch sonst sind die ausständig gewesenen jetzt mit Lohnsteigerung eingestellt worden. — Es wird dringend ersucht, etwaige Arbeitsangebote aus Gärtnerbetrieben von Bremen und Umgegend abzulehnen und den Bezug weiterhin fernzuhalten.

Die Einigungsverhandlungen zwischen der Firma Dürlop u. Co. und den ausgesperrten Metallarbeitern in Bielefeld haben nach längerer Dauer zu einer Beilegung des Streiks und zur Aufhebung der Aussperrung geführt. Die Arbeiter der Ringleisfabrik und der Räderlei nehmen die Arbeit zu den früheren Bedingungen wieder auf. Die Firma Dürlop erklärt sich bereit, die Löhne der Räderarbeiter einer Revision zu unterziehen. Sieben Arbeiter, deren Wiedereinstellung die Firma ablehnte, werden nicht wieder eingestellt. Sie dürfen jedoch in anderen Bielefelder Betrieben Beschäftigung finden.

### Cure Rede aber sei . . .

In einem Beleidigungsprozeß, den der bormalige christliche Arbeitersekretär Saloman in Weiden gegen die „fränkische Tages-

post“ in Nürnberg angestrengt hatte, verlangte der Herr ganz entschieden, das Gericht müsse den Beklagten außer zu einer exemplarischen Strafe auch zur Zahlung einer Buße an ihn, den Kläger, verurteilen, weil er infolge des Urteils von seiner Gewerkschaft entlassen und nunmehr mit seiner Familie drohtlos sei. Das Gericht ließ ihn damit abblitzen und sprach wegen der Angriffe, die nichts als die Antwort auf ein christliches Verleumdungsflugblatt anlässlich des oberpfälzischen Glasarbeiterstreiks waren, lediglich 30 M. Geldstrafe aus, weil in einer Wendung der Vorwurf der Unterschlagung erblickt wurde; in allen übrigen Punkten wurde die Abwehr für berechtigt erklärt. Dieser christliche Feld hatte um dieselbe Zeit einen Prozeß am Kaufmannsgericht Nürnberg, er hatte ein Abzahlungsgehalt verlag, das ihn seiner Wohnung nach als Reisenden angestellt hatte. Er wurde aber abgewiesen, weil keine tatsächliche Anstellung vorlag. Zu diesem Prozeß führte er für seine Sache das Gegenteil von dem an, was er vor dem Schöffengericht geltend gemacht hatte: wenn er nicht der Meinung gewesen wäre, daß er angestellt sei, wäre er Arbeitersekretär bei der christlichen Gewerkschaft geblieben. Welchem Gericht hat der Oberchrist nun die Wahrheit erzählt?

# Soziales.

## Landwirtschaft oder Industrie?

Wie sehr ein gewerblicher Arbeiter unter Umständen durch das Unfallsgefahr für die Landwirtschaft geschädigt werden kann, beweist wieder folgender Fall:

Der Fuhrmann A. war bei einem Brauereibesitzer zu Wehlar beschäftigt und wurde im Juni 1908 beim Anschirren eines Pferdes verletzt. Der Verletzte ließ sich ruhig mit der kurzen Kente von der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft abweisen, da sein Dienstherr den Unfall dieser Berufsgenossenschaft angemeldet habe. Ueber den Fall weiter aufgeklärt, erhob dann der Verletzte Beschwerde und verlangte von der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft die Kente. Er machte geltend, daß er mehrere Tage in der Woche zum Vorausfahren verwendet wurde und am Unfalltag auch die Pferde zum Ausfahren von Bier angeschirrt und gepuht habe. Der Unfall sei also von der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft zu entschädigen. Die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft schloß sich dieser Auffassung sofort an und verlangte von der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft, daß diese die Kente zu zahlen habe.

Die Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft weigerte sich jedoch entschieden, die Kente zu gewähren und machte geltend, daß der Verletzte beim Pferdewagen verletzt worden sei — „also bei einer rein landwirtschaftlichen Tätigkeit“.

Auch sei er nicht wöchentlich drei ganze Tage, sondern nur an drei Tagen hier und da mit Bierfahren beschäftigt worden.

Der Brauereibetrieb sei auch in wirtschaftlicher Bedeutung geringer als die Landwirtschaft des Besitzers.

Das Reichsversicherungsamt entschied dann zugunsten des Verletzten und verurteilte die Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft zur Zahlung der Kente. Es steht fest, daß der Verletzte in beiden Betrieben seines Dienstherrn tätig gewesen sei. Nach ständiger Rechtsübung des Reichsversicherungsamtes sei nun die unfallbringende verrichtung eines Arbeiters, der in mehreren verschiedenen Berufsgenossenschaften angehörenden Betrieben desselben Unternehmers tätig sei, „demjenigen Betriebe zuzurechnen, dem sie gedient hat“. Dies sei im vorliegenden Falle der Brauereibetrieb gewesen, zumal das Anschirren der Pferde, bei welcher Tätigkeit der Verletzte sich den Unfall zugezogen habe, eine vorbereitende Tätigkeit für die unmittelbare an diese Arbeit angeführte Bierfuhr gewesen sei. Festgestellt sei ferner, daß die aus sieben Pferden bestehende Gespannbaltung des Unternehmers nur zu einem Drittel im landwirtschaftlichen Betriebe Verwendung fände. Zurzeit des Unfalls sei also der Verletzte als im Brauereibetriebe tätig anzusehen gewesen und daher die Brauereiberufsgenossenschaft zur Entschädigung auch verpflichtet.

## Auswanderung polnischer Arbeiter nach Frankreich.

In letzter Zeit macht sich eine starke Abwanderung polnischer Arbeiter nach Frankreich bemerkbar. Am Freitag ging von Bochum aus ein Ertztag mit 300 Auswanderern nach der französischen Grenze ab. Im ganzen sind binnen wenigen Wochen 1500 polnische Bergarbeiter nach Frankreich ausgewandert. Die Arbeiter werden auf den Gruben des polnischen Grafen Czartorysk beschäftigt, der in Brüssel seinen Wohnsitz hat.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

## Die Budgetberatung in der Bremer Bürgerschaft.

Bremen, 28. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft wurde die Budgetberatung zu Ende geführt. Das Budget wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

## Die Schifffahrtskonventionen.

Rom, 28. Mai. (W. T. V.) Die Deputiertenkammer nahm im Verlaufe der Beratung in geheimer Abstimmung mit 188 gegen 58 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Schifffahrtskonventionen im ganzen an.

## Für Finnlands Grundgesetz.

Petersburg, 28. Mai. (W. T. V.) Ueber den Inhalt der Petition des finnischen Landtags wegen Verlesung der finnischen Grundgesetze wird gemeldet: „Der Landtag weist darauf hin, daß bei der Einmischung des russischen Ministerrats in die Angelegenheiten Finnlands in juristischer und praktischer Beziehung eine Reihe von Fehlern zutage getreten seien, die von finnischen Angelegenheiten keine Kenntnis hätten. Während der letzten 25 Jahre habe der Landtag unter Mitwirkung der Regierung große Summen angeammelt, die zu Kulturzwecken dienen sollten und die nun ohne Befragen des Landtags einfach dem Reichsschatzamt überwiesen würden. Die neue Gesetzentwurf könne nicht durchgeführt werden, selbst wenn die geschiedenden Institutionen Rußlands sie annehmen und der Kaiser sie sanktionieren sollte. Das finnische Volk würde Gehehe, die unter Verletzung seiner Grundgesetze durchgeführt werden, nicht anerkennen. Finnland habe nie den Anspruch auf eine eigene äußere Politik erhoben und auch nie Maßregeln der Selbstverteidigung Hindernisse bereitet.“ Zum Schluß spricht die Petition den Wunsch aus, der Kaiser möge die Grundgesetze Finnlands in Kraft lassen und alles wieder aufheben, was eine Verletzung derselben in sich schließt.

## Koloman von Nicsath 7.

Budapest, 28. Mai. (W. T. V.) Der gelehrte ungarische Romanschrittsteller Koloman von Nicsath ist heute mittag gegen 1 Uhr gestorben.

## Zur Kreistafrage.

Konstantinopel, 28. Mai. (W. T. V.) Im Senat gab auf eine Anfrage des Kreters Kurzi, der die Besetzung der Suda-Bai durch die türkische Flotte und ein scharfes Vorgehen gegen Griechenland verlangte, der Großwesir ähnliche Erklärungen ab wie in der Kammer und teilte mit, die Schumächte sicherten eine Lösung der kritischen Frage durch eine Autonomie zu, die die Souveränitätsrechte der Türkei wahre. Auf den Hinweis, der König der Hellenen arbeite auf eine Anexion hin, erklärte der Großwesir, wenn Griechenland offiziell für Areta eintrete, werde die Türkei scharf vorgehen. Der Senat fand die Erklärungen des Großwesirs genügend.

# Die zentralen Verhandlungen über den Tarifvertrag im Baugewerbe.

Die zum 27. Mai 1910 auf 9 Uhr vormittags anberaumte Sitzung war nachträglich auf 2 Uhr verschoben worden und fand in einem Sitzungssaale des Reichstages statt.

Der Vorsitzende Geheimrat Oberregierungsrat Wiedefeld eröffnete die Verhandlungen, indem er im Auftrage des Staatssekretärs des Innern den beiden Parteien sowie den beiden beiderseitigen Unparteiischen, Oberbürgermeister Deutler, Dresden und Gerichtsdirektor Brenner, München, den Dank für ihr Erscheinen aussprach.

Seit 6 Wochen stehen wir nun im Kampfe — so eröffnete er die Sitzung — und namentlich in den letzten Wochen sind uns immer häufigere Zuschriften zugegangen, die auf eine Beendigung des Kampfes hinarbeiten. Aus den Kreisen der Bürgerchaft dieser Städte, von Führerverbänden, von Technikervereinigungen und sonstigen Interessentenverbänden wurde darauf hingewiesen, daß allmählich der Zeitpunkt zur Beendigung des Kampfes gekommen sein dürfte. Es scheint, daß man im Publikum jetzt die Ruhe verliert, die man bisher dem Kampfe gegenüber beobachtete, und es ist für beide Parteien wünschenswert, daß die Sympathie der Bevölkerung auf Ihrer Seite bleibt und der Kampf rechtzeitig zu Ende geht. Würde er weiter hingezogen werden, so würden wir von der Konjunktur in diesem Jahre kaum noch etwas erwarten können. In beiden Parteien ist die Stimmung vielleicht nicht mehr so kriegerisch wie zu Anfang.

Einer Anregung folgend, will ich feststellen, daß das Eingreifen des Herrn Staatssekretärs von ihm allein ausgegangen ist, daß keine Partei sich an ihn gewendet hat. Er hat sich zunächst seinerseits an die Arbeitgeber gewandt, die ja diesmal die Aussperrenden sind, und sich dann, als deren Zustimmung zu den Verhandlungen festgesetzt war, an die Arbeiter gewandt, die sich ebenfalls zustimmend erklärt haben.

Ich möchte die Herren bitten, das, was bereits in den Verhandlungen vom November vorigen Jahres und März dieses Jahres gesagt ist, als bekannt voraussetzen und möglichst nicht mehr zu berühren. Wir möchten Ihnen vorschlagen, daß wir auf Grund des alten Vertragsmusters verhandeln.

Bismarck: Herr Geheimrat Wiedefeld hat soeben konstatiert, daß das Reichsamt von niemandem veranlaßt ist, die Verhandlungen einzuleiten, sondern daß Herr Staatssekretär Delbrück aus eigener Initiative gehandelt hat. Ich habe hier aber ein Flugblatt aus Westpreußen, worin es heißt:

„Seit 5 Wochen tobt bereits der Kampf im deutschen Baugewerbe. Von Tag zu Tag können wir eine ständige Zunahme der Aussperrenden feststellen und von der Gründung neuer Ortsverbände berichten usw. Durch diese unerworbene Wendung des Kampfes haben sich die Arbeitnehmer endlich gezwungen, die Vermittelung der Reichsregierung anzurufen. Die Verhandlungen werden daher auf Wunsch der Arbeitnehmer (Hört! hört! bei den Arbeitervertretern) und mit Zustimmung des Deutschen Arbeitgeberbundes voraussichtlich am 24. Mai in Berlin beginnen.“

Außerdem hörte ich von dem Beamten der Maurerorganisation zu Hannover, daß Architekt Behrens ihm gesagt hätte:

„Jetzt ist doch festgestellt, daß die Hamburger (gemeint sind die Zentralverbände) doch die Dresdener Verhandlungen einleitet haben.“

Ich nehme demgegenüber Notiz von dem, was Herr Geheimrat Wiedefeld mitgeteilt hat. Die Herren Gerichtsdirektor Brenner und Oberbürgermeister Deutler möchte ich aber bitten, uns zu sagen, ob irgendwo von Arbeitersseite ein Einfluß auf ihre Anregungen ausgeht.

Oberbürgermeister Deutler-Dresden: Was die Dresdener Verhandlungen betrifft, so habe ich die Initiative dazu ergriffen. Nachdem ich mit den Vertretern des Arbeitgeberbundes in Dresden gesprochen, wandte ich mich auch nach Hamburg.

Gerichtsdirektor Brenner-München: Ich kann bestätigen, daß ich weder von Arbeitgeber- noch von Arbeitersseite — sei es von Organisationen oder von einzelnen Mitgliedern — veranlaßt worden bin, irgendwas zu unternehmen. Was ich getan, habe ich aus eigener Initiative getan. Ich habe darauf hingewirkt, daß zentrale Verhandlungen stattfinden könnten.

Architekt Behrens-Hannover: Die Sachdarstellung, die Herr Bismarck nach Weiprägen wiedergegeben hat, ist nicht richtig.

Bismarck: Ich habe nur mitgeteilt, was mir in Hannover gesagt worden ist. Ich werde der Sache nach der Erklärung des Herrn Behrens auf den Grund gehen und das Nähere feststellen. Das Flugblatt des Westpreußischen Landesverbandes ist unterzeichnet von einem Herrn Herzog, der meines Wissens Vorstandsmitglied des Deutschen Arbeitgeberbundes ist. Vielleicht veranlaßt der Vorstand des Arbeitgeberbundes Herrn Herzog, daß er die Behauptungen seiner öffentlichen Kundgebung zurücknimmt. Der Zweck solcher falschen Mitteilungen geht ja nur zu deutlich aus der ganzen Auslassung hervor.

Baurat Ende-Leipzig: Wir werden unseren sämtlichen Verbänden die Verhandlungen, die hier gepflogen werden, mitteilen. Dann wird auch Herr Herzog Kenntnis davon erhalten.

Vorsitzender: Damit ist diese Sache wohl erledigt. Uebrigens wäre es an sich keine Schande, wenn jemand um eine Verhandlung nachsucht.

Bismarck: Keine Schande; aber es verrät ganz eigentümliche Zwecke.

Vorsitzender: Ich darf dann wohl feststellen, daß beide Parteien damit einverstanden sind, daß wir auf Grund des alten Vertrags verhandeln.

Baurat Ende: Ihr Vorschlag überrascht uns.

Oberbürgermeister Deutler: Es handelt sich nur um die Reihenfolge der Verhandlungen, nicht etwa, daß wir sohlich an dem alten Vertrags festhalten wollen.

Baurat Ende: Wenn es sich nur um eine formale Sache handelt, haben wir kein Bedenken.

Vorsitzender: Wir kommen dann zur Ueberschrift des Vertrages.

Baurat Ende: Der Arbeitgeberbund beantragt folgende Fassung:

„Inzwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem Zentralverband der ... ist dieser Tarifvertrag für das Gebiet des Arbeitgeberverbandes (Bezirks- oder Ortsverbandes) ... abgeschlossen worden.“

Schrader-Hamburg: Wenn man Anträge stellt, halte ich es an Plaz, daß sie auch begründet werden. Bisher haben wir eine Begründung für diese Fassung nicht erhalten. Ich möchte daher darum bitten.

Bismarck: Ich möchte klar festgestellt sehen, welches der Unterschied zwischen dem früheren Vertragsmuster und der Vorlage der Arbeitgeber nach den Dresdener Verhandlungen ist.

Vorsitzender: Es ist einmal statt „Zentralverband“ gesagt „Zentralverband“.

Baurat Ende: Unser Antrag bezweckt, den Vertrag auf zentraler Grundlage abzuschließen. Eine Begründung halte ich nicht für nötig, nachdem nach der Erklärung des Herrn Vorsitzenden alle Argumente für und wider hinlänglich gegeben worden sind.

Bismarck: Aus den Protokollen über die Verhandlungen vom November und März ist nicht festzustellen, was die Arbeitgeber bezwecken; auf der einen Seite ist vom Arbeitgeberbund gesprochen und auf der anderen Seite soll der Vertragskontrahent der Zentralverband sein.

Vorsitzender: Nein, die ursprüngliche Fassung? „Zentralverband“ soll geändert werden in „Zentralverband“.

Oberbürgermeister Deutler: Ich habe aus den Protokollen das eine herausgelesen: die Arbeitgeber wünschen, daß die Arbeitnehmer mit der Autorität ihrer Zentralverbände für die Durchführung der etwa zustande kommenden Verträge sich gewissermaßen moralisch einsetzen.

Bringsmann-Hamburg: Wir müssen darauf bestehen, daß uns die Arbeitgeber klipp und klar erklären, was sie mit dem Zentraltarifvertrag wollen. Hätten sich bei der bisherigen Form der Tarifvertragsabschlüsse Schwierigkeiten ergeben, so wäre eine Änderung verständlich. Bis auf wenige Ausnahmen, wie in Westfalen, ist einstimmig konstatiert worden, daß das bisherige Tarifvertragsverhältnis sich gut bewährt habe.

Vorsitzender: Es wäre vielleicht angebracht, die Hauptgründe anzuführen, ohne in die Details einzugehen.

Baurat Ende: Wir halten den sogenannten zentralen Abschluß deshalb für nötig, weil wir wissen, daß hinter unsern Verträgen sowohl bei den Arbeitern wie bei den Arbeitgebern eine starke Zentralgewalt steht, die Macht über die einzelnen Organisationen hat. Wenn nach der Denkschrift oder Statistik die Verträge sich im allgemeinen bewährt haben, so sind sie doch in der bestehenden Form nicht länger haltbar. Einzelne Unterverbände der Arbeiter, vielleicht auch der Arbeitgeber, haben sich einfach über die Verträge hinweggesetzt. Auch bei Streitigkeiten wegen der Uebersunden haben sich einzelne Lokalorganisationen über die im Verträge angeordnete Schlichtungskommission hinweggesetzt. Wir verlangen nicht nur, daß solche Verträge die Genehmigung der Zentralverbandsorganisation haben, sondern daß sie zwischen den eigentlichen Gewalten abgeschlossen werden.

Decker-Berlin: Von Ihrer Seite ist uns doch selbst das Zeugnis gegeben worden, daß wir für die Durchführung der Verträge alles getan und unsere ganze Kraft dafür eingesetzt haben. Herr Kartmann hat in den „Kosener Neuesten Nachrichten“ eine andere Begründung für die Änderung gegeben, wenn nämlich irgendwo ein „Tarifbruch“ vorkommen sollte, soll sofort ausgespart und der Vertrag aufgehoben werden. Wenn das der wahre Grund ist, dann können wir der Änderung nicht zustimmen. Sie haben selbst nicht die Macht, einen Bezirksverband zu zwingen, einen Tarifvertrag anzuerkennen, wie die Vorgänge im Siegerland zeigen. Heute sind wir auf beiden Seiten noch nicht reif genug für einen zentralen Tarifvertrag; lassen Sie sich die Dinge erst entwickeln. Im Interesse des Friedens möchte ich bitten: lassen Sie die Forderung fallen.

Bismarck: Wir haben ja bisher schon eine gewisse Zentralisation im Tarifverhältnis. In dem zentralen Vertragsmuster ist ausgesprochen, daß die Zentralverbände verpflichtet sind, alle auf Grund dieses Musters abgeschlossenen Verträge zu decken, und fast allgemein ist konstatiert worden, daß sich der Zustand gut bewährt hat. Seit Abschluß des bisher üblichen Verhältnisses haben wir eigentlich wenig Differenzen gehabt. Aber hier als der Arbeitgeberbund sich an uns, mußten wir uns an ihn wegen Regelung von Differenzen wenden. Der Bund konnte die Dinge aber nicht schlichten. Ohne bestimmte Gründe können wir nicht eine so tiefgehende Änderung herbeiführen. Herr Kartmann hat uns durch seine Forderung nicht überrascht, höchstens überrascht durch seine Offenheit. (Heiterkeit.) Herr Kartmann hat die Frage gestellt: „Warum muß die Bundesleitung der Arbeitgeber den Zentralabschluß der Verträge fordern?“ und sie dahin beantwortet: „Weil sie im ganzen Deutschen Reich dem Baugewerbe für die Vertragsdauer den Frieden sichern will und die Erfahrung gelehrt hat, daß dies durch Hunderte von Einzelverträgen nicht möglich ist, da die bisherigen Einzelverträge keinen Paragraphen enthalten, welcher den Vorstand des Arbeitgeberverbandes berechtigt, sämtliche Einzelverträge sofort aufzuheben, wenn während der Vertragsdauer an dem einen oder anderen Orte der Vertrag von den Arbeitnehmern gebrochen wird; weil die Arbeitgeberverbände einzelner Städte und Provinzen zu schwach sind, um die Angriffe der Arbeitnehmerverbände die über 9 Millionen Mark Streitgelder verfügen, abzuwehren, weil allein die Bundesleitung der Arbeitgeber die Macht und die Mittel besitzt, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die zur Durchführung von Streiks, Abschiebungen von Arbeitern usw. erforderlichen Gelder zu bewilligen hat.“ (Hört! hört! bei den Arbeitervertretern.)

Reine Herren! Nach diesem Plan hätte es ein einziger böswilliger Arbeitgeber oder auch eine Handvoll Arbeiter in der Hand und die Möglichkeit, Tarifverträge über das ganze Land aufzuheben. Das Recht, die Anstellungsverhältnisse zu regeln, ist allein dem Arbeitgeber zugestanden, da kann keine Arbeiterorganisation dem Arbeitgeber hineinreden. Differenzen, die sich einmal aus einem Tarifverträge ergeben, sind viel weniger aus Handlungen der Arbeiter als aus solchen der Arbeitgeber entstanden. Unser Bestreben ist immer nur gewesen, dafür zu sorgen, daß das, was wir vereinbart haben, auch durchgeführt wird. Wenn wir ein Tarifverhältnis mit dem Arbeitgeber eingehen, tun wir es nur, wenn wir die Ueberzeugung haben, daß das vereinbarte auch gehalten werden kann. Wollte man in den Zentralverbänden alle Fälle registrieren, die in den einzelnen örtlichen Verhältnissen zu berücksichtigen sind, so würde man an der Zentralstelle überhaupt nicht durchkommen. Ein Tarifvertrag kann bei der Mannigfaltigkeit der verschiedenen Gewerbe nur durchgeführt werden, wenn nicht nur die Zentralverbände, sondern auch die örtlichen Organisationen als Träger des Vertrages verantwortlich gemacht werden. Ich möchte daher die Arbeitgeber erfragen, von ihren Anträgen abzulassen. Auf der bisherigen Grundlage können wir weiter aufbauen und weiterkommen. Wir haben bei früheren Verhandlungen auch ein Zentralarbitragegericht in dem Sinne, wie es die Arbeitgeber verlangen, abgelehnt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß durch ein enges Zusammenarbeiten der Organisationen hier und da noch manches auszugleichen ist und ausgeglichen werden kann, ein zentrales Tarifverhältnis in dem Sinne, wie es uns durch Ihre Presse bekannt geworden ist, machen wir nicht mit. Es kann Ihnen auch nicht schwer sein, auf Ihren Vorschlag zu verzichten. Wenn Sie der Sache diesen Dienst erweisen, dann haben Sie den Arbeitgebern, den Arbeitern und der Allgemeinheit genügt.

Baurat Ende: Die Rede des Herrn Bismarck hat uns heute ebensowenig wie früher davon überzeugt, daß wir etwas Falsches verlangen. Die Idee des Vertrages an sich ist gut, aber seine jegliche Art hat sich nicht bewährt. Vertragsverletzungen schwerer Art sind ungefüht geblieben. In zahlreichen Fällen haben organisierte Arbeiter verlangt, daß nicht organisiert der Bau verlassen; mißliebige Arbeiter oder Poliere mußten entlassen werden. In Rheinland haben zentralorganisierte Arbeiter verlangt, daß erst die örtlich organisierten entlassen werden müßten, bis sie wieder arbeiteten. Wir wollen einen zentralen Vertrag mit einer starken Gewalt abschließen, und wir wollen ihn hüten durch ein ordentliches Schiedsgericht, und erst, wenn sich nach einem Schiedspruch herausstellen sollte, daß Ihre oder unsere Zentralorganisation zu schwach ist, um Abhilfe zu schaffen, möchte es jedem freistehen, zu Machtmitteln zu greifen. Der Vertragsabschluß soll von der verantwortlichen Stelle aus erfolgen und nicht von der unverantwortlichen; das ist bei den Holzindustriellen, bei den Buchdruckern ebenso. Wir werden trotz des Protestes an unseren berechtigten Ideen festhalten.

Oberbürgermeister Deutler: Bei der Frage: zentraler Abschluß oder formelle Verhandlungen in den Ortsverbänden scheint es sich doch um einen Streit um Kaisers Bart zu handeln. Bis jetzt

haben Sie das alte Vertragsformular, wie es zwischen den Zentralverbänden und dem Arbeitgeberbund vereinbart ist; jetzt verlangt der Arbeitgeberbund, daß auch eine Art Unterschrift dazu gegeben wird. Das Vertragsformular hat aber doch allerlei Striche und Lücken, die wiederum den örtlichen Organisationen vorbehalten bleiben sollen. Demgegenüber ist es vielleicht richtig, wir stellen diesen ganzen Streitpunkt zurück und einigen uns erst über die Form. Die Fragen der Arbeitszeit, der Ueberstunden, des Arbeitslohnes, auch der Affordarbeit sind wohl viel geeigneter, eine Einigung darüber zu erzielen.

Baurat Ende: Wir sind mit dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters einverstanden.

Schrader: Grundsätzlich hätte ich auch nichts dagegen einzuwenden. Als Vertreter der Arbeiter hätte ich aber den Wunsch, daß wir unter uns erst einmal beraten.

(Es tritt eine Pause ein.)

Nach der Pause erklärt

Bismarck: Wenn wir uns über diesen ersten Punkt nicht einigen, werden wir auch über die übrigen Punkte nicht hinwegkommen; denn das, was der Arbeitgeberbund im ersten Punkt fordert, spiegelt sich in vielen anderen wieder. Die Erörterung wird noch einmal eröffnet.

Bringsmann: Von keiner der Arbeiterorganisationen ist zu der Ueberschrift ein Antrag gestellt, wohl aber von den Unternehmern, daß bei dieser bis jetzt keine Begründung gefunden. Wenn irgendwo Differenzen unter den Arbeitern vorgekommen sind, so wird das durch das von den Unternehmern vorgeschlagene Vertragsmuster auch nicht verhindert werden. Einzelfälle sind aber gar nicht bemerkbar gewesen. Was wollen die Unternehmer eigentlich mit einem zentralen Tarifvertrag, wie sie ihn beantragen? Das müssen wir wissen!

Jakob-Leipzig: Es ist bestritten worden, daß beim Arbeitgeberbund die Absicht bestände, die Arbeiter durch den zentralen Abschluß des Vertrages in Gefahr zu bringen. Den besten Gegenbeweis bilden die Vorgänge in Plauen. (Redner trägt den Fall vor.) Ein anderer Unternehmer hat in der vorigen Woche in Grimma einen Vertragsbruch veranlaßt. Im Buchdruckergewerbe liegen die Verhältnisse ganz anders als im Baugewerbe.

Bismarck: Es ist nicht richtig, daß Verträge in einzelnen Orten erst dann Geltung erlangt hätten, wenn die Zentralverbände eingegriffen haben. Über dieses Moment hat überhaupt nichts mit der Änderung zu tun, die die Arbeitgeber herbeiführen wollen. Daß sich Arbeiter geweigert haben, mit anders Organisierten zusammen zu arbeiten, mag vorgekommen sein; das wird aber auch in Zukunft vorkommen, das kann niemand verhindern. Wir billigen das aber nicht. Im Verträge steht ausdrücklich, daß das Zusammenarbeiten mit anders Organisierten nicht gehindert werden darf. Daran wollen wir auch festhalten. Einzelne bedauerliche Differenzen können nur verhindert werden, wenn an den einzelnen Orten Vertragsträger vorhanden sind, die sich darüber auseinandersetzen. Die Differenzen sind vielfach durch falsche Auffassung der leitenden Personen entstanden, teils der Arbeitgeber, teils der Arbeiter. Bei gutem Willen sind solche Vorkommnisse leicht zu beheben. Wenn es nicht die Absicht des Arbeitgeberbundes ist, durch die neue Form seine Macht zu erweitern, warum streiten Sie dann noch um diesen Punkt? Dann können Sie es ruhig bei dem bisherigen Zustande belassen, dann kommen wir mit der bisherigen Grundlage vollkommen aus. Wenn Sie z. B. die Lohnfrage zentral regeln wollen, können Sie mit Ihrer eigenen Organisation in eine große Schwierigkeit. Wir können die örtlichen Organisationen nicht ausschließen. Solange Sie nicht auf Ihren Antrag verzichten, müssen wir annehmen, daß Sie mit dieser Änderung besondere Absichten verfolgen.

Baurat Ende: Der Bund ist nur verantwortlich für die Verträge, die er gefaßt hat, nicht für die Auswirkungen eines einzelnen Redners. Selbstverständlich wollen wir neben dem zentralen Abschluß auch gleichzeitig, daß die Lokalorganisationen Vertragsträger für die einzelnen Orte bleiben. Wir wünschen also einen zentralen Abschluß, die Mitwirkung der Organisationen, und daß die Abrechnungen der örtlichen Organisationen in den zentralen Vertrag aufgenommen werden.

Behrendt-Hamburg: Der Arbeitgeberbund ist noch lange nicht so weit vorgeschritten, um die Machtmittel zu haben, die er durch einen zentralen Vertrag zu bekommen glaubt. In Colmar sind Lohnaufzüge gemacht worden, ohne daß der Arbeitgeberbund auf unsere Vorstellungen geantwortet hat. Die Macht, die die Herren durch die Organisation bekommen wollen, haben sie nicht; die Träger der Verträge müssen die lokalen Organisationen sein.

Baurat Ende: Wir haben die wahren Gründe, die uns leiten, angeführt; andere brauchen wir nicht. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß wir noch irgendwelche Hintergedanken hätten.

Vorsitzender: Da sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat, könnten wir diesen Punkt vorläufig in der Schwebe lassen und kämen weiter zu § 1. Da dieser aber mit der ersten Frage zusammenhängt, muß er ebenfalls in der Schwebe bleiben. Wir kommen also zu § 2:

## Arbeitszeit.

Der § 2 lautete bisher: „Die normale Arbeitszeit beträgt ... Stunden und wird in Berücksichtigung der Witterungs- und Lichtverhältnisse wie folgt geregelt: ...“, und dann sollten die einzelnen Orte das einsehen. Der Arbeitgeberbund beantragt, daß hinter den Worten „die normale Arbeitszeit“ eingefügt wird: „bei Lohn- und Affordarbeit“.

(Die Arbeitgebervertreter gießen sich zu einer kurzen Beratung zurück.)

Baurat Ende: Ich möchte zum § 2 noch folgenden Antrag stellen, der in der Drucksache irrtümlich weggelassen ist:

„Bei ausreichenden Lichtverhältnissen kann eine kürzere Arbeitszeit auf die normale, und zwar ohne Lohnaufschlag, verlängert werden, wenn der Arbeitgeber oder sein Stellvertreter es für erforderlich hält.“

Wir haben im Baugewerbe an und für sich eine kurze Arbeitszeit, namentlich im Winter. Wir wollen deshalb dem Arbeitgeber das Recht zugestehen, daß da, wo ausreichende Lichtverhältnisse und geeignete Einrichtungen vorhanden sind, die Arbeitszeit auf die normale Arbeitszeit herabgesetzt wird, daß also eine Verlängerung der normalen Arbeitszeit nicht als Ueberstunden gelten soll.

Schrader-Hamburg: In diesen Anträgen liegt eine gewisse Inkonsequenz. Wir können eine feststehende Arbeitszeit nicht willkürlich verlängern. Bei dringenden Arbeiten liegt die Frage mit den Ueberstunden anders. Die ganze Fassung des § 2 geht überhaupt zu weit; wir wünschen einfach, daß gesagt wird: „Die Arbeitszeit beträgt ...“, und dann kommt die Tabelle, wie wir sie auszuarbeiten wünschen.

Baurat Ende: In diesem Antrage liegt keine Inkonsequenz; denn es wird nur selten vorkommen, daß die normale oder tabellarisch festgesetzte Arbeitszeit überschritten wird.

Schrader: Bei den Verhandlungen im November und März wurde uns von Arbeitersseite erklärt, daß man sogar auf Neubauten elektrische Lichtanlagen einrichtet und die Arbeitszeit auf die normale ausdehnen wolle.

Oberbürgermeister Deutler: Können die Herren sich erklären, wie sie sich zu der Ziffer 2 des Absatzes III der protokollarischen Erklärungen stellen?

(Die Erklärung des Arbeitgeberverbandes lautet: „Die Unter-  
verträge des Arbeitgeberverbandes sind unter anderem hinsichtlich der  
Arbeitszeit gebunden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter  
10 Stunden nicht gestattet ist; wo die Arbeitszeit bereits kürzer ist,  
darauf sie nicht weiter gekürzt werden.“)

Schrader: Wir haben keinen Zweifel gelassen, daß wir darauf  
bestehen, daß für eine Anzahl von Großstädten eine Verkürzung der  
Arbeitszeit durchgeführt werden muß, sagen wir für Städte mit  
mindestens 100 000 Einwohnern, wenigstens für diejenigen, wo  
heute zehnstündige Arbeitszeit besteht.

Paepow-Hamburg: Wir können nur erklären, daß wir einer  
solchen protokolllarischen Erklärung niemals zustimmen werden.  
Ueber örtliche Arbeitszeit verhandeln wir hier nicht, wir wollen  
nur die Form für den Abschluß der Tarifverträge finden.

Hämelsburg: Wir beantragen die Streichung dieses Satzes.  
Paepow: Die protokolllarische Erklärung entspricht übrigens  
nicht ganz dem in Köln gefassten Beschluß des Arbeitgeberverbandes.  
Dort heißt es auch noch: „Soweit nicht die einzelnen Arbeitgeber  
durch Streik dazu gezwungen werden.“

Oberbürgermeister Bentler: Die Herren scheinen gewisse Aus-  
nahmen haben zu wollen. Im allgemeinen sagen die Herren wohl:  
die Arbeitszeit mag bestehen bleiben; wo sie unter 10 Stunden,  
oder wo sie 9 Stunden beträgt, soll sie nicht weiter verkürzt werden.  
Ferner soll sie nur in gewissen größeren Orten verkürzt werden.  
Das ist aber im Vertrag schwer zu formulieren. Was heißt höhere  
Orte?

Bringmann: Die Festsetzung der Lohnverhältnisse und der Ar-  
beitszeit ist Sache unserer Kammeraden an den verschiedenen Orten,  
und wir können in dies Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Orga-  
nisationen nicht eingreifen. Wir müssen daher diese Bestimmung  
streichen.

Hämelsburg: Bei unserem Antrag auf Beseitigung des Kölner  
Beschlusses handelt es sich nur darum, daß bei den Unterhand-  
lungen örtlich die Möglichkeit gegeben wird, über eine Verkürzung  
der Arbeitszeit zu unterhandeln. Es fällt uns nicht ein, eine all-  
gemeine Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen. Die Verhältnisse  
liegen in den verschiedenen Orten sehr verschieden. Wir haben  
festgestellt, daß die Leute in Frankfurt a. M. durchschnittlich  
14 Stunden 20 Minuten von morgens bis abends von Hause ent-  
fernt sein müssen, in mehreren Fällen an 16 Stunden.

Behrendt: Die protokolllarische Erklärung ist kein Bestandteil  
des Vertrages und sollte nicht weiter in die Beratung gezogen  
werden.

Vorsitzender: Wir dürfen zu § 2 feststellen, daß sich gegen die  
Einschiebung der Worte „bei Lohn- und Akkordarbeit“ kein Be-  
denken geltend gemacht hat. Dagegen wird der beantragte Zusatz  
wegen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitgeberseite nicht ge-  
billigt. Ebenso haben die Arbeiter gewünscht, daß die protokolllari-  
sche Erklärung gestrichen wird.

#### Überstunden.

Überstunden sowie Nacharbeit, Sonntagsarbeit und Arbeit  
an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen aus Ver-  
langen des Arbeitgebers zu leisten und dürfen im wesentlichen  
nur geordert werden, wenn durch deren Unterlassung Menschen-  
leben in Gefahr kommen, Verletzungsgefahr eintreten, wenn  
Schäden durch Naturereignisse zu verhindern oder zu beseitigen  
sind; ferner bei dringenden Reparatur- und Installationsarbeiten  
in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten. Als Über-  
stunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und als Arbeiten an gesetz-  
lichen Feiertagen gelten . . .

Paepow: Wir halten es nicht für richtig, daß die beiden Worte  
„im wesentlichen“ bestehen bleiben. Das Wörtchen „wesentlich“  
wird ja in anderer Beziehung auch von den Arbeitgebern hart be-  
kämpft, wenn es sich z. B. um Submissionsbedingungen handelt.  
Bei der Dehnbarkeit des Wortes wird fortgesetzt Streit entstehen.  
Wir müssen deshalb ersehen, daß diese beiden Worte gestrichen  
werden.

Wir sind weiter nicht damit einverstanden, daß während des  
ganzen Jahres die Überstunden einheitlich geregelt werden. In  
vielen Orten muß im Winter die Zeit der Überstunden schon von  
4 oder 4 1/2 Uhr an gerechnet werden. Wir können also nicht zu-  
geben, daß dieser Zusatz berechtigt ist.

Vorsitzender: Herr Paepow, Sie würden also das alte  
Vertragsmuster beibehalten und beantragen nur, daß die Worte  
„im wesentlichen“ gestrichen werden.

Architekt Behrendt-Hannover: Die Worte „im wesentlichen“  
kann man vielleicht fallen lassen. Der zweite Antrag des Herrn  
Paepow ist mir aber unverständlich. Wir müssen wünschen,  
daß die Überstunden festgelegt werden, können aber nicht zugeben,  
daß im Winter Stunden, die in die normale Arbeitszeit des  
Sommers fallen, höher entlohnt werden als im Sommer.

Oberbürgermeister Bentler: Das Wort „wesentlich“ hat doch  
einen schwammartigen Charakter, und ich möchte den Herren Ar-  
beitgebern empfehlen, es fallen zu lassen. Im zweiten Punkte habe  
ich Herrn Hämelsburg so verstanden, daß er die Ordnung der  
Überstundenfrage der lokalen Verhandlung überlassen und nicht  
im zentralen Vertrag festlegen will. (Zustimmung.)

Paepow: Uns wäre es am liebsten, wenn für Überstunden  
überhaupt keine höheren Löhne gezahlt werden würden, d. h. wenn  
nur wirklich notwendige Überstunden gemacht würden. In Fällen  
der Gefahr wird sich niemand weigern, Überstunden zu machen,  
aber selber wird viel Mißbrauch damit getrieben, sei es von Ar-  
beitern, die die höheren Überstundenlöhne haben wollen, sei es von  
Unternehmern, Polierern oder Bauherren. Deshalb können wir  
auf höhere Bezahlung und auf die Beschreibung der Zulässigkeit  
von Überstunden nicht verzichten.

Baurat Ende: Wenn wir die Worte „im wesentlichen“ weg-  
lassen, wird es in der Praxis nicht möglich sein, die Fälle präzis  
zu unterscheiden. Wir können deshalb auf die Worte nicht ver-  
zichten.

Vorsitzender: Die letzten zwei Jahre haben wohl gezeigt, daß  
wir ohne die Worte „im wesentlichen“ auskommen können. (Wider-  
spruch von den Arbeitgebervertretern.)

Hämelsburg: Die bisherige Fassung dieses Paragraphen hat  
zu größeren Differenzen keinen Anlaß gegeben. Wir wollten aber,  
daß in den örtlichen Verträgen angegeben wird, was als Stunde,  
Überstunde, Nacharbeit, Sonntagsarbeit usw. zu betrachten sei.  
Im übrigen wollten wir es lassen, wie es war. Von einem Ein-  
griff in die Rechte der Arbeitgeber kann nicht die Rede sein. Wenn  
vereinbart ist, daß die Überstunden gleich nach Abschluß der be-  
stehenden Arbeitszeit beginnen, so ist das eben Recht. Auch mit  
dem Ausdruck des ausreichenden Lichtes kann leicht Mißbrauch ge-  
trieben werden. Die Unfallstatistik der Berufsgenossenschaften  
lehrt, daß in der Dunkelheit die meisten Unfälle vorkommen.

Vorsitzender: Die ganze Differenz liegt in den Worten „im  
wesentlichen“. Wegen den Zusatz „während des Jahres“ hat Herr  
Hämelsburg an sich gar nichts, sondern er wünscht nur, daß  
dies lokal festgelegt wird. Die Worte „im wesentlichen“ könnten  
wohl um so eher fortfallen, als sie geodet werden durch den Aus-  
druck „bei ähnlichen Arbeiten“.

Baurat Ende: Die Worte „ähnliche Arbeiten“ beziehen sich  
nur auf dringende Reparatur- und Installationsarbeiten in  
Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten, — dann heißt es  
noch: „im leichten Helle“. Ich glaube kaum, daß wir uns über  
diese Sache jezt einigen können. Die Worte „während des ganzen  
Jahres“ stehen im engsten Zusammenhang mit unserem Antrag  
wegen der ausreichenden Lichtverhältnisse. Wenn dieser Antrag  
aufrecht erhalten wird — das muß er —, dann können wir auch  
die Worte „während des ganzen Jahres“ nicht abändern.

Bringmann: Wir haben für den § 3 die Fassung beantragt:  
„Überstunden sowie Nacharbeit, Sonntagsarbeit und Arbeit an  
gesetzlichen Feiertagen dürfen nur geordert und geleistet werden,  
wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen,  
Verletzungsgefahr eintreten usw.“ Dieser Antrag ist eine Kon-  
sequenz unseres Antrages zu § 2, wo wir beantragen, das Wort  
„normale“ zu streichen. Für uns ist die normale Arbeitszeit die  
in der Tabelle festgelegte, aber die an jedem Ort eine Verein-  
barung getroffen wird. In betref der Überstunden sind diese

Klagen vorgekommen, daß sie von den Arbeitgebern zu Unrecht  
verlangt wurden. Es ist das Recht des Arbeiters, ob er die  
Überstunden arbeiten will oder nicht. (Widerspruch bei den Ar-  
beitgebervertretern.) Ueber seine Arbeitskraft muß der Arbeiter  
selbst bestimmen.

Baurat Ende: Es gibt dringende Fälle, wo Überstunden auf  
jeden Fall gemacht werden müssen, wenn Menschenleben in Gefahr  
sind und dergleichen. In solchem Fall kann die Leistung der  
Überstunden nicht verweigert werden.

Bringmann: Es kommt nur darauf an, ob eine Not vorliegt  
oder nicht.

Vorsitzender: Die Sache bleibt ungeklärt. Ueber die Frage  
der Überstunden, „wenn hieron das technische Bestehen einer  
Arbeit abhängig ist“, ist bereits an anderer Stelle eine Einigung  
erzielt.

#### Rum kommt der § 4.

#### Arbeitslohn.

Der erste Punkt ist vielleicht die Lohnform, die wohl am  
stärksten ist: Mindestlohn, Einheitslohn, Durchschnittslohn,  
Staffellohn usw.

Baurat Ende: Wir haben beantragt, die Festsetzung des  
Stundenlohnes (Einheits-, Durchschnitts- oder Staffellohn) für  
einen Maurergesellen, einen Zimmerergesellen und einen Bau-  
hilfsarbeiter. Wir wollen hierdurch den Arbeitslohn nicht herab-  
drücken, sondern nur eine Differenzierung der Löhne nach den  
Leistungen möglich machen. Es soll den lokalen Organisationen  
überlassen bleiben, sich über die Lohnform zu einigen.

Jaakob: Es steht fest, daß mit der Maßnahme, die hier ge-  
troffen werden soll, eine Herabsetzung der Löhne erfolgt: Das ist  
auch in einem Flugblatt des Arbeitgeberverbandes zu Leipzig zum  
Ausdruck gekommen, das nacheinander gedruckt worden ist. Sie  
können uns nicht zumuten, daß wir Ihrem Antrage zustimmen.  
Ich möchte auch bitten, mit dem Begriff von faulen und fleißigen  
Arbeitern keinen Mißbrauch zu treiben. Die Bauarbeiter müssen  
ihre Arbeit wirklich verstehen; ein ungeschickter Mensch wird nicht  
gebuhlet.

Beder-Berlin: Im Vertrage selbst ist ja ausgesprochen, daß  
von einem einheitlichen Lohn für sämtliche Arbeiter nicht die Rede  
ist. Für Junggesellen kann ja nach dem Vertrag ein geringerer  
Lohn vereinbart werden. Aber daß die Lohnfestsetzung in die  
Hände des Arbeitgebers allein gelegt wird, und daß die ge-  
werkschaftlichen Organisationen sich jedes Einflusses auf die Fest-  
setzung des Durchschnittslohnes begeben, einer solchen Willkür  
werden wir nie zustimmen. Wenn 75 Pro. der Arbeitgeber den  
Einheitslohn eingeführt haben, warum soll es für die übrigen  
25 Pro. nicht auch möglich sein? Was haben wir schon zu hören  
bekommen über die gute Lebenslage der Bauarbeiter! Es wurde  
sogar gesagt, sie würden von Offizieren, von Assessoren beneidet,  
sie könnten sich Ausgaben gestatten, die andere Stände sich nicht  
erlauben dürften, sie könnten den Tag sechsmal Fleisch essen usw.  
Die Verhältnisse liegen leider bedeutend anders. Die Berliner und  
Hamburger Löhne sind für die Allgemeinheit nicht maßgebend.

Auch die Behauptung, daß die Leistungen zurückgegangen seien,  
ist unrichtig. Wir wünschen, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft  
ausnützt. Erfüllt jemand nicht seine Pflicht, so haben Sie jeder-  
zeit die Freiheit, ihn zu entlassen.  
Oberbürgermeister Bentler: Die Arbeitnehmer fordern die  
Festsetzung eines festen Einheitslohnes, während die Arbeit-  
geber entgegengesetzt einen Einheits-, Durchschnitts- oder Staffe-  
lohn fordern. Könnte man es nicht lassen, wie es ist, daß da,  
wo feststehende Löhne bestehen, keine Änderung eintritt, und daß  
nur da, wo Staffe- oder Durchschnittslohne gelten, also in etwa  
25 Pro., eine Änderung Platz greift?

Baurat Ende: Wenn wir Staffe- oder Durchschnittslohne ein-  
führen wollen, so beabsichtigen wir nicht, die bestehende durch-  
schnittliche Höhe des Lohnes herabzudrücken. Dafür wollen wir gern  
Gewähr geben.  
Schrader: In Norddeutschland und Mitteldeutschland wird im  
allgemeinen nur ein Einheitslohn bezahlt. In Süddeutschland all-  
dings werden in einer Anzahl von Städten — es sind nicht allzu-  
viel — noch Durchschnittslohne bezahlt. Als Zimmerer können  
wir uns selbstverständlich auf diese Staffellohne nicht einlassen.  
In einem anderen Antrage fordern wir, daß für alle Zimmer-  
arbeiten, die geleistet werden, auch wirklich der Zimmererlohn ge-  
zahlt werden soll, auch wenn Zimmerarbeiten auf Zimmerplätzen  
durch Stellmacher, Schreiner usw. ausgeführt werden.

Wiederberg-Berlin: Wir stehen grundsätzlich auf dem Stand-  
punkt, daß jeder Arbeiter, der Lohn beansprucht, auch verpflichtet  
ist, seine Arbeit auszuführen. Wie wollen wir nun den Lohn ver-  
traglich feststellen? Wollen wir mehrere Lohnsätze einführen oder  
einen Lohnsatz? Wir halten es für praktisch richtig, wenn ein  
Lohnsatz eingeführt wird und für die Junggesellen und die in-  
validen Arbeiter eine Grenze nach unten zugelassen wird. Wollen  
die Arbeitgeber über den festen Lohnsatz hinaus eine Grenze nach  
oben ziehen, so machen wir ihnen keine Schwierigkeit. Mit  
Staffellohnen, Durchschnittslohnen usw. kommen wir aus den  
Differenzen nicht heraus. Wenn es den Arbeitgebern wirklich  
darauf zu tun ist, zu einem Vertragsverhältnis zu kommen, so  
müssen wir es bei der bisherigen Fassung lassen und werden dann  
zu einem Verhältnis kommen, das beiden Parteien zuträglich ist.

Hämelsburg: Ein einheitlicher Streitpunkt kann dieser Gegen-  
stand kaum sein. Die Arbeitgeber haben die Worte „Einheits-,  
Durchschnitts- oder Staffellohn“ nur eingefügt, weil sie meinen,  
daß das auch im Zusammenhang mit dem zentralen Abschluß  
steht. Ich bedauere, daß der Arbeitgeberbund die Frage, um die  
wir 1908 so viel gestritten haben, von neuem aufgeworfen hat.  
Durchschnitts- oder Staffellohne liegen gar nicht im Interesse der  
Arbeitgeber. Ueber die Leistungen im Baugewerbe ist viel dummes  
Geredet worden. Unweifelhaft sind die Leistungen im Ver-  
gleich zu denen vor zwanzig, dreißig Jahren wesentlich gestiegen.  
Natürlich darf man als Maßstab für die Leistungen nicht die Zahl  
der zu vermauernden Steine annehmen, dazu ist die Arbeitsweise  
in den verschiedenen Gegenden zu verschieden. Ich habe lebhaft be-  
dauert, daß Herr Baurat Felisch in seinem Antrag: „Der  
Kern des Streites“ und vorgeworfen hat, daß wir als Führer der  
Organisationen bestrebt seien, die Leistungen herunterzubringen.  
Wir sind wirtschaftlich und ökonomisch doch so weit gekühlt, daß  
wir genau wissen, um was es sich handelt. Wie könnte ein ver-  
nünftiger Mensch sagen: die Leistungen müssen sinken — und auf  
der anderen Seite wollen, daß weitere Bedürfnisse befriedigt  
werden? Haben Sie jemals schon von uns einen solchen Stand-  
punkt vertreten hören? Und wenn ein einzelner Arbeiter es hier  
und da ausgesprochen sollte, ist er maßgebend für die anderen? Die  
Organisationen vertreten den Standpunkt nicht. Schon aus der  
Kulturunterschiede ergeben sich immer höhere Leistungen.

Stellv. Vorsitzender Bentler: Ich möchte feststellen, daß der  
Vorwurf, die Organisationsführer minderten die Leistungen herab,  
in der Versammlung hier nicht erhoben ist.  
Silberschmidt-Berlin: Ich möchte mich gegen eine Bemerkung  
der „Baugewerkszeitung“ wenden, die daraus hingewiesen hat, daß  
die Führer der Arbeiter eine doppelte Buchführung hätten. Gegen  
den Abschluß eines allgemeinen Tarifs mit Durchschnitts- und  
Staffellohnen weigerten sie sich, und doch schlossen sie Verträge ab,  
die Durchschnitts- oder Staffellohne enthielten. In Frankfurt  
a. O. — darauf bezieht sich der Fall — ist zwar ein Tarif abge-  
schlossen, der Durchschnittslohne enthält; er kommt aber nicht auf  
das Konto der „Führer der Arbeiter“, sondern auf das Konto der  
dortigen Maurer selbst. Es kommt hinzu, daß in Frankfurt bisher  
noch kein Tarif bestand und sehr verschiedenartige Löhne galten.  
Behrendt: Wir können nicht darauf eingehen, daß die Arbeit-  
geber immer noch das Wort „ungeübte“ vor Hilfsarbeitern bestehen  
lassen wollen. Wenn wir seitherzeit 1903 in Berlin dieses Wort  
zugestanden haben, so werden unter ungebildeten Arbeitern nur solche  
verstanden, die noch nicht im Baugewerbe beschäftigt waren und  
einen niedrigeren Lohn erhielten. Wenn wir von Hilfsarbeitern  
sprechen, ist von Erdarbeitern nicht die Rede. Wir beantragen  
aber, in einer Erklärung hinzuzufügen: „In Vertragsgebieten, wo  
durch die Eigenart der Arbeitsmethode verschiedene Löhne für Bau-

hilfsarbeiter üblich sind, muß die Arbeit sowohl wie die Lohnhöhe  
in jedem Falle genau umschrieben werden.“ Sodann haben wir  
den Antrag gestellt, daß als Bauhilfsarbeit im Sinne des Vertrages  
auch Erdarbeit gilt, die in direkter Verbindung mit dem Bau-  
werke oder zur Vorbereitung desselben ausgeführt wird.

Vorsitzender: Ich darf mitteilen, daß sowohl Herr Gerichts-  
direktor Frenner wie ich im Jahre 1908 unter „Einheitslohn“  
stets „Mindestlohn“ verstanden haben.

Baurat Ende: Das Wort „geübte“ Hilfsarbeiter muß stehen-  
bleiben. Die Leistungen der Hilfsarbeiter sind ganz verschieden,  
namentlich wenn Einheitslöhne festgesetzt werden. Die Bauhilfs-  
arbeiter haben keine Lehrzeit wie die Maurer und Zimmerer, die  
ihre Leistungsfähigkeit durch eine Prüfung darzulegen haben.

Ebenso wenig können wir dem Antrage zustimmen, daß Erd-  
arbeiten, wenn sie in Verbindung mit Bauwerken ausgeführt  
werden, nach dem Bauhilfsarbeiterlohn bezahlt werden. Die Tief-  
bauunternehmer haben eben Erdarbeiter und keine Bauhilfsarbeiter,  
haben also ganz andere Löhne.

Da wir bei den verschiedenen Kategorien von Arbeitern stehen,  
möchte ich beantragen, daß hinter den Worten „Maurergesellen,  
Zimmerergesellen, Bauhilfsarbeiter“ noch mindestens drei Striche  
gemacht werden, in die noch andere Kategorien eingetragen werden  
können. Ich habe vor allen Dingen im Auge die Eisenbetonarbeiter,  
die Buhler, die Plattenleger usw.

Dem Antrage der Zimmerer, daß Zimmerarbeiten, gleich  
viel von wem sie ausgeführt werden, zum Zimmererlohn bezahlt  
werden müssen, können wir ebenfalls nicht zustimmen. Im Eisen-  
betonbau besonders gibt es Arbeiter, die nicht nach dem Zimmerer-  
lohn bezahlt werden.

Vorsitzender: Wer soll bestimmen, ob jemand ein geübter Bau-  
hilfsarbeiter ist oder nicht?

Baurat Ende: Das muß durch den Arbeitgeber bestimmt  
werden.

Schrader: Ich hätte nichts einzuwenden, wenn in dem § 4  
einige nichtstimmende Striche gemacht werden. Aber man muß sich  
doch wundern, wie sich hierbei die Wünsche einzelner Arbeiter-  
verbände, z. B. der Dachdecker aus Lehe-Greestemünde-Premerhaven,  
hier geltend machen. Der Arbeitgeberbund hätte jene Herren längst  
beranlassen müssen, einen Vertrag mit uns abzuschließen. Die  
Zimmerarbeiten, z. B. die Einschalungsarbeiten, werden sie  
ohne tüchtige Zimmerleute nicht ausführen können. Wir müssen  
daher darauf bestehen, daß diese Zimmerarbeiten auch als solche  
bezahlt werden.

Gewerbegerichtsdirektor Frenner: Mir kommt es vor, als ob  
ich gelegentlich des Wortes „geübte“ die Debatte höre vor zwei  
Jahren über das Wort „tüchtig“ — dieselben Gründe pro, dieselben  
Gründe contra. Tarifverträge schließt man doch weniger ab zum  
Schutze gegen lokale Arbeitgeber und lokale Arbeitnehmer, sondern  
gegen diejenigen, die immer wieder versuchen, den Tarifvertrag zu  
umgehen auf Kosten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nehmen  
Sie das Wort „geübte“ für Bauhilfsarbeiter heraus, sonst werden  
alle illoyale Elemente nun noch „ungeübte“ Arbeiter beschäftigen,  
und die Schmutzplunderei, die wir bekämpfen wollen, wird in  
gewissen Vauagefällen erst recht anfluten. Es liegt weder im  
Interesse der Arbeitgeber, noch der Arbeitnehmer, diesen Ausdruck  
bestehen zu lassen.

Baurat Ende: Wir können auf das Wort „geübte“ nicht ver-  
zichten, da es nicht auf die Kraft, sondern auf die Übung an-  
kommt.

Döpfer-Hamburg: Wir wollen das Wort „geübte“ nicht im  
Vertrag haben, damit es nicht dazu mißbraucht werden kann, Bau-  
hilfsarbeitern einen geringeren Lohn zu zahlen. Ein unbeholfener  
Arbeiter wird sofort entlassen werden.

Architekt Behrendt: Auch in Hannover haben wir im Vertrag  
den Unterschied zwischen geübten und ungeübten Arbeitern  
und haben damit niemals Scherereien gehabt oder Beschwerden und  
Anträge seitens der Arbeiterorganisationen. In Hannover be-  
kommen diejenigen, die sich wirklich als Bauarbeiter ausweisen,  
auch tatsächlich den hohen Lohn.

Vorsitzender: Wir könnten die Frage der Erdarbeiter, Hilfs-  
arbeiter usw. jetzt beiseite lassen, und es läge nun der Antrag  
der Arbeitgeber:

„Der Umfang der Gegenleistung ist auf Antrag einer Lokal-  
organisation örtlich festzustellen.“  
Das soll eine Deklaration zu dem Begriff der „angemessenen  
Gegenleistung“ sein.

Architekt Behrendt: Es soll mit diesen Worten nur gesagt sein,  
daß die Möglichkeit vorliegen kann, daß, wenn eine örtliche Orga-  
nisation verlangt, die Gegenleistung zu normieren, sie eingefügt  
werden kann.

Hämelsburg: Es wäre wohl richtiger, wenn wir diese Frage  
der Normierung einer bestimmten Gegenleistung aus dem Vertrage  
fortlassen. Eine bestimmte Gegenleistung zu normieren, ist praktisch  
unmöglich.

Beder-Berlin: Auch von Arbeitgeberseite ist ausgesprochen  
worden: die Gegenleistung nicht und nicht, sie ist überhaupt nicht  
möglich.

Baurat Ende: Ich gebe zu, daß es schwer ist, den Umfang der  
Leistung und Gegenleistung festzustellen, aber soviel Intelligenz  
werden Sie doch den örtlichen Organisationen zutrauen, daß sie  
bei speziellen Unterschieden, die für die Leistung und Gegenleistung  
festgestellt werden, erkennen können.

Schrader: Mit der Gegenleistung steht es ähnlich aus, wie  
mit den Worten „wesentlich“ und „tüchtig“; auch dies ist ein  
Schwamm, mit dem für die Zukunft nichts anzufangen ist. Ich  
meine also, wir lassen die ursprüngliche Bestimmung bestehen.

Baurat Ende: Früher hieß es: „bei angemessener Gegen-  
leistung“. Nun haben wir gesagt: „die Gegenleistung muß an-  
gemessen bestimmt werden“. Wenn wir über den Vertrag im all-  
gemeinen einig werden, dann werden wir über diesen Punkt  
wahrscheinlich auch einig werden.

Vorsitzender: Na, meine Herren, es ist doch wenigstens das  
erste! Vivat sequens! (Geisterzeit.)

Rum kommen wir weiter. Soweit ich übersehen kann, ist im  
§ 4 der nächste Abschluß von beiden Parteien anerkannt, indem in  
dem alten Vertrage das Wort „vereinbart“ durch „bezahlt“ ersetzt  
wird.

Dann haben wir bisher einen Abschluß für Gesellen. Da be-  
antragen die Arbeiter, soweit ich sehe, eine Teilung der Jung-  
gesellen, indem sie die auseinanderziehen wollen in die ein- und  
zweijährigen, und für die einen eine Mindestgrenze festsetzen  
wollen. (Hämelsburg: Darauf haben wir schon verzichtet!)  
Um so besser!

Soweit ich weiter sehe, sind beide Parteien einig darin, daß  
ausgenommen wird der Satz: „Diese Vereinbarung hat innerhalb  
der ersten sechs Tage nach Eintritt der Arbeit zu erfolgen, andern-  
falls der tariflich festgesetzte Lohn zu zahlen ist.“ (Zustimmung.)

Dann haben wir, soweit ich sehe, nur noch einen Differenz-  
punkt. Das ist der letzte Antrag der Arbeitgeber, wonach es im  
letzten Absatz heißt:

„Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, falls sie bei Nichtmit-  
gliedern der Arbeitgeberverbände beschäftigt sind, nur zu  
den vertraglich festgelegten Bedingungen, insbesondere zu den  
vereinbarten Lohnsätzen zu arbeiten.“

Bringmann: Die Arbeitgeber haben es konsequent abgelehnt,  
daß für Zimmerarbeiten auch der Zimmererlohn bezahlt wird.  
Hier verlangen Sie, daß, wenn die Gesellen außerhalb des Arbeit-  
geberverbandes arbeiten, sie unter allen Umständen den Tariflohn  
verlangen sollen. Das ist eine Inkongruenz.

Baurat Ende: Wir haben es erlebt, daß bei dem großen An-  
gebot von Arbeitern die Arbeiter bei Nichtmitgliedern der Arbeit-  
geberverbände, die nicht an den Tarif gebunden sind, schließlich zu  
jedem Lohn arbeiten, namentlich auch die sogenannten Fabrik-  
maurer.

Hämelsburg: Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß das, was  
wir gegenseitig vereinbaren, auch für diejenigen Arbeitgeber  
Geltung haben muß, die Ihrem Verbände nicht angehören. Aber  
Sie dürfen nicht von uns allein eine solche Verpflichtung ver-  
langen.

**Vorsitzender:** Auf den Wortlaut ist nicht so viel Wert zu legen. Wenn beide Teile grundsätzlich einverstanden sind, daß eine solche Bestimmung entweder im Vertrage oder in einer Erklärung steht, so wird es an sich gleichgültig sein. Wenn es uns gelingt, eine Formulierung zu finden, die beiden Teilen genügt, so könnten wir darüber hinweggehen.

**Wiederberg-Berlin:** Namens der Arbeitgeber hat bereits Herr Heuer am 10. März über diesen Punkt ausgeführt:

„Bezüglich der Parität im letzten Absatz, wo wir beantragen haben: Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, falls sie bei Nichtmitgliedern der Arbeitgeberverbände beschäftigt sind“ usw., wo also die Parität von Ihnen bemängelt worden ist, sind wir bereit, mit Ihnen gemeinsam einen anderen Wortlaut festzusetzen, der den Sinn trifft, daß Nichtmitglieder denselben Lohn zu zahlen haben und die Arbeitsbedingungen innezuhalten haben, daß diese Verpflichtung beiden Organisationen auferlegt wird. Es kommt uns hier auch nur auf den Erfolg an und nicht darauf, bei Ihnen etwa Vertragsbrüche zu konstatieren oder nachzuweisen. Das liegt uns völlig fern, wir wollen hauptsächlich für unser Gewerbe etwas schaffen.“

Sie haben sich also bereits damit einverstanden erklärt, daß die Sache so aufgefaßt werden soll, daß wir gemeinsam dafür sorgen wollen: sowohl unsere Mitglieder wie auch die Mitglieder des Arbeitgeberbundes sollen alles tun, damit auch die Nichtorganisierten den Lohn bekommen, daß wir uns aber auch gegenseitig bestmöglich sind, gegen Außenstehende und Preisdrücker gemeinsam vorzugehen.

Die Debatte wandle sich sodann zu dem von der **Affordarbeit**

handelnden § 5. Der bisherige Vertrag bestimmte: „Affordarbeit ist zulässig; die Affordpreise unterliegen besonderer Vereinbarung.“ Die Unternehmer schlagen folgende Fassung vor:

Affordarbeit ist zulässig, und die vertragsschließenden Parteien haben sich jeder hindernden Einflußnahme sowohl auf Arbeitgeber als auch auf Arbeitnehmer zu enthalten.

Die Affordpreise werden jeweils von Fall zu Fall in freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgestellt, insoweit solche nicht etwa in diesem Vertrage normiert sind. Die vertragsschließenden Organisationen verpflichten sich ausdrücklich, vor und bei Vereinbarung der Affordpreise keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben.“

Gen. Rat **Wiederfeldt** bemerkte, daß die Formulierung der jetzigen Vertragsbestimmung von ihm und Herrn **Dr. Brenner** herrühre, sie könnten also am besten Auskunft geben, wie sie zu verstehen ist; es sei am besten, die alte Fassung aufrecht zu erhalten und hinzuzufügen, ob Affordarbeit gemacht wird, darüber entscheiden die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

**Bringmann** betonte, daß bei den Verhandlungen im Jahre 1908 **Baumeister** Wahl ausdrücklich erklärt habe, daß die Arbeitgeber nicht beabsichtigen, Affordarbeit in größerem Umfange einzuführen.

**Baumeister Ende:** Wir müssen unbedingt die Sicherung der Affordarbeit verlangen. Jetzt aber ist es vorgekommen, daß die Arbeiterorganisationen Mitglieder, weil sie in Afford gearbeitet haben, ausgeschlossen haben. Das ist eine Durchbrechung des Vertrages. Die schönsten Tarife nützen doch nichts, wenn die Durchführung der Affordarbeit nicht gesichert wird.

**Schrader** erklärte, daß die Zimmerer sich grundsätzlich gegen jede Affordarbeit wenden. Aus der Statistik des Arbeitgeberbundes gehe ja auch hervor, daß Zimmererarbeiten nur in ganz seltenen Ausnahmefällen in Afford ausgeführt werden. Diese Frage dürfe nicht zentral geregelt werden, ihre Regelung müsse vielmehr den örtlichen Vereinbarungen überlassen bleiben.

**Oberbürgermeister Dr. Beutler:** Wenn die Arbeitgeber verlangen, daß die Arbeiter sich jeder hindernden Einflußnahme enthalten, dann können umgekehrt auch die Arbeiter verlangen, daß die Arbeitgeber sich jeder fördernden Einflußnahme enthalten.

**Baumeister Ende** verlangt nochmals bindige Erklärungen der Arbeiterorganisationen, daß sie ihre Mitglieder nicht hindern, in Afford zu arbeiten.

**Bömelburg:** Es ist das Richtige, die Regelung dieser Frage den örtlichen Organisationen zu überweisen. Gäßen wir das 1908 schon getan, dann wäre vielleicht mancher Streitpunkt gar nicht entstanden. Nach den Feststellungen des Maurerverbandes waren im Jahre 1905 von circa 160 000 gelerntem Arbeitern des Maurergewerbes etwa 8000 in Afford beschäftigt, davon 3000 bei den Maurern, 5000 beim Fugen. Es ist also nur in sehr wenigen Orten Deutschlands Affordarbeit üblich. Die Arbeitgeber wollen ja nicht, daß die Frage örtlich geregelt wird, und ich habe deshalb schon früher erklären können, daß wenn der Arbeitgeberbund auf unsern Vorschlag nicht eingehen will, wir daraus keinen ernstlichen Streitpunkt machen, sondern damit einverstanden sind, daß es so bleibt, wie es bisher war. Auf den Vorschlag der Arbeitgeber werden wir nicht eingehen, wir müssen fort im Interesse der Parität verlangen, daß die Arbeitgeber sich auch jeder fördernden Einflußnahme enthalten müssen.

**Baumeister Ende:** Die Affordfrage im allgemeinen können wir der örtlichen Regelung nicht überlassen, diese Sache muß zentral geregelt werden. Aber das Besprechen, daß wir als Bund die Affordarbeit nicht fördern, daß wir unsere Mitglieder nicht zwingen wollen, Affordarbeit zu fördern, das können wir ruhig geben.

Die Debatte über die Frage der Affordarbeit wird wegen der vorgerückten Zeit abgebrochen.

Die Unparteilichen scheiden nun noch die Frage an, ob über die Differenzpunkte später Schiedsprüche gefällt werden sollen, denen sich die Parteien natürlich nicht ohne weiteres zu fügen brauchen.

Die Parteien werden ersucht, diese Frage morgen zu beantworten.

Schluß 8 Uhr.

## Zweiter Verhandlungstag

Sonnabend, den 28. Mai.

Die Sitzung der heute als Vertreter des Arbeitgeberbundes auch dessen Vorsitzender **Baurat Jellisch** beivohnt, wird um 9 Uhr eröffnet.

Die gestern abgebrochene Debatte über die Frage der **Affordarbeit**

wird fortgesetzt.

Nachdem **Behrendt** einen Überblick über die Entwicklung der Affordarbeit im Vaugewerbe und über die Entstehungsgeschichte der Bestimmung des jetzigen Vertrages gegeben hat, wiederholt

**Baumeister Ende** seine gestern abgegebene Erklärung, daß die Unternehmer einen Vertrag nur dann schließen, wenn die Affordarbeit für zulässig erklärt und ihre Ausführung gewährleistet wird.

**Bömelburg** betont, daß der Vorschlag der Arbeitgeber auch dann nicht annehmbar ist, wenn ein Zusatz angefügt wird, daß die Arbeitgeber die Affordarbeit nicht fördern dürfen.

**Bringmann:** Für die Zimmerer ist der Vertrag nicht annehmbar, wenn Bestimmungen über die Affordarbeit hincin kommen.

**Jatav** weist an der Hand eines reichhaltigen Tatsachenmaterials nach, daß das Vaugewerbe sehr gut ohne Affordarbeit bestehen kann.

**Oberbürgermeister Beutler** macht den Vermittlungsvorschlag, daß im Falle von Affordarbeit auch die Preise innerhalb einer bestimmten Frist von den Lokalorganisationen vereinbart werden sollen. Es müßte dann ein Mindestlohn garantiert werden.

**Baumeister Ende:** Darauf können wir nicht eingehen. Es würde dann dahin kommen, daß die Affordarbeit ungemein verteuert wird.

**Breylow:** Ich verlange nicht, daß die Anregung des Herrn **Dr. Beutler** wohl beachtenswert ist, bitte aber doch dringend, die ganze Affordfrage aus dem Tarif herauszulassen. Wir können hier beschließen, was wir wollen, was der Gesamtheit der Arbeiter gegen den Streik geht, das können wir durch Tarife doch nicht aus der Welt schaffen, es würde sonst nur auf dem Papier stehen. Wir können wir z. B. unsere Leipziger Maurer zwingen, keinen Beschluß zu fassen, daß nicht in Afford gearbeitet werden darf?

**Baumeister Ende:** Die Maurer in Leipzig sehnen sich förmlich danach, wieder in Afford arbeiten zu dürfen, sie fürchten sich nur vor dem Terror der Organisation. (Lachen bei den Arbeitern.)

**Porter-Mannheim** weist auf Grund seiner praktischen Erfahrungen in Mannheim-Ludwigshafen nach, daß die Affordarbeit zu fortgesetzten Differenzen führt.

**Baumeister Frei** bestritt das. Im Rheinland habe er gerade die gegenteiligen Erfahrungen gemacht. Die Arbeiter ständen sich bei Affordarbeit sehr gut.

**Wiederberg** verlangt entschieden, daß bei Affordarbeit der Stundenlohn garantiert wird.

**Baumeister Behrens** erwidert, daß die Arbeitgeber darauf unmöglich eingehen können.

**Bömelburg:** Die Frage der Affordarbeit läßt sich gar nicht reglementieren. Verschiedene Behörden verbieten, daß ihre Bauten in Afford ausgeführt werden, weil sie wissen, daß Maurerarbeiten, wenn sie gut sein sollen, nicht in Afford ausgeführt werden dürfen. Man möge nur einmal die Urteile von Baupolizeibeamten über Affordarbeiten hören. In Hamburg wird auf Affordbauten geradezu lächerlich gearbeitet. Das ist einer der Gründe, weshalb wir gegen die Affordarbeit sind. Die Arbeitgeber meinen gar nicht, wie dabei gefuscht wird. Aus dieser Erkenntnis heraus sind ja selbst viele Arbeitgeber grundsätzliche Gegner der Affordarbeit. Nun will der Arbeitgeberbund das Recht haben, daß er einfach kommandieren kann, es wird in Afford gearbeitet. (Widerpruch bei den Arbeitern.) Das können Sie ja gar nicht bestritten. Wenn Sie heute fordern, es soll in Afford gearbeitet werden, und die betreffenden Arbeiter weigern sich, dann werden die Arbeiter einfach entlassen, und wenn Sie dann andere Affordarbeiter haben, dann wird Ihr Wille erfüllt. In Zeiten der Krisis wäre es den Unternehmern möglich, die Affordpreise so zu drücken, daß der Arbeiter, auch wenn er noch so fleißig ist, den Vertragslohn gar nicht erreichen kann. Die Arbeitgeber sagen, der Lohn könne bei Affordarbeit nicht garantiert werden. Das stimmt ja gar nicht; in Hamburg besteht die Lohngarantie bereits und trotzdem arbeiten die Maurer nicht etwa langsamer als andere. Das gleiche gilt von den Berliner Kupfern. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als Affordpreise zu vereinbaren; aber ob das praktisch möglich ist, ist eine andere Frage. Der Affordtarif in Dänemark umfaßt circa 130 Druckseiten; auch in Deutschland würde ein solcher Tarif ungemein umfangreich werden und eine jahrelange Arbeit erfordern. Also praktisch ist das nicht durchführbar. Daher ist es am richtigen, die Affordfrage örtlich zu regeln. Der Arbeitgeberbund hat eben schon 1907/08 den Fehler gemacht, den er jetzt wieder macht, daß er alles reglementieren will. Koch eins: Wir haben früher Mitglieder ausgeschlossen, weil sie entgegen dem Beschluß ihrer örtlichen Organisation in Afford gearbeitet haben, und die Arbeitgeber haben verlangt, daß wir sie wieder aufnehmen. Was würden Sie sagen, wenn wir von Ihnen verlangen, Sie sollen Vertragsbrecher ausschließen: Sie würden sagen, das ist eine Frechheit. Sie haben in Ihren Reihen eine ganze Menge Vertragsbrecher, ich könnte nachweisen, daß Arbeitgeber offen zum Vertragsbruch aufgefordert haben, aber es ist und nie eingefallen, zu verlangen, daß sie von Ihnen ausgeschlossen werden. Die Arbeitgeber sprechen von Terrorismus der Arbeiter. Wissen Sie denn nicht mehr, welchen Terrorismus Sie bei Gründung Ihrer Organisation ausgeübt haben und welchen Terror Sie heute noch treiben? Wie verlangen von unsern Mitgliedern, daß sie sich den Beschläßen der Organisation fügen, und das verlangen Sie von Ihren Mitgliedern auch. Also nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt!

**Jatav-Beipzig** verteidigt die Leipziger Organisation gegen den Vorwurf des Terrors. Würde man wirklich, 6000 Arbeiter lassen sich einfach terrorisieren? **Kochner** empfiehlt die Beibehaltung des bisherigen Zustandes hinsichtlich der Affordarbeit.

**Koch-Vodum** vom christlichen Verband schildert die Mißstände bei der Affordarbeit im Rheinland. Die Behauptung des **Baumeisters Frei** sei nicht richtig, die Arbeiter protestieren gegen das dort übliche System. Nur wenige Arbeiter wissen, daß sie in Afford arbeiten, den anderen wird das verheimlicht, der überschließende Teil des Lohnes wird ihnen vorenthalten.

**Baumeister Frei** erwidert, daß ihm solche Fälle unbekannt sind. Die Vereinbarung des Affordpreises solle erfolgen zwischen den einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

**Baumeister Ende:** Wir haben nicht die Erfahrung gemacht, daß in Afford so schlecht gearbeitet wird, es wird wohl schneller gearbeitet, aber die Arbeiten werden gut und sauber hergestellt. Der Wunsch der Unternehmer geht nur dahin, daß die einfachen gewöhnlichen Maurer, und Zimmererarbeiten in Afford angefertigt werden sollen und dafür lassen sich leicht Tarife aufstellen.

**Dr. Brenner** konstatiert, daß niemand mehr zum Wort gemeldet ist. Es wird Aufgabe der Unparteilichen sein, auf Grund der hier gehörten Anregungen Vorschläge zu machen.

Es folgt § 6

## Lohnzahlung.

Die Arbeitgeber verlangen, daß überall, wo viersechstägige oder halbmonatliche Lohnzahlungsperioden üblich sind, dieselben beibehalten werden.

Die Arbeiter beantragen, daß die Lohnzahlungsperiode sechs Tage (eine Woche) umfaßt.

**Porter-Mannheim** begründet den Antrag der Arbeiter. Den Arbeitgebern erwächst aus der wöchentlichen Lohnzahlung nur eine kleine Mehrarbeit. Andererseits ist für die Arbeiter die wöchentliche Lohnzahlung notwendig, sie brauchen dann nicht ihre Waren auf Kredit zu nehmen. An manchen Orten müssen die Arbeiter ja sogar wöchentlich Miete zahlen.

**Baumeister Ende** macht darauf aufmerksam, daß über diese Frage bei den früheren Verhandlungen Einverständnis erzielt sei.

**Wiederberg** stellt an der Hand des stenographischen Protokolls fest, daß darüber tatsächlich Einverständnis erzielt ist, daß es deshalb keinen Zweck hat, lange darüber zu diskutieren.

Gen. Rat **Wiederfeldt** konstatiert, daß die Einigung in der Weise getroffen ist, daß die 14tägigen Lohnzahlungsperioden zwar beibehalten werden dürfen, daß aber auch örtlich über wöchentliche Lohnzahlungsperioden verhandelt werden kann.

**Bömelburg** hält hiernach den Antrag der Arbeitgeber für unzulässig. Diese Bestimmung braucht nicht in den Vertrag.

**Schrader** ist der Meinung, daß die wöchentliche Lohnzahlung im Vaugewerbe sehr wohl durchführbar ist. Da die Arbeitgeber alle ihre Anträge aufrecht erhalten, muß es auch den Arbeitern gestattet sein, ihre Anträge, also auch den Antrag auf wöchentliche Lohnzahlung wieder aufzunehmen.

Damit ist die Frage erledigt.

Ihren früheren Antrag, daß der

## Lohn am Freitag

gegallt werden soll, nehmen die Maurer nicht wieder auf, da nach den früheren Vereinbarungen diese Frage örtlich geregelt werden soll. Doch betont **Bömelburg** die Notwendigkeit der Lohnzahlung am Freitag, die durch den Achtschloßenschuß bedingt ist.

**Bringmann** wünscht, daß in § 6 überhaupt nichts weiter gesagt wird als: „Die Lohnzahlungsperiode umfaßt 6 Tage (eine Woche). Die Lohnzahlung findet am . . . Tag.“

Die Debatte wendet sich zu § 7:

## Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Die Arbeitgeber wollen, daß diese Frage örtlich geregelt wird. Die Maurer hatten bestimmte Vorschläge eingebracht, worauf sie aber im Interesse des Friedens, um daraus keine Streitfrage zu machen, und mit Rücksicht auf die früheren Verhandlungen, aus denen hervorgeht, daß die Arbeitgeber dafür nicht zu haben sind, nicht behoben.

Es folgt § 8:

## Schlichtung von Streitigkeiten.

Die Arbeitgeber beantragen die Einsetzung einer Schlichtungskommission, die nur Streitfragen über örtliche Zusätze schlichten soll, und in der stets ein Arbeitgeber den Vorsitz führt. Als oberste Instanz ist ein Schiedsgericht gedacht, in das jede Partei drei Bei-

sitzer wählt und dessen Obmann der jeweilige Rektor der technischen Hochschule zu Charlottenburg ernannt.

Während die Arbeitgeber die Schlichtung von Differenzen innerhalb 6 Tagen fordern, beantragen die Zimmerer die Schlichtung innerhalb dreimal 24 Stunden.

**Bringmann** begründet diesen Antrag. Wenn die Schlichtung erst innerhalb 6 Tagen erfolgen soll, dann kann der Fall eintreten, daß die Arbeiter längst abgereist sind. Das gilt namentlich für Rheinland-Westfalen.

Gen. Rat **Dr. Wiederfeldt:** Das scheint kein so wesentlicher Differenzpunkt zu sein. Mit der Festsetzung einer Frist an sich sind ja beide Parteien einverstanden.

**Baumeister Ende** begründet den Antrag, daß stets ein Arbeitgeber den Vorsitz führt.

**Oberbürgermeister Beutler** schlägt vor, daß, wenn über den Vorsitz eine Einigung nicht erzielt wird, auf Antrag die örtliche Verwaltungsbehörde den Vorsitzenden ernennen soll.

**Bömelburg:** Es ist das Richtige, es bleibt so wie es jetzt ist. In der Praxis führt ja in der Regel ein Arbeitgeber den Vorsitz. Schwierigkeiten sind daraus nicht entstanden, aber es geht nicht, daß in einem Vertrage, der auf Gegenseitigkeit beruht, der einen Partei ein Privileg eingeräumt wird.

**Bringmann** begründet einen Antrag der Zimmerer, daß die Schlichtungskommission selbst ihren Vorsitzenden wählt. Der Antrag ist deshalb gestellt, weil in einem Fall der Arbeitgeberbund den Vorsitzenden gestellt hat. Die Fassung der Unternehmung läßt die Befürchtung zu, daß das immer so sein soll.

**Behrendt** weist darauf hin, daß bisher die Arbeitgeber oft sowohl den Vorsitzenden als auch dessen Stellvertreter bestimmt haben. Infolgedessen sind die Schlichtungskommissionen oft Verschieppungskommissionen geworden. Es muß gegen solche beabsichtigte Verschieppungsmanier Vorkehrung getroffen werden.

Gen. Rat **Dr. Wiederfeldt:** Grundsätzlich sind wir wohl darüber einig, daß die Kommissionen sobald wie möglich in Funktion treten sollen.

Weiter sehen die Arbeitgeber eine zweite Instanz vor, die die Zimmerer zu streichen beantragen.

**Bringmann:** Der Antrag ist deshalb gestellt, weil unsere Kameraden — namentlich in Rheinland-Westfalen — sich dadurch ihres persönlichen Rechts begeben. Viele Gewerbegebiete stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter das Gewerbegericht erst dann anrufen können, wenn sie die Instanzen des Tarifs erschöpft haben.

Gen. Rat **Dr. Wiederfeldt:** Ich glaube, Sie sehen die Sache zu schwarz an. Ich habe doch auch Jahre lang das Einigungsamt in Rheinland-Westfalen gehabt, und da ist es doch ganz gut gegangen. (**Bringmann:** Damals ja!) Also, diese Frage bleibt offen.

**Baumeister Ende** begründet nunmehr den Antrag der Arbeitgeber betr. die oberste Instanz. Ein zentrales Schiedsgericht sei im Interesse der einheitlichen Auslegung des Tarifs notwendig.

**Bringmann:** Wir können darauf niemals eingehen. Die Forderung der Unternehmer ist ganz unerklärlich, eine Konsequenz der bisherigen Entwicklung ist sie jedenfalls nicht. Wir haben ein gewisses Mißtrauen, und unsere Befürchtung wird verstärkt durch das traurige Schiedsgericht in Schweden.

**Oberbürgermeister Dr. Beutler:** Das wird doch ganz von der Zusammenfassung des Schiedsgerichts abhängen.

**Beder** (christl. Verband): Vorläufig brauchen wir eine solche Zentralinstanz nicht, es genügt, daß die Zentralvorstände von Fall zu Fall zusammenkommen. Alles andere können wir der Entwicklung überlassen.

**Baumeister Jellisch:** Bis jetzt haben die Zentralvorstände in den meisten Fällen die Differenzen beseitigt. Aber trotzdem möchten wir nicht auf ein oberstes Schiedsgericht verzichten, das ja nur selten zusammentritt und nur prinzipielle Fragen zu entscheiden haben wird. Den Obmann könnte ja eventuell der Staatssekretär des Innern ernennen.

**Bömelburg:** Wenn ich mich zu dem zentralen Schiedsgericht äußere, so bitte ich daraus nicht zu schließen, daß ich dem zentralen Tarifabschlus irgendwelche Konzessionen mache. Gewiß muß eine Instanz vorhanden sein, die über prinzipielle Fragen endgültig entscheidet, aber dem Vorschlag der Arbeitgeber können wir nicht zustimmen. Es geht doch nicht, daß solche Instanz von Fall zu Fall gebildet und daß jedesmal ein besonderer Vorsitzender ernannt wird. Auch muß ein solches Schiedsgericht beiderseitiges volles Vertrauen genießen. Ich halte weder den Rektor der Technischen Hochschule, noch den Staatssekretär, noch eine andere Person für geeignet, den Vorsitzenden zu bestimmen, darüber müssen sich die Parteien selbst einigen. Wir brauchen da nicht erst auf andere Kreise überzugreifen. Für unbedingt notwendig aber halte ich es, daß die Vorstände der Zentralorganisationen von Zeit zu Zeit zusammenzutreten, um sich über grundsätzliche Fragen zu verständigen.

Schriftlich läßt sich das schwer erledigen. Bei den Buchdruckern haben wir das Tarifsamt, eine ständige Institution, die Achtung genießt und die es verbindet hat, daß Differenzen entstehen. In der Sache sind wir uns ja einig, und über die Form werden wir uns wohl auch verständigen, aber Herrschaften, die von unseren Verhältnissen nichts verstehen, können wir nicht hineinreden lassen. Wir müssen allmählich zu einem Kommentar zum Vertrage kommen, und das geht nur, wenn wir entsprechend meinem Vorschlag verfahren. Mit dem zentralen Abschluß aber — das möchte ich wiederholen — hat die Sache nichts zu tun.

**Jellisch:** Ich bin auch damit einverstanden, daß die Zentralvorstände von Zeit zu Zeit zusammenkommen, um Differenzen zu beseitigen, aber wenn die einmal versagen sollten, dann brauchen wir doch ein oberstes Schiedsgericht mit einem unparteilichen Obmann.

**Oberbürgermeister Dr. Beutler** konstatiert, daß über die Sache selbst Einverständnis herrscht, daß die Arbeiter jedoch die von den Unternehmern vorgeschlagene Form ablehnen.

Am Schluß des § 8 beantragen die Unternehmer:

„Der Beginn und während des Verfahrens sind Streiks, Ausperrungen, Warnungen vor Zugang oder ähnliche Maßnahmen unter keinen Umständen zulässig.“

Die Worte „Warnungen vor Zugang“ standen in dem bisherigen Tarif nicht. Begründet wird diese Maßnahme durch die bekannten Vorgänge in München.

**Bömelburg:** Die bisherige Fassung deckt alles. Der Antrag ist für die Zwecke der Unternehmung überflüssig, er würde nur zu Schwierigkeiten führen. Wolle man vielleicht die Warnungen vor Zugang auch dann verbieten, wenn sie wegen eines Ueberangebots von Arbeitskräften am Ort erfolgen? Ebenso gut können wir verlangen, daß die Arbeitgeber keinen Zugang heranziehen dürfen.

**Dr. Brenner** ist auch der Ansicht, daß die vorgeschlagene Fassung zu Mißverständnissen führt. Es genügt die bisherige Fassung und eine Erklärung, daß Warnung vor Zugang dann unzulässig ist, wenn die Sache im einzelnen Fall einen streikähnlichen Charakter annimmt, sonst aber nicht.

**Baumeister Ende:** Ob ein streikähnlicher Charakter vorliegt, läßt sich nicht immer entscheiden. Hier muß eben von Fall zu Fall entschieden werden.

**Baumeister Jellisch** schließt sich dem an. Wolle man ernstlich zu einem Frieden kommen, dann dürfe man während der Friedensverhandlungen nicht förmlich eingreifen.

**Dr. Brenner** betont nochmals, daß der Antrag der Arbeitgeber völlig überflüssig ist.

**Beder** (christl. Verband) bittet gleichfalls, nichts aufzunehmen, was nur zu Differenzen führt.

Gen. Rat **Dr. Wiederfeldt:** Die Parteien sind sich wohl einig, daß die Worte nicht in den Vertrag zu kommen brauchen, sondern protokollarische Erklärungen genügen!

§ 9 handelt von der

## Durchführung des Vertrages.

Dies sind Differenzen vorhanden, die davon abhängen, ob der Vertrag zentral geschlossen werden soll oder nicht, und die deshalb erst nach Erledigung dieser Frage geregelt werden können.

**Schrader** beantragt namens der Zimmerer eine kürzere Fassung:

Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihren gegenseitigen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrages einzusetzen.

**Geh. Rat Dr. Wiedfeldt:** An sich ist das, was die Zimmerer wollen, ja logisch, aber es schadet gar nichts, wenn die moralische Bindung der Parteien möglichst scharf ausgesprochen wird. Wir können ruhig die alte Fassung beibehalten.

**Es folgt § 10 (Allgemeines):**  
Hier beantragen die Unternehmer zunächst:  
„Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern ist Sache des Arbeitgebers.“

Die Arbeiter beantragen:  
„Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern ist Sache des Arbeitgebers.“

**Bringmann:** Die Arbeitgeber bezwecken mit ihrem Antrag, daß über die Entlassung von Arbeitern die Organisation entscheidet, es können also soviel Arbeiter entlassen werden, daß die Entlassung einer Aussperrung gleich kommt, und daß die Arbeitgeber auf diese Weise die Durchführung einer Bestimmung erzwingen. Ein solches Recht können wir Ihnen nicht geben, eher mag der ganze Tarifvertrag zum Teufel gehen. So unschuldig die Bestimmung auch aussieht, sie ist es nicht. Das beweisen die Erfahrungen.

**Wiederberg:** Auch wir fassen den Antrag der Unternehmer so auf, daß wir Ihnen das Minderheitsrecht kongedieren sollen. So weit kann es doch aber nicht gehen.

**Baummeister Ende:** Wir als Organisation können nicht dulden, daß unsere Mitglieder Arbeiter, die wo anders streiken, einstellen. Wir müssen die Möglichkeit haben, unsere Mitglieder zu zwingen, solche Arbeiter zu entlassen.

**Geh. Rat Dr. Wiedfeldt:** Das läßt sich doch unangefochten durch einen Vertrag zwischen Ihren Mitgliedern machen.

**Paeplow:** Sollen wir wirklich ernsthaft darüber debattieren? Niemand kann hier das Entlassungsrecht, das bisher dem einzelnen zugehört, in die Hand des Unternehmerbundes legen. Dann müssen Sie uns auch das Recht geben, unseren Mitgliedern zu verbieten, bei bestimmten Unternehmern in Arbeit zu treten. Wir werden Ihnen natürlich niemals das Recht streitig machen, Ihren Kollegen zu sagen, stellt den und den nicht an; aber daß wir Ihnen das Recht geben, die Weisheit der Maßregelung von Vereinen wegen über bestimmte Arbeiter zu schwingen, das geht nicht. Sie mahnen ja sogar Mitglieder von uns, die den Tarif durchzuführen bemüht sind. Ich erinnere nur an Ihren Arbeitsschlichter in Nordenham, der Streikbrecher sucht, damit die Fabrikarbeiter nicht nach dem Tarif entlohnt zu werden brauchen. Und was sagt der Bund? Der Arbeitsschlichter geht auch gar nichts an. (Hört! hört! bei den Arbeitern.) Aehnlich ist es in Begeßau.

**Jakob-Beipzig** erhebt gleichfalls energischen Protest gegen ein so diktorisches Vorgehen der Arbeitgeber.

**Baummeister Ende:** Sie sperren ja auch schon hier und da einzelne Arbeitgeber, wenn es Ihnen gerade paßt. (Paeplow: Das ist nicht wahr!) Das beeinträchtigt uns zu unserem Antrag. Wir wollen nur verhindern, daß wir mitten im Frieden von Ihnen in einen Krieg gezogen werden.

**Behrendt:** Wir wollen lediglich Vertragsbrüche verhindern. Wenn Sie einstellen wollen, ist Ihre Sache, aber Sie dürfen keine Leute bloß wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen. Das ist Vertragsbruch. Ich kann Ihnen nachweisen, daß Leute bloß deshalb nicht eingestellt wurden, weil sie für den Vertrag kämpften. Unsere Vorkommnisse beim Arbeitgeberbund sind fruchtlos geblieben. Was Sie verlangen, sind die Maßregelungsbüroaus im vollen Sinne des Wortes. Ebenfalls wollen wir den einseitigen Arbeitsnachweis anerkennen, werden wir Ihnen dies Recht einräumen.

**Schmidt (Christl. Organ.):\*\*** Es geht doch nicht, daß Sie uns als Mittel zum Zweck benutzen, um Disziplin in Ihre eigenen Reihen zu bringen. Das müssen wir entschieden zurückweisen.

**Geh. Rat Dr. Wiedfeldt:** Wir werden ja darüber jetzt kaum einig werden; wir können also weiter gehen.

**Es folgt die Beratung der**

### Agitationsklausel.

**Bisher hieß es:**  
„Jedliche Agitation ist während der Arbeitszeit verboten. Pausen gelten nicht als Arbeitszeit.“

Die Arbeitgeber verlangen Streichung der Worte „Pausen gelten nicht als Arbeitszeit“. Mit anderen Worten, auch während der Pausen soll nicht agitiert werden dürfen.

**Baummeister Ende:** Wir können es nicht zulassen, daß in den Pausen in den Neubauten agitiert wird. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß, nachdem die Agitation während der Arbeit aufgehört hat, um so lebhafter in den Pausen in den Neubauten agitiert wird.

**Töpfer:** Wir quittieren zunächst dankend, daß Sie zugeben, daß während der Arbeit nicht agitiert wird. Ihrem neuen Vorschlag werden wir niemals zustimmen.

**Baummeister Ende:** Ich habe mich geirrt, nur während der Arbeitszeit soll die Agitation in den Neubauten verboten sein.  
**Geh. Rat Dr. Wiedfeldt:** Hiernach wollen Sie also die Agitation in den Pausen nicht verbieten. (Zustimmung bei den Arbeitgebern.)

**Baummeister Ende:** Wir bestehen darauf, daß in den Pausen hineinkommt: „Pausen gelten nicht als Arbeitszeit“.

**Geh. Rat Dr. Wiedfeldt:** Das haben die Arbeitgeber zugestanden. Nun zur

### Belastigungsklausel.

**Paeplow:** Die streichen wir!  
Sie meinen, Sie beantragen die Streichung. (Weiterkeit.) Diese Klausel hat schon früher in den protokollierten Erklärungen gestanden, jetzt soll sie in den Vertrag. Haben sich daraus Unzulänglichkeiten ergeben?

**Baummeister Ende:** Von einer Belastigung der Arbeiter ist ja gar keine Rede mehr. Man will auch nicht die Arbeiter im allgemeinen treffen, sondern die Leiter der Organisation. Sie verlangen, daß der Zutritt zu den Arbeitsstätten anderen als den dort beschäftigten Personen ohne Erlaubnis des Arbeitgebers nicht gestattet ist. In der Praxis ist diese Bestimmung nicht durchführbar, sie ist auch nicht innewerkelt. Lassen wir doch diese bevorstehende Bestimmung heraus!

**Baummeister Ende:** Diese Bestimmung findet sich schon im Berliner Vertrag.

**Paeplow:** Gewiß, aber wir wollen doch jetzt ein neues Vertragsmuster für ganz Deutschland aufstellen, und da müssen wir die Bestimmungen herausbringen, die hineingekommen sind, weil wir mal an einem Orte schwach waren. Was wir im Laufe der zwei Jahre als verkehrt empfunden haben, das wollen wir ausmerzen.

**Baummeister Ende:** Es handelt sich lediglich darum, ob eine solche Bestimmung zweckmäßig und notwendig ist, und da sagen wir Nein!  
**Silberschmidt:** In Berlin hat die Belastigungsklausel so gut wie keine Bedeutung, sie ist in der Praxis nie zur Anwendung gekommen. Im Gegenteil, der Berliner Verband macht und oft Vorwürfe, daß wir nicht sofort jemand auf den Bau schicken, um nach dem Rechte zu sehen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.  
In der Nachmittagsitzung begründet zunächst Bringmann eine Reihe von Anträgen der Zimmerer zu § 10, die im wesentlichen auf die Ausgestaltung des Tarifvertrages zur einer Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeitsvertrages hinauslaufen.  
Eine Einigung hierüber wird nicht erzielt.  
§ 11 handelt von der

### Dauer des Vertrages.

Die Unternehmer hatten ursprünglich eine fünfjährige Vertragsdauer verlangt, sie haben sich auf ihrer Dresdener Generalversammlung mit einer dreijährigen einverstanden erklärt. Einen Differenzpunkt bildet das nicht.

Von den sonstigen Anträgen wird zunächst ein Antrag der Arbeiter zur Debatte gestellt, daß Beginn und Ende der Arbeits-

zeit fest zu bestimmen ist und daß die Mittagspause in keinem Fall weniger als eine Stunde während des ganzen Jahres betragen soll.

**Börsenrat:** Dieser Antrag ist so selbstverständlich, daß man eigentlich gar nicht erst darüber reden sollte.  
**Architekt Behrens und Baumeister Ende** verlangen die örtliche Regelung dieser Frage.

Weiter liegen Anträge der Bauhilfsarbeiter vor, daß in Vertragsgebieten, wo durch die Eigenart in der Arbeitsmethode verschiedene Löhne für Bauhilfsarbeiter üblich sind, die Arbeit sowohl wie die Lohnhöhe in jedem Falle genau umschrieben werden muß; ferner, daß als Bauhilfsarbeit im Sinne des Vertrages auch Erdbarbeit gilt die in direkter Verbindung mit dem Bauwerke oder zur Vorbereitung desselben ausgeführt wird.

**Baummeister Ende:** Nach dem Behrens diese Anträge begründet hat, erklärt Baumeister Ende, daß die Unternehmer nicht darauf eingehen können, daß Erdbarbeiter gleich bezahlt werden mit Bauhilfsarbeitern.

**Geh. Rat Wiedfeldt:** An sich gehört das doch zur lokalen Regelung.

**Baummeister Ende:** Wir haben nichts gegen eine lokale Regelung einzuwenden, stehen aber grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß Erdbarbeiter keine Bauhilfsarbeiter sind. (Behrendt: Darum muß eben festgestellt werden, was Erdbarbeit ist.)

**Baummeister Ende:** Wir können keinen Vertrag schließen, der einzelne Gruppen außerhalb des Vertrages stellt. Wie können wir darauf eingehen, daß die Löhne für Erdbarbeiter der freien Vereinbarung unterliegen?

**Töpfer:** Wir wenden uns lediglich dagegen, daß man jetzt einen Unterschied zwischen Bauhilfsarbeitern und Erdbarbeitern machen will. Ein solcher Unterschied war bisher nicht vorhanden. Wir vermuten deshalb, daß man den Erdbarbeitern weniger Lohn, einen außerordentlichen Lohn, zahlen will als den Bauhilfsarbeitern.

**Baurat Ende:** In vielen Großstädten gibt es Tiefbaunternehmer, die nur Erdbarbeiter beschäftigen. Wollen wir diesen Unternehmern gegenüber konkurrenzfähig bleiben, dann müssen wir unsere Forderung hochhalten.

Damit schließt die Debatte über diesen Antrag.  
Ein anderer Antrag der Arbeiter will, daß die Bestimmung, wonach die Arbeiter zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet sind, nicht zu einer Mäßigung des festgelegten Lohnes berechtigt.

Auf Anfrage der Unparteiischen erklären die Bauhilfsarbeiter, daß sie den Antrag auf Grund ihrer Erfahrungen aufrechterhalten müssen, denn vielfach sei den Arbeitern nicht der tarifmäßige Lohn bezahlt worden. Sogar Bezirksverbände der Arbeitgeber hätten sich auf den Standpunkt gestellt, daß Arbeiter, die nicht die angemessene Gegenleistung erhalten, keinen Anspruch auf den tarifmäßigen Lohn haben.

Mit einem weiteren Antrag der Arbeiter, daß die festgesetzten Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit für alle Arbeiter gelten, auch für solche, mit denen ein geringerer Lohn vereinbart werden kann, erklären die Arbeitgeber sich einverstanden.

Die Debatte wendet sich zu dem Antrag der Arbeitgeber:  
Die Arbeitnehmer sind während der Vertragsdauer nicht berechtigt, die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweiseinstellen in irgendeiner Weise zu stören.

**Baurat Ende:** Wir betrachten die Arbeitsnachweise nicht als Maßregelungsinstitute, aber wir müssen uns vor unangenehmen Überraschungen seitens der Arbeiter hüten.

**Börsenrat:** Einseitige Arbeitsnachweise werden wir unter keinen Umständen anerkennen. Allerdings liegt die Arbeitsvermittlung im Baugewerbe sehr im argen. Wollen Sie die Mängel der Arbeitsvermittlung beseitigen, so sind wir bereit, das mit Ihnen gemeinsam zu machen. Liegt Ihnen lediglich daran — nun, wir bieten Ihnen unsere Hand. Ihre wahren Gründe nennen Sie ja nicht. Ihr Arbeitsnachweis soll nicht allein der Arbeitsvermittlung dienen, Sie wollen auch die Möglichkeit haben, die Arbeiter zu kontrollieren. An sich wollen wir Sie an der Errichtung einseitiger Arbeitsnachweise nicht hindern, aber wenn Sie sie dazu benutzen, die Arbeiter zu schikanieren, dann werden wir den Kampf um den Arbeitsnachweis aufnehmen. Auf keinen Fall werden wir uns durch Vertrag binden lassen, nichts gegen Ihre Arbeitsnachweise zu unternehmen. Was würden Sie sagen, wenn wir verlangen, Sie dürfen nichts gegen unsere Arbeitsnachweise unternehmen? Ist das Porrit?

**Baummeister Ende:** Der einseitige Arbeitsnachweis hat absolut keine Unannehmlichkeiten für die Arbeiter gezeitigt. (Lebhafter Widerspruch bei den Arbeitern.) Jedenfalls ist doch der Arbeitgeber in erster Linie berechtigt, Arbeitsnachweise zu errichten. Es ist eine Unterstellung, daß wir die Arbeitsnachweise zu Maßregelungen benutzen, oder der Arbeitgeber muß sich für bestimmte Arbeiten seine Arbeiter wählen können.

**Becker (Christl. Verband)** wendet sich gegen die Forderung der Arbeitgeber. Der Arbeitsnachweis habe lediglich den Zweck, Arbeit zu vermitteln, nicht aber die Macht einer Partei zu stärken. Im Interesse sowohl der Arbeiter als auch der Arbeitgeber bitte er um die Errichtung partiitischer Arbeitsnachweise. Oder aber es möge so bleiben wie bisher, daß jede Partei tut, was sie will und nichts darüber in den Vertrag kommt.

**Schrader** bemerkt, daß auch unter den Arbeitgebern im großen ganzen nicht viel Sympathie für die Arbeitsnachweise vorhanden ist. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes habe mit 27 gegen 4 Stimmen die Frage, ob der Arbeitsnachweis in den Vertrag soll, verneint, erst die Generalversammlung habe sich im entgegengesetzten Sinne entschieden. Auch er mittle einen Vertrag mit einer solchen Bestimmung für unannehmbar erklären.

An der weiteren Debatte beteiligen sich Jakob-Beipzig, Ingenieur Kellermeyer, der erklärt, die Münchener Arbeitgeber würden es sich sehr überlegen, ob sie ohne einen Arbeitsnachweis überhaupt einen Vertrag schließen sollten, und Baurat Ende, der betont, er habe erfahren, daß die Arbeiter die Absicht hätten, die Unternehmer, die die Fühler im Streit gewesen sind, zu maßregeln.

**Börsenrat:** Sie können beruhigt sein, es wird kein Arbeitgeber gemahregelt. Können Sie ebenfalls erklären, daß kein Arbeiter gemahregelt wird? Daß übrigens die Arbeitgeber die Arbeitsnachweise als Waffe benutzen wollen, haben sie auf ihrer Generalversammlung in Kassel selbst ausgesprochen und in Dresden aufs neue bestätigt. In der Praxis dienen die einseitigen Arbeitsnachweise tatsächlich als Maßregelungsbüroaus. (Widerpruch bei den Arbeitgebern.) Von etwaigen Mißbrauch, der mit einem partiitischen Arbeitsnachweis getrieben werden könne, kann keine Rede sein, im Gegenteil nur dadurch wird der Friede gesichert.

**Wiederberg** erklärt, daß auch die Christlichen nicht an eine Maßregelung von Arbeitgebern denken.

**Wädelmann** weist gegenüber einer Bemerkung des Ingenieur Kellermeyer nach, daß die Münchener organisierten Arbeiter sich auf die Anfrage des dortigen Oberbürgermeisters bereits im Jahre 1906 bereit erklärt haben, an dem partiitischen Arbeitsnachweis mitzuwirken.

Hiermit schließt die Debatte.  
Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Deuker wird jetzt die Frage des

### zentralen Abschlusses

**Börsenrat:** Das Verlangen der Arbeitgeber ist ganz eigenartig. Sie fordern, daß für die Verträge die Grenzen Ihrer Bezirksverbände maßgebend sind. Hiernach haben wir über das Gebiet ja gar nichts zu sagen. Sie können Ihre Gebiete heute so gestalten, morgen ja, und danach würden sich dann die Vertragsbezirke richten. Darauf können wir unter keinen Umständen eingehen. Aber wir halten es auch für völlig ausgeschlossen, daß für so große Bezirke die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt werden können. (Die Arbeitgeber scheuen die einzelnen Orte.) In der Provinz Brandenburg z. B. haben wir 20 bis 60 Vertragsorte. Wie soll für alle diese Orte gemeinsam in Berlin verhandelt werden? Das ist praktisch nur dann durchführbar, wenn man die örtlichen Organisationen völlig ausschließt, und darauf gehen wir nicht ein. Es muß so bleiben wie bisher. Der Vertrag hat sich über mehrere Orte auszudehnen, wenn sie ein gemeinsames wirtschaftliches Interessengebiet darstellen, z. B. Groß-Berlin, aber Orte, die wirtschaftlich gar keinen Zusammenhang haben, kann man doch nicht in einen Vertrag hinein-

bringen. Bei so großen Vertragsgebieten, wie die Arbeitgeber sie verlangen, müßte sich das Einigungsamt für die betreffenden Bezirke ja in Permanenz erklären.

Nach einer Pause, während welcher sich die Arbeitgeber beraten, gibt

**Baurat Ende** eine Erklärung ab, die darin gipfelt, daß es aus praktischen Gründen im Interesse der Abklärung der Verhandlungen wünschenswert sei, daß die Verträge für die Bezirke möglichst an einem Orte geschlossen werden. Der zentrale Abschluß sei so gedacht, daß es den Bezirken überlassen ist, entweder einen Vertrag für alle Bezirksorte abzuschließen oder es verhandeln die einzelnen Bezirksorte vor dem Bezirksverband gemeinsam und schließen für die einzelnen Orte Verträge. Diese Verträge werden aneinandergereiht und in Berlin von Zentrale zu Zentrale abgeschlossen. In ihren Bezirksbezirken wählen die Arbeitgeber Beauftragte. Für einseitige Wirtschaftsgebiete könnten einseitige Verträge geschlossen werden.

**Börsenrat:** Wir wollen den Arbeitgebern die Grenzen ihrer Bezirke nicht vorschreiben, wir wollen nur nicht, daß diese Grenzen mit den Vertragsgrenzen zusammenfallen, sondern daß Verträge abgeschlossen werden für einseitige Wirtschaftsgebiete.

**Oberbürgermeister Deuker:** Ich habe Herrn Baurat Ende so verstanden, daß die Verhandlungen möglichst an einem Orte stattfinden, daß aber die Verträge abgeschlossen werden nicht für einen Ort oder Bezirk allein, sondern für Wirtschaftsgebiete.

**Börsenrat** und **Wiederberg** weisen auf die praktische Undurchführbarkeit des Vorschlages der Arbeitgeber hin. Die Arbeiter könnten doch keine Verträge schließen an Orten, wo sie keine Mitglieder haben.

**Oberbürgermeister Deuker:** Vielleicht überlassen Sie uns die Fassung auf Grund der Debatte, die hier gepflogen ist.

**Geh. Rat Dr. Wiedfeldt:** Es ist wohl das richtigste, die Ueberschrift dem § 1 anzupassen.

**Oberbürgermeister Deuker** schlägt vor, den Punkt zu verlassen.  
**Börsenrat:** Aber erledigt ist die Sache nicht. Die Arbeitgeber haben noch keine Erklärung abgegeben, die sich mit unserer Ansicht deckt.

**Baummeister Ende:** Auch ich glaube, daß sich unsere Ansichten nicht decken. Der Unterschied kommt daher, daß wir zentrale Tarifabschlüsse wollen.

**Börsenrat:** Mit dem zentralen Abschluß hat das recht wenig zu tun.

**Geh. Rat Dr. Wiedfeldt:** Die Arbeitgeber wünschen, daß zum Beispiel in Dresden für ganz Sachsen verhandelt und daß dort alle Verträge für Sachsen abgeschlossen werden. Das eritere steht überhaupt nicht im Entwurf. Die Arbeitgeber wollen also, daß die Verträge einzeln für jeden Ort geschlossen werden, nur sollten die Vertreter der Orte alle zusammenkommen. (Zuruf bei den Arbeitern: Nein, das wollen sie ja nicht!)

**Oberbürgermeister Deuker:** Das ist doch nicht eine Frage, die von solcher Bedeutung ist.

**Wiederberg:** Doch! Es ergeben sich daraus große praktische Schwierigkeiten. Da ist es weit richtiger, die Sache zu dezentralisieren und sie nach Interessengebieten abzugrenzen.

**Geh. Rat Dr. Wiedfeldt:** Die Arbeitgeber denken es sich so, daß der Abschluß der Verträge in Berlin erfolgt, daß aber die Überebe zwischen den örtlichen Vertretern am Sitz des Bezirksverbandes stattfindet.

**Börsenrat:** Solange nicht klar gesagt ist, daß Verträge abgeschlossen werden können für einzelne Orte oder für mehrere Orte, die ein wirtschaftliches Interessengebiet darstellen, halte ich an meiner Auffassung fest.

**Baummeister Ende:** Nur die Vorbereitungen der Verträge sollen an einem Ort erfolgen. Wir wollen lediglich Zeit sparen, es können doch nicht an jedem kleinen Ort Verhandlungen stattfinden.

**Börsenrat:** Es steht fest, daß weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmerorganisationen Lohn- und Arbeitsbedingungen für verschiedene Orte gemeinsam festlegen können. Vielleicht kann man auch mal für mehrere Orte, die nicht weit auseinander liegen, gemeinsam verhandeln, aber das brauchen wir nicht im Tarif festzulegen, das läßt sich durch besondere Vereinbarungen regeln. Je größer der Bezirk, desto größer die Kosten.

**Dr. Brenner:** Die Unternehmer wollen nicht bloß zentral abschließen, sondern unter Umständen auch zentral verhandeln. Wir haben das schon gehabt, und wir Unparteiischen haben uns mit Händen und Füßen gestraußt, weil das nicht geht. Im Baugewerbe haben sich daraus große Schwierigkeiten ergeben, die einzelnen Arbeiter wollen doch auch mitreden. Ich spreche aus Erfahrung und warne Sie, diesen Weg zu beschreiten.

Nach weiterer resultatloser Debatte macht

**Geh. Rat Dr. Wiedfeldt** namens der Unparteiischen den Vorschlag, die Streitpunkte zusammenzustellen und am Montagmittag weiter zu verhandeln.

Dieser Vorschlag wird mit der Aenderung angenommen, daß am Montagmittag eine engere Kommission tagt. Die Plenarverhandlungen werden am Dienstag früh fortgesetzt.

### Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Den Schluß der Freitagssitzung bildete eine Besprechung über die internationalen Beziehungen des Verbandes.

**Baummeister**, der Sekretär der „Internationalen Union“, verwies auf die Notwendigkeit internationaler Verbindungen, die für die Gastwirtsgehilfen, die in sehr großer Zahl ins Ausland gehen, ein hervorragendes Bedürfnis sei. Der Verband sei seit Jahren auf diesem Gebiete tätig gewesen. Eine 1908 abgehaltene internationale Konferenz gründete die „Internationale Union“, in der Organisationen verschiedener Länder vereint sind. Seit dem 1. Januar 1910 gibt der Verband ein vierzehntägig erscheinendes, in drei Sprachen geschriebenes Blatt „Internationale Revue“ heraus. Der Einfluß des Blattes im Auslande ist bereits zu spüren. Der Redner empfahl: 1. Die Hauptverwaltung des Verbandes zu ermächtigen, wie bisher in jeder Weise den internationalen Ausbau der Organisation zu fördern. 2. In solchen Ländern, wo es im Interesse der Organisation notwendig ist und durchführbar erscheint, selbständige oder dem Verbande angehängte Organisationen ins Leben zu rufen; 3. zu diesem Zweck die „Internationale Revue“ weiter herauszugeben und nötigenfalls auszubauen. Ferner empfahl der Referent, die 1911 stattfindende internationale Konferenz durch fünf Delegierte des Verbandes zu beschließen.

Diese Vorschläge wurden nach längerer Besprechung angenommen. Am Sonnabend erledigte der Verbandstag den Rest seiner Tagesordnung. — Als Delegierter des Verbandes zum internationalen Arbeiterkongreß wurde Bo e y s ch bestimmt. — Eine Gehaltskala für die Verbandsangestellten wurde festgestellt. Sie beginnt mit einem Anfangsgehalt von 2000 M. und steigt für die verschiedenen Kategorien Höchstgehältn von 2400, 2700, 3000, 3300 M. vor. Ferien werden gewährt nach einer Tätigkeit von 1 Jahr 2 Wochen, nach 3 Jahren 3 Wochen, nach 7 Jahren 4 Wochen jährlich. Die Hauptverwaltung wurde ermächtigt, in ihrem Bureau zwei neue Beamte anzustellen. — In die Hauptverwaltung wurden wieder gewählt als erster Vorsitzender Bo e y s ch, als zweiter Vorsitzender Diehl, als Kassierer Ströhliger.

Hierauf folgte eine mehrstündige Beratung zahlreicher Statutenänderungsanträge, die nicht von wesentlicher Bedeutung sind. — Mit Rücksicht darauf, daß nach dem gegenwärtigen Wahlmodus der Verbandstag durch eine verhältnismäßig große Zahl von Delegierten besetzt wird, wurde die Hauptverwaltung beauftragt, gemeinsam mit dem Ausschuß und den Kreisleitern ein neues Wahlsystem aufzustellen, welches schon bei den nächsten Verbandstagswahlen angewandt werden soll.

Ein Antrag, welcher die Gründung von Jugendorganisationen in den einzelnen Orten befürwortet, wurde der Hauptverwaltung zur Verabschiedung überwiesen.

Nachdem die Tagesordnung erledigt war, hielt Bo e y s ch eine Schlußrede, in der er betonte, daß der Verband, aller entgegenstehenden Schwierigkeiten zum Trost durch seinen gewerkschaftlichen Kampf schließlich dieselben Erfolge erreichen werde, die andere Gewerkschaften bereits errungen haben.

Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung vom Sonnabend, den 28. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Weseler, von Arnim-Criewen.

In dritter Lesung wird der Gesetzentwurf über die Verlegung der Landesgrenze gegen das Königreich Württemberg unverändert angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Abschließung der Rogat von der Weichsel. Nach unwesentlicher Debatte wird die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern beschlossen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Gerichts-Gesetzes fortgesetzt. Mit unwesentlichen Änderungen wird der Rest des Gesetzes nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Die sozialdemokratischen Anträge über den Jagdabundparagrafen und die ausländischen Polizeibeamten werden auf Antrag Borgmann (Soz.) abgelehnt. Nachdem noch die Gebührenordnung für Rotare und die Novelle zum Gesetz über die Gründung von Zwischengliedern bei Rentengutsgründungen in zweiter Lesung angenommen, folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in der Provinz Schlesien.

Abg. v. Götzer (L.): Der Entwurf bedeutet einen Fortschritt auf dem Wege zur allgemeinen Einführung des ländlichen Fortbildungsschulunterrichts. Den Fortbildungsschulunterricht, wie es die ländlichen Arbeitgeber wünschen, auf den Sonntag vormittags zu legen, würden wir nicht für förderlich halten. Der Zentrumsantrag auf obligatorischen Religionsunterricht in den ländlichen Fortbildungsschulen ist unsympathisch, aber es fragt sich, ob dadurch nicht die wichtigsten Schulfächer vernachlässigt werden. Die Zeit für den Fortbildungsschulunterricht für Mädchen auf dem Lande ist wohl noch nicht gekommen. (Beifall rechts.)

Abg. Stull (S.) begründet den Zentrumsantrag auf Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den ländlichen Fortbildungsschulen. Der Religionsunterricht muß den gesamten Lehrplan durchdringen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Kardorff (rl.) stimmt der Vorlage zu, lehnt den Zentrumsantrag ab und befürwortet eine Resolution auf baldige Vorlegung eines Gesetzes über obligatorische ländliche Fortbildungsschulen in der Provinz Posen.

Landwirtschaftsminister v. Arnim bittet, sowohl den Zentrumsantrag wie die Resolution Kardorff abzulehnen. Das religiöse Gefühl nach Beendigung der Schule zu pflegen, sei Aufgabe des Geistlichen.

Abg. Eder-Winsen (natl.): Wir stimmen dem Gesetz zu, lehnen aber den Zentrumsantrag ab. Genauso ist der Religionsunterricht unbedingt zu fördern. Allein in das Programm der ländlichen Fortbildungsschulen gehört er nicht hinein.

Abg. Dr. Schupp (fortskr. Sp.): Auch wir lehnen den Zentrumsantrag ab. Das Zentrum will seine Herrschaftsgelüste nun auch auf die Fortbildungsschulen ausdehnen. (Widerspruch im Zentrum.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir werden selbstverständlich für alles stimmen, was Bildung und Wissen des Volkes fördern kann. Auch mit dem Antrag Kardorff sind wir einverstanden. Wenn wir hochhaft wären, müßten wir auch eigentlich für den Antrag des Zentrums stimmen. Besser können wir der schulenlosen Jugend die Religion nicht verküpfeln, als wenn wir sie in den Fortbildungsschulen in Religion unterrichten lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gerade der Religionsunterricht ist es, der unseren Kindern die Schule am meisten verleidet. (Beifall rechts.) (Widerstand im Zentrum.) Die Tatsachen des Unterrichts beweisen das. In viel größerem Maße wäre das nun der Fall, wenn dieser Religionsunterricht auch auf die Fortbildungsschulen ausgedehnt würde. Denn Sie müssen bedenken, daß in diesem Alter ein Teil der Jugend schon selbständig zu denken vermag. In den Augen dieser jungen Leute könnte der Religionsunterricht als etwas sehr Unangenehmes und Unbequemeres empfunden werden. Man sagt über die zunehmende Juchtlosigkeit und Verrohung der Jugend. Das ist ja das beliebte Kapitel. Aber sehen Sie nur hinein in die amtliche Statistik, die nicht wir machen, sondern die von Ihren Beamten gemacht wird. In dieser Statistik können Sie lesen, daß in den dunkelsten Gegen-

den unseres Vaterlandes, da wo das Zentrum noch am festesten sitzt, und wo die Religion noch in ihrer Ursprache vorhanden ist, die meisten Verbrechen und Verbrechen vorkommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum.) Das zeigt am besten, daß es in den Städten mit der zunehmenden Verrohung und Juchtlosigkeit nicht so schlimm bestellt sein kann. Die Klagen erklären sich wohl daraus, daß ein großer Teil derjenigen, die diese Klagen so bewußt vordringen, alt geworden ist und sich seiner eigenen Jugend nur noch schwer erinnert. (Weiterkeit.) Die Leute wissen nicht, wie es in ihrer eigenen Jugend bestellt war. Verrohung ist überall vorhanden, auch in den abligen Korps. Es ist verkehrt, die Verrohung immer nur der Jugend aus der allgemeinen Volksschule zuzuschreiben. Jugend hat keine Tugend, das scheinen Sie vergessen zu haben. (Weiterkeit.) Sie werden den Satz in Ihrer eigenen Jugend sehr oft für sich in Anspruch genommen haben. (Weiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Denken Sie an Ihre Stubenzeit! Aber natürlich: als Sie nicht mehr konnten so, von wegen hohen Alters, da wurden Sie so lila und so blau und schreien über die Verrohung der Jugend. Sie werden alleamt selbst früher kräftig gesundigt haben, und damals wird man über das Kapitel der Verrohung viel mehr gesprochen haben als heute. Bei der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs konnten wir nicht anwesend sein, weil wir in Rheinland-Westfalen agitierten mußten, wo es am notwendigsten ist. (Unruhe im Zentrum.) Das mag Ihnen unangenehm sein, aber wir werden bestrebt sein, auch dort Aufklärung zu verbreiten. Also damals bei der ersten Lesung hat der Zentrumsabgeordnete Weisler auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie hingewiesen, Einfluß auch auf die Jugend zu gewinnen. Glauben Sie wirklich, diese Bestrebungen mit Ihrem Religionsunterricht unmöglich zu machen? Ich glaube, Sie werden diese Bestrebungen dadurch sogar fördern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen am liebsten die Fürsorgeerziehung, die heute für verkommene Kinder besteht, auf die gesamten Kinder des Volkes ausdehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe.) Sie wollen gute Unterthanen erziehen, wir aber freie Bürger und Bürgerinnen. Zur Unterthanenerziehung mag Ihre Religion gut sein, wir wollen denkende Menschen heranbilden. (Widerstand bei den Sozialdemokraten.) Schwimmen und Turnen fand Herr Weisler damals ganz nett, aber er meinte, es genügt nicht, die Religion müßte dazu kommen. Nun, es wird Ihnen schwer fallen, die Religion in das Schwimmen und Turnen hineinzubringen. (Weiterkeit.) Wollen Sie etwa an die Stelle des Stangenleitens das Axtturnen setzen? (Weiterkeit.) Wenn Sie den Religionsunterricht am Sonntagmorgen stattfinden lassen wollen, dann nur zu, dann wird es selbst in den dunkelsten Köpfen logen. Der Sonntagmorgen bringt die einzigen paar Stunden Erholung für den größten Teil unserer Jugend, und die sollte man ihr nicht verküpfeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Sonntagmorgenunterricht wird schnell in sein Gegenteil umschlagen. Sie erörtern wäre dann noch die Frage der gesetzlichen Verdrängung des Unterrichtszwanges in Religion an den Fortbildungsschulen. Sind Sie überhaupt gesetzlich berechtigt, Kindern über 14 Jahre einen verdrängten Unterricht aufzuzwingen? (Zurufe im Zentrum: Ja, ja!) Nach dem allgemeinen Landrecht sind Kinder mit 14 Jahren religiös mündig. Kein Vormund hat das Recht, seine Kinder zur Teilnahme am Religionsunterricht zu zwingen. Jeder, der das selbst mit seinen eigenen Kindern tut, macht sich strafbar. (Unruhe im Zentrum.) Jeder Knabe mit 14 Jahren kann vor dem Amtsgericht seinen Austritt aus der Landeskirche erklären. (Widerspruch im Zentrum.) Sie werden also höchstens die Kirchenaustrittsbewegungen fördern. Tun Sie, was Sie nicht lassen können! Es gibt ja ein wirksames Mittel gegen diesen religiösen Zwang. Die Schüler brauchen nur angewiesen zu werden, im Religionsunterricht Fragen an den Lehrer zu richten, die nicht nur dem Lehrer höchst unangenehm sein können, sondern die auch den anderen noch gläubigen Schülern die Augen öffnen könnten. Im Herrenhaus hat Graf Harseler gesagt, es komme nicht darauf an, daß in den Fortbildungsschulen gelehrt werde, wie man am geschicktesten ein Peiß bestellt, sondern darauf

gottesfürchtige Rechte

zu erziehen. Das ist das, was Ihnen vorwärts. Dann mögen Sie aber lieber gleich an die Stelle der Lehrer die Geistlichen setzen. Aber Sie vom Zentrum scheinen sehr wenig fest in Ihrem Glauben zu sein. (Weiterkeit und Widerspruch im Zentrum.) Sie glauben, ohne Zwang nicht weiter zu können, und deshalb appellieren Sie hier daran, daß der hunte Gendarm die Jugend dem schwarzen Gendarm zutreiben soll. (Weiterkeit und Sehr gut!

bestattung bedingungslos freigeben sollte, zumal auch die aus kriminalrechtlichen Erwägungen erhebenden Bedenken als durchschlagend nicht erachtet werden können.

Vom juristischen Standpunkt aus beleuchtet Wolfgang Heine die Frage: „Als Jurist muß ich die Auffassung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts von der Ungültigkeit der Feuerbestattung für ganz verkehrt halten. Sie soll unerlaubt sein, weil es Gesetze gibt, die auf die Feuerbestattung nicht angewandt werden könnten. Mit denselben Rechte könnte man die Luftschiffahrt verbieten und hätte man die Entwidlung der Elektrotechnik untersagen können. Es ist das alte lächerliche Vorurteil des Polizeiautokratismus, daß alles verboten sei, was der Staat nicht ausdrücklich erlaube. Das Oberverwaltungsgericht würde sich freilich kaum auf diesen Standpunkt gestellt haben, wenn es nicht im Grunde die Antipathien der kirchlichen Kreise gegen die Feuerbestattung teilte.“

Prof. Ostwald, der Energetiker, widerlegt einen volkswirtschaftlichen Einwand, der früher gegen die Leichenverbrennung erhoben werden konnte: „Ich halte die Verrechnung, die wir menschlichen Leichen erweisen, für einen Hebercreiß des Heilichismus, der zum Verschwinden bestimmt ist. Daher betrachte ich die Einführung der Leichenverbrennung als einen Schritt auf dem richtigen Wege. Der vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus dagegen erhobene Einwand, daß der gebundene Stickstoff des Leichnams durch Umwandlung in freien dem Kreislauf der organischen Stoffe entzogen werde, ist durch die industrielle Bindung des freien Stickstoffs, die in den letzten Jahren durchgeführt worden ist, nunmehr hinfällig.“

Die Liste der Anhänger und die Fälle der Notive könnte noch reichlich vermehrt werden.

Brot aus Bananen. Unter den tropischen Früchten, die im europäischen Handel zu einer alltäglichen und billigen Ware geworden sind, gehören die Bananen. Was den Nährwert anbetrifft, sind sie eins der wunderbarsten Erzeugnisse des Erdbodens überhaupt, und man würde sich nur darüber zu freuen haben, wenn ihr Preis noch weiter herabgesetzt werden würde, so daß sie ihren Weg auch auf den Tisch des armen Mannes finden könnten. Genausschick bekommt man die Banane als frische oder landierte Frucht zu sehen; aber eine Verwertung von großem Umfang scheint für die Zukunft auch das Bananenmehl zu haben. Als man das Bananenmehl als solches zuerst auf den europäischen Markt brachte, konnte es keinen Erfolg erringen, weil das Publikum damit nichts anzufangen wußte oder vielmehr seiner Verträglichkeit misstraute. Die anfängliche Abneigung wurde dadurch verstärkt, daß die Versuche, Brot aus reinem Bananenmehl zu backen, nicht gelangen. Jetzt hat man aber, wie der „Tropenpflanzer“ mitteilt, durch neue Versuche festgestellt, daß man aus der Mischung von Bananenmehl und Brotmehl ein sehr wohlschmeckendes Gebäck herstellen kann. Während früher auch auf diesem Wege nur eine etwas strohig schmeckende Backware erzielt werden konnte, ist dieser Mangel jetzt durch eine Behandlung des Bananen-

mehl beseitigt worden. Es hat sich nämlich gezeigt, daß dieses Mehl vor dem Zusatz des Vorteiges unter einen gewissen Dampfdruck gesetzt werden muß. Die Tatsache, daß man nunmehr das Bananenmehl zum Brotbacken verwenden kann, eröffnet eine Aussicht von erheblicher Tragweite. Da die Bananen in den Tropen ohne viele Pflege außerordentliche Erträge an Früchten liefern, so könnten sie in Zukunft recht wesentlich zu einer befriedigenden Lösung der Ernährungsfrage in den überbevölkerten Ländern Europas beitragen.

Humor und Satire.

Die Wahlrechtskomödie.

Die Junker spielten den ersten Akt, sie näselten und grunzten im Takt: Ihr fordert Wahlrecht, ihr Proletenbande? Ja, eure Freistigkeit ist doch enorm! Ihr fordert! Ihr! In unserem Vaterlande! Da habt als Antwort ihr die Wahlreform!

Die Polizisten im zweiten Akt sangen und schlugen zugleich den Takt: Ihr demonstriert für's Wahlrecht auf der Gasse? Das ist doch in der Frechheit der Reford! Ihr wohlverdiente Antwort nehmt in Masse Fußtritte, Säbelstöße und so fort!

Und auch die Richter im dritten Akt sprachen Recht mit dem nötigen Takt: Was brauchen wir da lange zu beraten: Peleibigung, Widerstand und Wahlrechtshoch (O größte aller Grobmannsugriaten!) ... In's Loch die Kerle, monatweis' in's Loch! Nun warten wir auf den nächsten Akt. Wer aber spielt ihn? Wer schlägt den Takt?

Stranz.

Notizen.

Die Volksooper, die ein Sommerhauspiel veranstaltete, hat Anall und Fall das gesamte Personal gefändigt, auf Grund jenes wunderbaren Paragrafen, der dem Direktor gestattet, innerhalb der ersten drei Wochen des Engagements zu kündigen. Diese Massenkündigung zeigt endlich einmal auf kraftvolle die Unhaltbarkeit solcher Paragrafen. Wenn die Direktion der Volksooper mit dem Erfolg ihrer Aufführungen nicht zufrieden ist, muß sie sich selber die Schuld zurechnen. Nebenbei wird die Bühnengenossenschaft mit allen Kräften gegen die Volksooper vorgeworfen.

Prof. Emil Zuckerkandl, der geistvolle und durch viele Arbeiten auf dem Gebiete der Anatomie ausgezeichnete Direktor des Anatomischen Instituts in Wien, ist dort — 61 Jahre alt — gestorben.

fehlt natürlich viel auf Lager gearbeitet wird, bleibt bei den großen Beständen nachher das Angebot sehr stark, was nicht ganz ohne Einfluss auf die Preise bleiben kann. Die Zigarettenbesitzer im Syndikat waren von Anfang an mit den Scharhuachern ein Herz und eine Seele. Eine gerechte Ironie des Schicksals zwingt sie nun allem Anschein nach, am meisten von der unangenehmen Suppe anzulöffeln, die man sich mit der Niederdrückung der Arbeiter einbrochte.

**Wertzuwachs.** Im Jahre 1898 wurde das Rittergut Odevin bei Halle zum Preise von 270 000 M. veräußert. Der neue Besitzer verkaufte das Gut im Jahre 1908 zum Preise von 500 000 M. und jetzt ist das Gut zu dem ansehnlichen Preise von 750 000 M. an den Rittermeister Grafen v. Schwerin weiter verkauft worden.

Zur Bierverfeinerung in Bayern nahmen am Freitag abend in Nürnberg sechs Versammlungen von Mitgliedern der freien Gewerkschaften und des Sozialdemokratischen Vereins Stellung. Am Tage vorher hatten sich die Wirte mit der Frage in leidenschaftlichen Debatten beschäftigt und beschloßen, den Bierpreis auf 28 Pf. für dunkles und von 25 auf 23 Pf. für helles Bier, wie die Brauereien es verlangen, zu erhöhen. Den etwas einseitigen Vorschlag wollte man über sich ergehen lassen und zu geeigneter Zeit den Kampf gegen das Brauerkapital wieder aufnehmen. Ein vom Verband der freien Gast- und Schankwirte gestellter Antrag verlangte, daß für den Fall der Boykottverhängung das Bier während der Dauer des Boykotts nicht unter 30 Pf. abgegeben werde. Der Antrag fand aber keine Mehrheit.

Die Versammlungen am Freitag waren kolossal stark besucht und von der schärfsten Stimmung gegen die Stenormacher beherrscht.

Der Vorschlag der Kommission, bei der Erhöhung um 2 Pf. den Bierkonsum möglichst einzuschränken, bei mehr als 2 Pf. Erhöhung aber den schärfsten Boykott einzutreten zu lassen, wurde zurückgewiesen, dagegen eine Resolution angenommen, in der jede Preiserhöhung verworfen und erklärt wird, keinen Tropfen Bier mehr zu trinken, falls auf der Verteuerung bestanden werden sollte.

Die galizische Petroleumindustrie befindet sich seit langem in trübhaften Zuständen. Das Parlament, dem ein Gesetzentwurf zur Regelung der Verhältnisse vorliegt, erleidet ihn nicht. Eine Ministerialverordnung vom 22. März bindet den Raffinerie- und den Lantivagenbetrieb an eine Konzession und macht ihre Erteilung von den Lokalverhältnissen, der Lage der Industrie und dem Konsum abhängig. Die Regierung fördert nun das Raffineriegeschäft, indem sie das Entstehen weiterer Betriebe verhindert. Nach sechsmonatigem Auslegen erläßt die Konzession, d. h. die großen Werke können durch Preisstärkung usw. sich der kleinen erheben. Der Konzentrationszwang kommt den Amerikanern zugute, die bereits drei große Raffinerien in Oesterreich-Ungarn besitzen. Der Kampf geht um den deutschen Markt; soll Rockefeller die österreichische Industrie unterwerfen können, dann muß er die Sicherung für das von Oesterreich nach Deutschland ausgeführte Quantum erhalten: das beste Mittel dazu ist im Falle der Kartellierung der Konzentrationszwang. Statt daß die Regierung sich der Transportindustrie bemächtigt hätte, sieht sie untätig zu. Protegiert in jeder Weise wird der Verband der Kohleproduzenten, dem der Staat trotz seiner Kollage 150 000 Wagen Del für Lokomotivheizung zu 280 Kr. abkauft hat.

Damals kostete der Waggon im freien Verkehr aber nur 80 Kr., so groß war die Uebersproduktion. Alle Nebenfeuern hatten nach dem Vertrag die Produzenten zu tragen — trotzdem brachten sie es dahin, daß der Defizitstaat die Entbenziniierung selbst übernahm und am Gewinn den Verband noch mit 25 Proz. beteiligte. Das macht zirka 12 Millionen Kronen für den Verband aus!

Der Vorkonkurrenz Ausschuss des Abgeordnetenhauses schlägt die Einführung des Regals für Erdharze, Oele, die Monopolisierung des Transports und der Magazinierung vor, um sich den Einkauf zu sichern. Die Regierung scheint aber lieber ein Spielball der Unternehmer bleiben zu wollen.

Der eigene Verbrauch in Oesterreich ist ungläublich niedrig; 5 Kilogramm pro Kopf gegen 20 in den übrigen Kulturstaaten. Nun hat die Regierung die Produkte der Entbenziniierungsanstalt, Benzol und Petroleum, an die Raffinerie für fünf Jahre zu einem sehr niedrigen Preise, den sie geheim hält, verkauft. So ist die Regierung statt für Verbilligung tätig zu sein, an der Verteuerung interessiert!

Und was hat die Arbeiterschaft von all dem Segen? Ein Antrag unserer Genossen auf Einführung der Achtstundenarbeit ist von der Regierung und ihren Parteien abgelehnt worden, obgleich dadurch die Produktionskosten lange nicht um 5 Proz. steigen würden.

**Defizitbahnen.** Sehr schlecht fährt Oesterreich mit seinen Staatsbahnen. Der Referent Abg. Dr. Sylvester-Salzburg berechnete im Budgetauschuss für 1910 ein Staatsbahndefizit von 67,5 Millionen Kronen; mit den 22 Millionen Investitionen, die natürlich aus den Betriebseinnahmen zu bestreiten wären, dürfte das Defizit 90 Millionen ausmachen. Das Betriebsergebnis im vorigen Jahre war weitaus ungenügender, als der Vorschlag annahm: bei den Ausgaben um 38,4 Millionen, bei den Einnahmen um 15, insgesamt also um 23,4 Millionen schlechter gegen den Etat. Das in den Staatsbahnen investierte Kapital von 4186 Millionen verzinst sich zu 1,67 Proz., während es noch in den zwei früheren Jahren — vor den großen Verstaatlichungen der verwahrlosten Nordwest-, Staatseisen- und Nordbahn 2 1/2 und 3 Proz. trug. Genosse Dr. Ellenbogen führt das Defizit zum Teil auf den Bau von reinmilitärischen sich nie verzinsenden Linien für 800 Millionen zurück, darunter sind mehrere die Karpaten zwischen Galizien und Ungarn überschreitenden Bergbahnen. Im Jahre der Verstaatlichung mußte man bei den Linien der Staatsbahnverkehrsminister — an die man die Linien im Arch. von 1859 für ein Spottgeld verstaatlicht hatte — für 20 Millionen Kaufschillingen machen. Inzwischen sei man noch besser daran wie Italien, das in drei Jahren für fünf verstaatlichte Bahnen 910 Millionen Lire aufwenden mußte. Dr. Ellenbogen schlägt die Anstellung geschulter Kaufleute gegen gute Bezahlung und Provision am finanziellen Erfolg vor.

## Gerichts-Zeitung.

### Gerechte Strafe gegen einen Heiratschwindler.

Auf die schon fast sprichwörtliche Leichtgläubigkeit heiratswütiger alternder Mädchen hatte der Schreiber Albert Rislow spekuliert, der sich gestern unter der Anklage des Betruges im kaiserkaiserlichen Richteramt vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. — Der Angeklagte ist einer der gemeingefährlichsten Heiratschwindler und hat schon wiederholt wegen betrügerischer Heiratstaschen im Zuchthaus gesessen. Raam aus der Strafanstalt entlassen, ging er von neuem darauf aus, ältliche Mädchen, die auf dem Wege einer Heiratsannonce noch unter die Haube zu kommen hoffen, zu prellen. Auf diese Weise machte er die Bekanntschaft eines Dienstmädchens Auguste D., welches schon etwas fertig aus dem „Schneider“ war, jedoch noch ein sehr liebebedürftiges Herz besaß. Er redete dem Mädchen vor, daß er Sekretär bei dem Landgericht I sei und zu einer Ration von 500 M., die er stellen müsse, noch 200 M. brauche. Die D., gab ihrem „Zünftigen“ vertrauensvoll die 200 M., der sich von diesem Moment an nicht mehr blicken ließ. — In ähnlicher Weise bewandelte der Angeklagte ein anderes Mädchen. — Das Gericht hielt es mit Recht für notwendig, daß es sich um einen ganz gewerksmäßig vor-

gehenden Heiratschwindler handelte, für angebracht, den Angeklagten auf möglichst lange Zeit unschädlich zu machen. Das Urteil lautete deshalb auf 3 Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Wann werden die Vertrauensfügen endlich alle werden, die ihre mühsam erparten Groschen Schwindlern ausliefern?

### Die bekannte Laternen-Ressourcen-Kellame,

die seit einiger Zeit in den Berliner Straßen im Schwange ist, hat Anlaß zu einem Ruhestreitprozess gegeben, der gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I mehrere Stunden hindurch beschäftigte. Wegen Vergehens gegen § 4 des Gebrauchsmuster-Gesetzes waren der Kaufmann Paul Müller in Schönberg und Kaufmann Franz Leuter in Bremen angeklagt. Als Nebenkläger trat der Direktor des Bohrus-Verlages, Dr. jur. Karl Löwe, auf. Der Angeklagte Müller ist Geschäftsführer der Neuen Graphischen Gesellschaft m. b. H., welche den Gedanken der Ausstattung der Berliner Straßenlaternen fruchtbar zu machen und deshalb mit der städtischen Verwaltung, insbesondere mit dem zukünftigen Dezernenten, Stadtrat Ramsau, in Verhandlung trat. Das Modell für diese Laternen-Ausführung ist am 23. Dezember 1907 beim Gebrauchsmuster-Register angemeldet und am 19. Februar 1908 eingetragen worden. Die Rechte der Neuen Graphischen Gesellschaft sind dann auf die „Laternen-Kellame-Gesellschaft Franz Leuter“ übertragen, und diese hat mit der Stadt einen Vertrag über die Benutzung der Berliner Straßenlaternen zu Kellamenzwecken abgeschlossen, auf der Basis, daß sie in den ersten beiden Jahren eine jährliche Pacht von 150 000 M., im dritten Jahre 200 000 M. bezahlt. Am 9. Februar v. J. stellte der Nebenkläger einen Strafprozess wegen Verletzung des Ruhestreitgesetzes, indem er darauf hinwies, daß ihm schon am 7. September 1903 ein Ruhestreit geschützt worden sei für die Idee, bei Straßenlaternen, Standleuchern usw. den Schutz mit einem Mantel zu versehen behufs Anbringung von Kellamen. Die Schutzfrist für dieses Gebrauchsmuster ergab am 13. Februar 1909; da aber die „Laternen-Kellame-Gesellschaft“ ihre Tätigkeit schon vor Ablauf der Schutzfrist begann, fühlte sich Dr. Löwe in seinen Rechten verletzt und bot das Strafverfahren an. In der umfangreichen Verhandlung standen sich die Anschauungen des Staatsanwalts Bernau und der Rechtsanwälte Hann und Brähler, andererseits aber auch der Patentanwälte Hoffmann und Dr. ing. Benjamin diametral gegenüber. Letzterer setzte ausführlich auseinander, daß aus mehreren Gründen eine Schutzfähigkeit des von Dr. Löwe feinerzeit angemeldeten Gebrauchsmusters nicht gegeben sei und betonte, daß schon im Jahre 1893 ein älteres Gebrauchsmuster für eine ganz ähnliche Kellamevorrichtung eingetragen gewesen sei, und die Idee, eine Verhüllung an Laternenmästen anzubringen, absolut nichts Neues sei. — Der Staatsanwalt beantragte je 500 M. Geldstrafe und Publikationsbefugnis für den Nebenkläger. — Das Gericht erkannte auf Freisprechung der Angeklagten, weil es die Produktion der Angeklagten für etwas anderes erachtet als das, was Dr. Löwe angemeldet habe, und dessen angemeldete Ruhestreit nicht schutzfähig sei.

Das Urteil erscheint uns ebenso selbstverständlich wie die staatsanwaltschaftliche Auffassung unerlässlich. Die Ruhestreitwut schreit die Staatsanwaltschaft angeklagt zu haben.

### Ein Straßenbahnunfall beim Fahren über Bauwerke.

Das Reichsgericht entschied dieser Tage über folgenden Rechtsstreit. Der Kläger war seinerzeit an den Bauten der Untergrundbahn am Potsdamer Platz in Berlin beschäftigt. Als er mit einer 4 bis 6 Meter langen Bohle auf der Schulter in der Nähe der Straßenbahnalee einherging, wurde er von einem Motorwagen der Großen Berliner Straßenbahn, der vom Potsdamer Platz nach dem Spittelmarkt verkehrte, in eine Baugrube geworfen. Das Geschehen in der Weise: Der Wagen fuhr dicht hinter dem Kläger her, allerdings in langsamem Tempo. Als der Kläger die Bohle niederlegen wollte und sich etwas wendete, geriet der hintere Teil derselben in den Bereich der Straßenbahn. Der Wagen stieß an und warf den Kläger in die daneben befindliche Baugrube. Infolge der hierbei erlittenen Verletzungen hat der Kläger Ansprüche gegen die Große Berliner Straßenbahn erhoben.

Das Landgericht wies die Klage ab, weil den Kläger das überwiegende Verschulden treffe. Das Kammergericht zu Berlin dagegen verurteilte die beklagte Straßenbahn zum Ersatz allen dem Kläger entstandenen Schadens. In seinen Entscheidungsgründen legt das Kammergericht dar, daß § 1 des Reichshauptpflichtgesetzes ohne Frage Anwendung zu finden habe und daß höhere Gewalt nicht vorliege. Wohl aber liegt nach der Auffassung des Kammergerichts in dem Verhalten des Wagenführers ein großes Verschulden. Denn dieser hätte, falls der Kläger die Bohle niederlegen wollte, warten müssen, bis das Geschehen sei, oder er hätte nicht so dicht hinter dem Kläger herfahren dürfen. Denn er mußte sich sagen, wie das Kammergericht weiter erklärt, daß der Kläger irgend eine Wendung machen könne, um nicht so nahe am Gleis herzuweichen. Bei dieser Möglichkeit habe er dann voraussehen müssen, daß die Bohle in den Raum des Bahnkörpers hineinrutsche. Ein eigenes mitwirkendes Verschulden des Klägers sei überhaupt nicht anzunehmen. Denn die ganze Baustelle war gesperrt und nur den Wagen der Straßenbahn war es gestattet, zur Aufrechterhaltung des Verkehrs langsam über die Baustelle zu fahren. Es sei deshalb den Arbeitern nicht zugunsten gewesen, daß sie wie sonst als Straßenpassant auf der Bahnstraße aß gaben, und daß sie ihre Aufmerksamkeit auf der Arbeit auf die Straßenbahn ablenkten. Pflicht der Straßenbahn sei es vielmehr gewesen, von dem ihr eingeräumten Vorrecht mit aller Vorsicht Gebrauch zu machen, die Stelle also erst zu passieren, wenn sie frei war. Dagegen habe der Wagenführer verstoßen. Er habe sich sagen müssen, daß es fahrlich sei, 1/2 bis 1 Meter hinter dem Kläger herzufahren. Denn bei irgendwelchen Ereignissen sei es für den Wagenführer unmöglich gewesen, auf eine so kurze Strecke anzuhalten. Hierzu komme noch der Umstand, daß sich der Kläger eine tiefe Baugrube befand. Der Führer habe mit allerhand Möglichkeiten rechnen müssen, daß der Kläger in Gefahr komme. Ob der Kläger die Bewegung willkürlich oder unwillkürlich gemacht habe, sei gleichgültig.

Gegen das Urteil des Kammergerichts hatte die beklagte Straßenbahn Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der 6. Zivilsenat erkannte auf Zurückweisung der Revision.

## Vermischtes.

### Löwenjagd in Stendal.

Gewaltige Aufregung verursachte am Freitag früh in der Stadt Stendal der Ausbruch von vier Löwen aus ihrem Käfig. Der Auhofzirkus Carlo Cuthy sollte auf einem dortigen Platz aufgeführt werden. Als gegen 7 Uhr früh ein Spektakel einen Zirkuswagen mit Löwen vom Bahnhof abholte, kamen nach kurzer Fahrt plötzlich vier Löwen unter ihm hervor-gestoben. In der Bodenseilung des Wagens hatte sich ein Brett gelöst und durch die Öffnung schlüpfen die Tiere ins Freie. Der sehr befürgte Wagenführer frängte sofort die Pferde ab und lief mit ihnen davon. Ein männlicher Löwe verfolgte die Pferde des Spektakels, sprang auf den Rücken des einen Pferdes und schlug seine Pranken in das Tier ein. Durch Peitschenhiebe des Geknappführers wurde er heruntergejagt. Die wildgrobenden Pferde röhren die Straße entlang, immer verfolgt von dem Löwen. Die entsetzten Passanten, unter ihnen viele

Kinder, die sich auf dem Wege nach der Schule befanden, flohen in die Häuser. Nach einiger Zeit ließ der Löwe von den verfolgten Pferden ab und fiel die Pferde eines anderen Fuhrwerkes an. Verherzte Männer schlugen auf die Bestie ein; es gelang ihnen, sie zu verschleppen. Der Löwe machte sich aus dem Staube und versteckte sich in dem Gebüsch eines nahen Parks. Erst nach längerer Zeit gelang es einem Tierbändiger des Zirkus, ihn mit Striden einzufangen. Die drei anderen Bestien wurden, ohne daß sie Unheil angerichtet hatten, in ihren Käfig zurückgebracht.

### Zum Untergang der „Pluviose“.

Bisher ist es nicht gelungen, das untergegangene Unterseeboot zu heben. Ein Transportschiff ist senkrecht über der „Pluviose“ verankert worden; Taucher haben die ganze Nacht daran gearbeitet, um das Unterseeboot mit Ketten zu umschlingen. Ein Taucher brachte die Flagge des Tauchbootes heraus. Sie war noch an einer Signalboje befestigt und diese ihrerseits an dem Unterseeboot. Diese Tatsache beweist, daß die Besatzung erkrankt, schon bevor sie signalisieren konnte, daß sie sich in Gefahr befand. Denn wenn ein Unterseeboot sich in Not befindet, so wird sofort die Signalboje losgelassen, welche dann mit der Flagge an die Oberfläche steigt. Die Oberfläche der See ist im Umkreise von zweihundert Meter mit Petroleum aus dem Behälter des „Pluviose“ bedeckt.

Auf Ersuchen der französischen Marinebehörde ist ein englischer Schlepper und ein großes Rettungsschiff von Dover nach Calais abgegangen, um die Hebung des „Pluviose“ zu versuchen. Es ist wahrscheinlich, daß die französische Regierung noch andere Rettungsschiffe von der englischen Regierung erbitten wird. Bei den unausgeseht vorgenommenen Tauchversuchen konnten die Taucher feststellen, daß eine klaffende Öffnung in der Planke des Schiffes vorhanden ist. Voraussichtlich wird die Hebung des Bootes noch mehrere Tage in Anspruch nehmen.

### Hofrichter verurteilt.

Wie uns ein Telegramm aus Wien meldet, ist am Sonnabend das Urteil in dem Prozesse gegen den Oberleutnant Hofrichter gefällt worden. Der Angeklagte wurde wegen des Giftmordes an dem Generalstabshauptmann Mader zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Urteil unterliegt nunmehr der Prüfung durch den Gerichtsherrn.

### Der Komet als Taufpate.

Im Zivilstandsregister der Stadt Verna wurde am Tage der Erdnähe des Halleyschen Kometen unter den Geburten folgende Eintragung vorgenommen: „Kidner Kometeta Dorothea, des Rudolf Gottlieb, Predigers von Mohr (Kargau) Tochter.“

Wir wollen hoffen, daß die Kleine Kometa so alt wird, daß sie ihren Taufpaten bei seiner nächsten Wiederkehr begrüßen kann. Voraussichtlich wird dieser sich zu Ehren seiner Patein in ganz besonderem Maße zeigen. In der Zwischenzeit mag sie sich oftmals nach ihm sehnen: Salem Hallen kum!

### Kleine Notizen.

**Justizmord in Russland.** Vor einiger Zeit wurde in Potoschep (Gouvernement Tscherniow) eine Familie ermordet und als Mörder ein Handlungsreisender verurteilt und hingerichtet. Neht hat sich herausgestellt, daß an dem Mann ein Justizmord verübt ist. Die wirklichen drei Mörder fanden gestern vor dem Kriegsgericht und wurden zum Tode verurteilt.

**Zum Fall der Schwester Candide.** Bei einem Händler in der Rue Lafayette in Paris wurden eine Anzahl Juwelen entdeckt, die aus den Schwindeltagen der Schwester Candide herrühren. Die Juwelen wurden dem Untersuchungsrichter übergeben.

**Bei einer Feuerwehrlösung in London verunglückte am Freitag ein Dienstmädchen, das sich aus dem sechsten Stockwerk mit dem Fallsack herablassen wollte. Beim Herunterlassen riß der Sack und das Dienstmädchen stürzte zur Erde. An den erlittenen Verletzungen starb sie bald darauf.**

**Ueberfallen und beraubt wurde in ihrem Hause in Kolming Steiermark eine Gastwirtin, während alle Ortsbewohner sich an der Frontleuchtensprojektion beteiligten. Die Räuber inebeln die Frau, raubten alles Wertvolle und steckten das Haus in Brand. Die Frau wurde noch rechtzeitig gerettet, das Haus brannte nieder.**

**Langjähriger Schwindelstein ist man in Frankfurt a. M. beim städtischen Schwimmbad auf die Spur gekommen. Neun Baderien, die daran beteiligt waren, wurden verhaftet. Die Höhe der verurteilten Summe läßt sich noch nicht übersehen.**

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Eredakteur des Tagesboten Nr. 60, born vier Treppen — Radstr. 1, wochentäglich von 7 bis 7 1/2 Uhr abends hat. Jeder Anfrage ist ein Quittung und eine Zahl als Bestätigung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Eredakteur vor.

**Zeitschrift.** Fordern Sie den Vermittler unter Stellung einer Frist zur Anbringung der Zeitschriften auf. Nach erfolglosem Ablauf der Frist können Sie die Zeitschriften selber anbringen lassen und die Anzeigen eventuell im Abzugevertratte verlangen oder auf Anbringung klagen. — S. 7. 25. Es ist Anweisung der Ihre Eremereien beschuldigten Tanten gestattet. Bei dem einseitigen Gebrauch von Schusswaffen müssen Sie die für den betreffenden Ort bestehenden polizeilichen Vorschriften beachten. — S. 9. Wegen der Gerichtsbarkeit, wegen der dem Gegner etwa durch Beteiligung eines Rechtsanwalts entstehenden Kosten nur dann, wenn diese Beteiligung den Umständen nach geboten war, was in begründeten Sachen in der Regel nicht angenommen werden kann. — S. 2. 113. 1. u. 2. Kein 3. Nicht verständlich. — S. 2. 100. Nach Ihrer Darstellung ercheint Ihr Anspruch begründet, wenn nicht Berufsgenossenschaft den betreffenden Betrag erhalten hat. Dies könnten Sie durch Nachfrage bei der Berufsgenossenschaft feststellen. — S. 4. 10. 1. und 2. Sie können bei der Staatsanwaltschaft in Berlin Anzeige erstatten. 2. Keine. 4. Vollfrage. — S. 5. 20. 1. Bei Ablauf von 5 Jahren brauchen Sie keinen neuen Ordnungsbescheid zu leisten. 2. Mit der Zahlung fällt das Ladungsrecht des Gläubigers. 3. Nein, wenn es sich nicht um eine Alimentenforderung handelt; für diesen Fall ja. — S. 5. 20. 2. Von dem Beitrag zu der genannten Kasse raten wir ab. — S. 6. 200. Ein betraglicher Gewerbesteuer ist nicht konfessionspflichtig, deshalb kann er Ihnen nicht unterlagt werden. Sie müssen das Gewerbe aber bei der Steuerbehörde anmelden. — S. 6. 200. Fragen, die eine Umgebung der Unterhaltungsricht bezwecken, beantworten wir nicht. — S. 6. 200. Permsdorf. Das müssen Sie mit Ihrer Schwester vereinbaren. Gesellschaftliche Beziehungen darüber gibt es nicht.

**Treptow Nr. 99.** 1. Ja. 2. Die Gesellschaft kann klagen. — S. 6. 200. 3. Fragen Sie bei dem Transportarbeiterverband, Engelshaus 15, an. — S. 6. 200. Fragen, die die Umgebung der Unterhaltungsricht einem kinde gegenüber bezwecken, beantworten wir nicht. — S. 6. 200. Wenn Sie im vorigen Kalenderjahr längere Zeit ohne Erwerb gewesen sind, so kommt das diesjährige Einkommen in Frage. — S. 6. 200. Solche „altenhafter“ Handlung des Kriminalbeamten ist leider nicht strafbar. Vielleicht erlangen Sie vor dem Schöffengericht eine Verabfolgung. — S. 6. 200. Nr. 10. 1. Ja, wenn derselbe nicht mehr in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ist, als freiwilliges Mitglied. 2. Ja. 3. Das ist Sache des Bezirkes. — S. 6. 200. Möglich, aber unwahrscheinlich. — S. 6. 200. Die fraglichen Verordnungen des preußischen Unterrichtsministers finden Sie in einem bei dem Verlag Müller, Berlin, Rosenstr. 19, erschienenen Buch von Meyer.

*Erzählung Goldfowls "Königinnen"! Die größten, weil bei Kömmling, Mlowkn*

# „Hoffnung“

Berliner Schneiderei - Genossenschaft  
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185  
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.  
Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.  
Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

## Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.  
Große Auswahl in Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie

### Arbeiter - Berufs - Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.  
Lieferanten 103/1\*  
der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,  
des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind.

## Sie sparen

erstaunlich viel Zeit und Kraft und schonen Ihre Wäsche beim Gebrauch von

### „Ozonit“

(Prof. Glessler's Patent)

das moderne Waschmittel.

Überall erhältlich.



Ges. gesch.

**Brühl's**  
Kraffbrüh-Würfel  
Marke „Ochsenkopf“  
vorzügliche **5 Pfg.**  
**Bouillon**

**Guse & Co.**  
Kohlenplatz, Rixdorf, Reuterplatz 3.  
Ausnahmepreise ab Pfah Mai, Juni, Juli.  
Format 7" per 1000 Stück  
„Ilse“ „Heye“ „Gotthold“ „Marie“  
M. 8.50 M. 8.00 M. 7.75 M. 7.25  
„Heye“-Halbsteine per Zentner M. 0.80 bei 10 Zentnern.  
„Brikett-Bruch“ zu sehr billigen Preisen.  
Gas-Kokes (zerkleinert) per Heftel M. 1.40 (Gasankaufspreis).  
Sandmagazin stehen zur freien Verfügung.  
Bei Massenbestellungen der Mitglieder gewerblicher Betriebe stehen mit äußerster Pünktlichkeit zu Diensten. [32900]

Klopfe mit Luft!  
**Teppich-Reinigung**  
und sämtliche Nebenarbeiten  
**Staehr & Co.**  
Berlin S. 42, Gitschiner Str. 80  
Fornsprecher: Amt IV 216 und 226. 25/30  
Aufbewahrung. — Entmottung v. Polstermöbeln. — Chemische Reinigung. — Kunststaperei. — Bettfedern-Reinigung. — Vacuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.  
Klopfe mit Luft!

**JOSETTI VERA**  
Cigaretten  
sind deshalb die populärsten Cigaretten der Gegenwart, weil sie stets die gleichmäßigen, unübertrefflichen guten Eigenschaften aufweisen, die ihre Raucher als größten Vorzug schätzen.

Josef-Vera-Cigaretten  
m. u. o. M.  
10 St. 30 Pfg.

## Pathé-Platten

Kein Nadelwechsel!

Die von uns hier angezeigten Pathé-Platten bedeuten eine epochemachende Umwälzung auf dem Gebiete der Sprechmaschine. Pathé-Platten werden mit einem unzerstörbaren Saphirtrift gespielt und besetzen somit den lästigen Nadelwechsel. Ihre Oberfläche wird von d. Saphirtrift nicht angegriffen! Während alle anderen Platten im Laufe des Gebrauchs



Keine Plattenabnutzung!

wertlos werden, klingen Pathé-Platten noch nach jahrelanger Benutzung wie beim ersten Male. Sie besitzen ferner einen um 25% größeren Inhalt als die üblichen Platten und sind mithin bei einem Preise von 3.- Mk. für 2 Stücke die billigsten und besten. Wir liefern, um den Pathé-Platten größte Verbreitung zu sichern,

80 Stücke auf einmal zusammen mit 1 Luxus-Apparat wie oben abgebildet mit echter Pathé-Schalldose zum Gesamtpreise von 180.- Mark gegen Monatszahlungen von **6 Mark** ohne jede Anzahlung

Ferner 1 Spezialapparat mit echter Pathé-Dose und 10 Stücken für 60 Mk. bei 2 Mk. Rate offerieren 20 Stücken für 75 Mk. bei 3 Mk. Rate wir 40 Stücken für 120 Mk. bei 3 Mk. Rate  
Trotz dieser Vergünstigung werden die Platten von uns zum Original-Fabrikpreise berechnet. Damit sich jeder Käufer von unseren Ausführungen selbst überzeugen kann, überlassen wir Apparat und Platten solventen Reflektanten ohne jede Kaufverpflichtung, lediglich gegen Zahlung der minimalen Spesen für die Hin- und event. Rücksendung

### 5 Tage zur Probe

vom Tage des Empfanges an gerechnet. Irgendwelche Nachberechnung, etwa für Emballage, findet nicht statt. Das Plattenrepertoire ist mit größter Sorgfalt, unter Berücksichtigung jeglicher Geschmacksrichtung zu-

sammengestellt und enthält Opern und Operetten, von namhaften Künstlern wie Caruso, Slezak usw. gesungen, Orchestervorträge, Instrumental-Soli, humor. Vorträge, Couplets usw., ebenfalls von allerersten Kräften exekutiert. — Da wir ferner Apparat sowie nicht gefällende Platten bereitwilligst gegen solche nach eigener Wahl umtauschen, ist jedes Risiko ausgeschlossen. — Weitere Platten aus dem mehr als 2000 Stücke enthaltenen Repertoire ebenfalls ohne Preiserhöhung unter gleich bequemen Zahlungsbedingungen. — Umänderung anderer Apparate für die gleichzeitige Benutzung von Pathé- und Nadelplatten billigst! — Verlangen Sie Ansichtsendung per Postkarte oder Brief unter Angabe des gewünschten Objekts u. Ihrer genauen Adresse, Straße u. Haus-Nr.

Bial & Freund, Breslau 304a

Unter ähnlichen Bedingungen liefern wir photograph. Apparate aller Systeme, Ferngläser, Goerz-Trüb.-Binocles, alle Sallen- und Streichinstrumente, Jagd- und Luxuswaffen, Schreibmaschinen, Reibzeuge usw. — Reichillustrierte Spezialkataloge auf Verlangen gratis und frei.



## Nordhäuser Kautabak.

von **Grimm & Triepel.**  
„Überall käuflich.“  
ist anerkannt der beste.



Berlin N. 20, Hochstraße 21/24.  
Amt III, 1608 und 3183.

## Erstklassige Biere.

Pianino, vorzügliches, indessen erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen Franziskastraße 15, I. geradeg.

## Ungewitter.

### Stegdecken

Nur eigene Fabrikation im Hause. Einzelverl. an Privats zu Fabrikpreisen.  
**Bernhard Strohmadel,**  
Berlin, 72. Wallstr. 72,  
wo auch alte Stegdecken aufgearbeitet werden. — Muster-Preis-Katalog gratis.

5322L\*

**Sonder-Offerte!**  
Eine Echter Plüsch-Partie

## Teppiche

erstklassigen Fabrikat  
(kein Axminster!)  
wundervolle Muster-Auswahl

Größe ca.	Mk.	Wert
130/200 cm	14.75	(20.00)
160/230 cm	21.50	(30.00)
200/300 cm	34.50	(44.00)
230/320 cm	47.50	(58.00)
250/350 cm	53.50	(70.00)
300/400 cm	87.50	(105.00)

Nach auswärts per Nachnahme.  
**Teppich-Spezial-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158  
Unterhalte nirgends Filialen!  
**Spezial-Katalog**  
mit 600 Abbildungen  
in künstlerischer Ausstattung auf Wunsch gratis und franko.

Neu!  
Caramel-Weißbier!  
Neu!  
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich!  
**Prima Weißbier**  
In Stöcken und Fässern erhältlich frei Spuit.  
Berliner Weißbier-Brauerei  
E. Wilmer, Pankow-Berlin.

Beim Vorzeigen dieses Insignis 4. Rabatt.

**Räumungs-Verkauf** nach „Engros-Saison“ Anschließende:  
Tuch-Paletots in allen Längen 12-30 M.  
Schicke Kimonos, Bast-Mäntel 10-25 M.  
Hochelegante Frauen-Paletots mit eleg. 10-30 M. Stück.  
Hochelegante Kammpant.-Tuch- Leinen- u. Bast-Rostüme 15-50 M. Capes 5-25 Mäntel M.  
Spezialität:  
Extrawellen f. starke Damen Paletots, Jackette u. Capes.  
**Max Mosczytz** Kein Laden!  
Engros-Lager Berlin C. 59. Landsberger Str. 59.  
am Hagenbergplatz, 1 Trepp.  
schicken Sie im eigenen Interesse auf die Hausnummer.



# HERMANN TIETZ



LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche:

**Versand-Abteilung: Leipziger Str.** Frühjahrs- und Sommer-Katalog aut Wunsch kostenfrei

Soweit Vorrat:

Enorm billig

## Glas, Porzellan und Wirtschafts-Artikel

Seriengeschirr „BERLIN“

### Porzellan

moderne ovale Form u. Dekor

Teller flach oder tief . . . . .	35 Pf.
Dessertteller . 25, 23, 20 . . . . .	20 Pf.
Saucieren . . . . .	1 <sup>05</sup>
Terrinen . . . . .	3 <sup>75</sup> 2 <sup>75</sup>
Bratenplatt. 3.45 2.25 1.50 1.20 . . . . .	1 <sup>10</sup>
Salatschüsseln vier-eckig 95, 75 . . . . .	75 Pf.
Kaffeekannen . . . . .	1 <sup>05</sup>
Teekannen . . . . .	1 <sup>05</sup>

Zuckerdosen . . . . .	55 Pf.
Tassen . . . . .	28 Pf.

<b>Tafelservice</b> <small>daraus zusammen-gestellt</small>	
23 30 45 60 80 Teller	
13 <sup>75</sup> 15 <sup>25</sup> 25 <sup>25</sup> 29 <sup>25</sup> 45 <sup>50</sup>	

<b>Kaffeeservice</b> <small>daraus zusammen-gestellt</small>	
für 8 Personen, 9 Teile . . . . .	3 <sup>25</sup>
für 12 Personen, 16 Teile . . . . .	5 <sup>75</sup>

### Weisses Porzellan

Speiseteller <small>er flach</small> 13, 15 . . . . .	15 Pf.
Dessertteller . . . . .	10, 8 Pf.
Terrinen <small>gross, mit Deckel</small> . . . . .	95 Pf.
Kartoffelschüss. <small>mit Deckel</small> . . . . .	68 Pf.
Kompotschüsseln . . . . .	28 Pf.
Salatschüsseln . . . . .	38 Pf.
Bratenplatt. 95, 75, 55, 38, 28 . . . . .	20 Pf.

<b>Obertassen</b> <small>massiv</small> . . . . .	12 Pf.
Kaffeekannen 45, 40, 30 . . . . .	20 Pf.
Milchtöpfe . . . . .	12 Pf.
Zuckerdosen . . . . .	10 Pf.
Tassen mit Untertasse . . . . .	15 Pf.
Portionstassen <small>verlöpft m. Untertasse</small> . . . . .	15 Pf.
Kaffebecher . . . . .	5 Pf.

ca. 10000 Wein-Gläser geschliffen und platt, verschied. Größen . . . . . 10 Pf.

### Eisschränke

Innen Zink mit Oberkühlung 20 <sup>00</sup> 40 <sup>00</sup>	
Innen Glas mit Oberkühlung 55 <sup>00</sup> 65 <sup>00</sup>	
Innen Zink zweitürig . . . . .	55 <sup>00</sup> 68 <sup>50</sup>
Innen Glas zweitürig . . . . .	68 <sup>50</sup> 85 <sup>00</sup>

Innen Zink 20 <sup>50</sup> 26 <sup>50</sup> 34 <sup>50</sup> 48 <sup>50</sup>	
Innen Glas eintürig . . . . .	31 <sup>50</sup> 45 <sup>00</sup> 56 <sup>00</sup>
Berliner Modell <small>Innen Zink, 140 cm hoch, 71 cm breit, 53 1/2 cm tief</small> . . . . .	49 <sup>50</sup>
<b>Metall-Eisschränke</b> 14 <sup>00</sup> 22 <sup>00</sup>	

### Rein Alum.-Kochgeschirre

Wasserkessel <small>2 3 4 5 Liter</small>	4 <sup>50</sup> 5 <sup>25</sup> 6 <sup>25</sup> 7 <sup>25</sup>
extra schwer . . . . .	1 <sup>25</sup> 1 <sup>85</sup> 2 <sup>00</sup>
Schmortöpfe . . . . .	90 Pf. 1 <sup>10</sup> 1 <sup>35</sup>
Kasserollen . . . . .	80, 95 Pf. 1 <sup>10</sup> 1 <sup>35</sup>
Stiepfannen . . . . .	95 Pf. 1 <sup>25</sup> 1 <sup>45</sup> 1 <sup>85</sup>
Milchkocher mit Einsatz . . . . .	2 <sup>15</sup> 2 <sup>50</sup> 3 <sup>00</sup>

## Reise-Rasier-Apparat „Phönix“ ganz flach, bequem in der Tasche zu tragen, versilbert, mit sechs Klängen, zweiseitig geschliffen, in eleg. Etui M. 3.-

### Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Schütz, Auguststr. 50, Eingang Kochstrasse.  
 2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Reichstr. 14, Hofpartie.  
 Osten und Südwesten: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.  
 3. Wahlkreis: St. Frit, Weinstr. 31, Hof rechts part.  
 4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120, - Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufplatz 14/15 (Laden).  
 5. Wahlkreis: Les Rucht, Jomannstr. 12 (Hof).  
 6. Wahlkreis (Hohbit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweidstr. 8, im Laden.  
 Wedding: Karl Heide, Nazarethstr. 49.  
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.  
 Gesundbrunnen: R. Trapp, Stettinerstr. 10.  
 Schönhauser Vorstadt: Karl Rora, Lohsestr. 123.  
 Adlershof: Karl Schwarlose, Heilmannstr. 9.  
 Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Rudowstr. 83 II.  
 Bannschulenweg: H. Dornig, Parienthalerstr. 13, I.  
 Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schönbrück: Heinrich Brose, Hohenstr. 74, part.  
 Rohnsdorf und Falkenberg: Wols Kauf, Rohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.  
 Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenhermerstr. 1, Ecke Gabelstr. Laden.  
 Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Oscar Rabe, Eichwalde, Stubbenrauchstr. 92.  
 Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen, Uckerstr. 119.  
 Friedrichsdorf-Petershagen: G. Heide, Petershagen.  
 Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schlossstr. 119, Hof I. in Steglitz, Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Röhre, Büchelstr. 32, und Fr. Schellhase, Mohrstr. 15a.  
 Friedrichshagen: Ernst Herrmann, Köpenicker Straße 13.  
 Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.  
 Johannisbad: Friede, Röntgen-Blatz 4.  
 Karlshorst: Richard Käter, Köpenicker Str. 9, II.  
 Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.  
 Köpenick: Emil Wöhler, Köpenicker Str. 6, Laden.  
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstr. 4, I.  
 Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf, Halberstr. 14.  
 Mariendorf: August Heide, Clausstr. 206, Hof.  
 Mariensfeld: Emil Seiner, Dorfstr. 14.  
 Nieder-Schöneweide: Max Friedle, Weigerstr. 14 II.  
 Nowawes: Wilhelm Gapp, Reichstr. 7.  
 Ober-Schöneweide: August Heide, Lautenstr. 2, I.  
 Pankow-Niederschönhausen: Otto Ritzmann, Köpenicker Str. 30.  
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gursch, Rameistr. 12, I.  
 Rixdorf: R. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden.  
 Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Mit-Soghagen 56.  
 Schmargendorf: Gustav Kaminski, Lunostr. 2.  
 Schönberg: Wilhelm Baumann, Martin Lutherstr. 51, im Laden.  
 Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.  
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf und Reinickendorf-West: Paul Ritsch, Borsigwalde, Rühlstr. 10.  
 Teltow: Wilhelm Donow, Teltow, Sehlendorfer Str. 4.  
 Tempelhof: Albert Heide, Friedrich Wilhelmstr. 20.  
 Treptow: Rob. Gramenz, Reichstr. 412, Laden.  
 Wilmersdorf: R. Ritzmann, Sedanstr. 103, partier.  
 Wilmersdorf-Halensee: Paul Schubert, Wilhelmstr. 20, Hof partier.  
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden.



**Persil**

löst Spitzen, Gardinen, Batist, Waschseide, o o o Stickerelen etc., überhaupt o o o

alle zarten Stoffe beim Waschen wieder wie neu werden! Denkbar gründlichste Reinigung bei grösster Schonung und Erhaltung des Gewebes. Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf, o o o auch der seit 34 Jahren weltbekanntesten o o o

**Henkel's Bleich-Soda.**

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalzer, Berlin 4, Tieckstr. 11.

### Gartenstädte:

<b>Kaulsdorf</b> Stadtbahn 20-Pf.-Tour 5 Min. vom Bahnhof an der Köpenicker Straße. <input type="checkbox"/> R. v. 12 M. an Ausk. auf d. Gelände und im Bahnhof-Restaurant Boboy.	<b>Stienitzburg</b> Strecke Strausberg 10 Min. von Station an der Köpenicker Straße. beliebteste Kolonie des kleinen Mannes <input type="checkbox"/> R. von 4 M. an Auskunft im Pavillon am Bahnhof.	<b>Neu-Sadowa</b> 7 Min. von Station an der Straße nach Biesdorf <input type="checkbox"/> R. v. 15 M. an Auskunft im Restaurant Ödweg.
--	--	--

Kleinste Anzahlung von 50 Mark an; auch 10jährige Amortisationshypothek.

**Nieschalke & Nitsche**  
 Berlin NO., Neue Königstraße 16. Amt VII, 8376.



Katalog gratis

Umsonst zu jed. Apparat 10 neueste Stücke

Die **Mil-Opera** spielt wie eine Militärkapelle, singt, lacht u. amüsiert alle!

Ratenzahlung! Kein Preis-aufschlag!

Vertreter gesucht!  
**Otto Jacob, sen.**  
 Friedenstr. 9  
 Berlin 505

Deutschlands Spezialgeschäft grösstes

für **Bettfedern**

Erste Bettfedernfab. m. elektr. Betrieb

**Gustav Lustig**  
 BERLIN S. 300 Prinzenstr. 46

verleiht geg. Nachnahme garantiert neue und gut erhaltene, gut gefüllte Bettfedern z. 5/10. R. 0.50-1.00-1.25; prima Halbdaunen R. 1.75; Gänsefedern R. 2.00; prima weiße Gänsehalbdaunen R. 2.50-3.00-3.50 mit 2/3. Monopelbäumen R. 2.25, rot u. schwarz, Raten, vor Gänsehalben R. 2.50

Von den Feinen gemäss 3-4 Stk. zum groß. Covert. - Gänsefedern (1 Reihen) R. 0.60 per Pfund; Gänsefedern, wie sie von der Gans fallen, mit allen Daunen R. 1.50, Probe und Besichtigung gratis. Austausch oder Radienbung gestattet. Verpackung kostenfrei.

Bestellungen über 2000 Zusender Bettfedern, von Feinen gemäss 2/3. u. Bettfederngeschäft erledigt.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 28. Mai 1910.

Glanzende Weltermiete — Konsequenzen unserer Agrarpolitik — Rückgang der Getreidepreise — Erhöhung der Spannung zwischen Getreide- und Brotpreisen — Verteuerung der Backware, Preissteigerung für Bäcker.

Wenn nicht unvorhergesehene Naturkatastrophen von ungeheuren Dimensionen berechnete Hoffnungen wieder zerstören, haben wir für das laufende Jahr mit einer selten günstigen Ernte zu rechnen. Die wirtschaftliche Bedeutung eines reichen Ertrages wird erhöht durch ein sehr frühes Geringbringen der Frucht. Die frühere Ernte, die sich nach Wochen berechnet, zerfällt vollständig in die Befürchtungen, die wegen der vorigen minimalen Weltermiete vielleicht noch gehegt werden konnten. Die günstigen Ernteeigenschaften beschränken sich diesmal nicht auf Deutschland; wir haben eine glänzende Getreideweltermiete zu erwarten. Die amtlichen preussischen und deutschen Staatenstandsberichte berechnen zu weitgehenden Erwartungen. Dabei haben die letzten Berichte noch nicht einmal die Fruchtbarkeit außerordentlich fördernde günstige Witterung der letzten Wochen berücksichtigt. Der letzte Bericht des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom gibt die Hoffnung auf eine Weltreisernte eine ziemlich gesicherte Grundlage. Das ist für uns noch wichtiger als der für das Ausland zu erwartende Ernteelegel! So paradox es klingen mag, leider ist es wahr, daß wir unter Umständen bei ertragsreichen Inlandsrenten höhere Brotpreise bezahlen müssen als bei schlechten inländischen Ernten. Dank unserer Agrarpolitik haben große Ernterträge nur im Inlande, bei weniger befriedigenden Weltermieten, für den inländischen Konsumtenden wenig Wert. In dieser Beziehung sind unsere Jünger sehr konsequent kosmopolitisch. Der Zoll von 50 M. für Roggen und 55 für Weizen in Verbindung mit der Ausfuhrprämie in der gleichen Höhe sorgt schon dafür, daß wir kein billiges Brotgetreide bekommen. Wenn eine ganz gute Ernte in Deutschland zusammenfällt mit einer sehr ertragsreichen Weltermiete, dann darf der Inlands-konsumtenden hoffen, daß die Getreidepreise stark zurückgehen werden. Dann wird es nicht möglich sein, den Inlandspreis um den Posten über dem Weltmarktniveau zu halten. In den letzten Monaten, besonders in den letzten Wochen, sind denn auch an allen Weltmarktplätzen die Preise stark gesunken. Die Bewegung der Berliner Notierungen veranschaulicht folgende Zusammenstellung. Notpreis für 1 Tonne in Mark:

Table with columns for Roggen and Weizen, and rows for months from January to December, plus a yearly average row.

Die Weizenpreise hielten sich bis in den Mai hinein immer noch so ziemlich auf dem Niveau der letzten Monate des Vorjahres und der Vergleichszeit in den Jahren 1909 und 1908. Stark gesunken waren dagegen die Roggenpreise, besonders in der Vergleichszeit mit den Vorjahren. Im Mai sind dann die Preise für Roggen weiter gesunken; aber auch Weizen ist nun von der rückläufigen Bewegung erfasst worden. Während z. B. am 28. April an der Mittagsbörse Weizen noch 155,50 bis 156,75 notierte, sank der Satz bis zum 28. Mai auf 139 und für Weizen gingen die Notierungen zurück von 220,25 bis 221 auf 210,25 bis 210,50. Von den starken Preisrückgängen war bisher bei den Backwaren kaum etwas zu verspüren. Die Brotpreise können den Getreidepreisen natürlich nicht von Tag zu Tag folgen, aber die Ermäßigung der Getreidepreise datiert nun schon um fast drei Monate zurück. Im März bereits war der Roggenpreis um 20 M. unter das Niveau im Vergleichsmonat des Vorjahres gesunken, aber der Roggenbrotpreis war in derselben Zeit nur um 4,8 M. niedriger. Der Brotpreis paßt sich der Bewegung der Getreidepreise nur zögernd an, wenn sie noch unten fährt. Schnellen jedoch die Getreidepreise hinauf, steigen mit Bewunderungsmüdigkeit Anpassungsfähigkeit auch alsbald die Brotpreise. Das sieht man! Es zeigt sich auch eine Vergrößerung der Spannung zwischen Getreide- und Brotpreisen. Obwohl die Mehl- und Weizenpreise infolge verbesserter Technik größer geworden ist, muß der Konsumt für die Umwandlung von Getreide in Brot jetzt viel mehr bezahlen als früher. Und wie eine nähere Betrachtung des statistischen Materials erkennen läßt, entfaltet die Steigerung ausschließlich auf den letzten Prozeß, den das Rohmaterial zu durchlaufen hat, ehe es als Brot an den Konsumtenden gelangt. Die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen zeigt nämlich eine Tendenz, geringer zu werden. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, fällt die Brotverteuerung um so schwerer ins Gewicht. Die nachfolgende Aufstellung läßt diese Tendenz deutlich in die Erscheinung treten. Es werden da in Vergleich gebracht die Großhandelspreise für Getreide und Mehl mit denen für Brot und die aus den Preisunterschieden resultierenden Spannungen. Nach den Börsennotierungen für Getreide und Mehl sowie den Erhebungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin über Brotpreise ergeben sich folgende Zahlen pro 100 Kilogramm in Mark:

Table showing the tension between grain and bread prices from 1893 to 1909, with columns for Roggen and Weizen prices and the resulting tension.

Wir haben hier etwas weit zurück gegriffen, um zu zeigen, daß in der Verteuerung des Backwarenquittes eine gewisse Gefährlichkeit besteht. Diese Tendenz bewirkt, daß die Spannung zwischen Rohprodukt und Backware nicht gleich bleibt, sie wird ständig größer. Wenn die Brotpreise mit den Getreidepreisen hinauf- und hinabgehen, dann müßte im Jahresdurchschnitt ein Ausgleich sich ergeben. Was aber zeigt die Aufstellung? Die Brotpreise springen mit den Getreidepreisen hinauf, aber sie folgen den Preislenkungen nicht in dem gleichen Ausmaß. Seit 1896 gehen die Brotpreise fast ununterbrochen in die Höhe, während die Preise für Getreide ziemlich

erheblichen Schwankungen unterliegen. Die Preise für Brot sprangen dabei höher hinauf als die für Getreide. Infolgedessen erhöht sich auch fortgesetzt die Spannung zwischen den Getreide- und Brotpreisen. Von 8,62 M. im Jahre 1893 ist die Spannung in fast ununterbrochener Folge bis auf 12,56 M. im Jahre 1909 gestiegen. Die Steigerung macht 47,4 Proz. aus. Nun kann man aber nicht sagen, die Brotverteuerung für welche in nur geringem Maße eine föhliche Erhöhung der Produktionskosten verantwortlich gemacht werden kann, sei vorwiegend auf die Mehlpreise im Großhandel zurückzuführen. Die Mehlpreise bleiben nämlich in viel besserer Parallelbewegung mit den Preislenkungen für Getreide als die Brotpreise; man kann konstatieren, daß die Mehlpreise sogar eine Neigung zeigen, die Spannung gegenüber den Getreidepreisen zu verringern. Die Spannung zwischen Mehl- und Brotpreisen wuchs relativ stärker als die zwischen Getreide- und Brotpreisen. Von 1895 bis 1908 ist beispielweise die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreisen um 54 Proz. gestiegen, dagegen zeigt die Spannung zwischen Mehl- und Brotpreisen ein Anwachsen um 90 Proz. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei dem anderen Brotgetreide, wie folgende Tabelle andeutet:

Table showing the tension between wheat and rye prices from 1893 to 1909, with columns for wheat and rye prices and the resulting tension.

Hier tritt die geschilderte Tendenz noch stärker in die Erscheinung. Die Brotpreise schnellen mit den Getreidepreisen hinauf, aber sie zeigen keine Neigung, bei der umgekehrten Bewegung sich den Getreidepreisen anzupassen. Nicht nur Vergleiche, dann ergibt sich, daß die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreisen fast ununterbrochen größer wurde und die Spannung zwischen Brot- und Mehlpreisen schneller wuchs als die zwischen Brot- und Getreidepreisen. Von 1897 bis 1908 ist die Spannung zwischen Weizen- und Weizenbrotpreisen um 11,78 M. gleich 57 Proz. gewachsen; die Erhöhung der Spannung zwischen Mehl- und Brotpreisen macht dagegen 11,88 M. gleich rund 90 Proz. aus. Wie wenig die Brotpreise bei abnehmender Tendenz den Getreidepreisen folgen, illustriert auch nachfolgende Zusammenstellung:

Table showing wheat and rye prices and bread prices for 1909 and 1910, with columns for wheat, rye, and bread prices.

Die Weizenbrotpreise hatten im März von ihrem Höchststande im Januar dieses Jahres noch gar nicht eingebüßt, obwohl der Preis für Getreide um 0,81 M. gesunken war. Der Preis für Roggenbrot ist zwar zurückgegangen, aber auch hier entspricht der Rückgang nicht dem Preisfall für Getreide. Dabei muß dann weiter noch berücksichtigt werden, daß die Brotpreisrückgänge über die Verteuerung des Getreides weit hinausgeschossen waren. Kein Zweifel: der Profit der Bäcker ist bedeutend gestiegen! Die Konsumtenden haben alle Veranlassung, gegen die Brotwucherer energisch Stellung zu nehmen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen im Wahlrechtskampf. Ueber dieses Thema sprach Genossin Luise Zieh am Freitag in einer für den dritten Wahlkreis nach den Arminshöfen einberufenen öffentlichen Frauenversammlung. Vielleicht werde, meinte die Rednerin, der eine oder andere es verwunderlich finden, daß wir uns jetzt noch mit dem Thema beschäftigen, besonders nachdem nunmehr die Regierung die Wahlrechtsvorlage zurückgezogen habe und der parlamentarische Kampf um die Wahlrechtsreform vorläufig zu Ende sei. Steht sie aber von uns und betont worden: mag der augenblickliche Kampf um die preussische Wahlrechtsreform ausgehen wie er will, sicherlich wird der Ausgang den Wünschen der großen Masse des Volkes nicht entsprechen! Unser Wahlrechtskampf werde mit erneuter Macht fortgesetzt werden. So sei jetzt unser Ruf: Die „Wahlreform“ der Regierung ist begraben, es lebe der Wahlrechtskampf in Preußen! — Wenn auch kein positiver Erfolg erzielt sei, könnten wir doch mit dem bisherigen Verlauf unseres Wahlrechtskampfes zufrieden sein. Er habe einen Umfang und eine Intensität angenommen, woran man noch vor etwa sechs Jahren gar nicht habe denken können. Erfreulicherweise hätten auch die Frauen ein großes Kontingent von Wahlrechtskämpfern gestellt. Rednerin geht auf die einzelnen Etappen des Kampfes ein und zeigt, wie die Empörung der entrechteten Volksmassen wuchs und wachsen mußte, namentlich seitdem der Wechselbalg der Regierungsvorlage da war und an ihm herumkuriiert wurde mit dem offensbaren Bestreben, die arbeitende Klasse nach Möglichkeit in der Entrechtung zu erhalten. Wozu dann noch Hohn und Gewaltstreiche der Handlanger der herrschenden Klassen gekommen seien. Rednerin gab dann ein Bild von der politischen Situation, die durch den ganzen Verlauf des preussischen Wahlrechtskampfes hell beleuchtet worden sei. Dabei würdigte sie auch das Verhalten der verschiedenen bürgerlichen Parteien. Aus den Erscheinungen des sozialen und politischen Lebens zog sie den Schluß, daß wir uns nur auf die Macht und Stärke einer zum Massenbewußtsein herangereiften Arbeiter-schaft verlassen könnten, wenn wir eine Reform wollten, wie sie allein unseren Wünschen entspreche: das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Männer und Frauen vom zwanzigsten Jahre an! Darum sei es wichtig, in der Agitation nicht zu erlahmen, sie überall hinzutragen, wo Männer und Frauen im Dienste des Kapitals frönden. Wer für Freiheit und Recht strebe, könne nur an der Seite der Sozialdemokratie kämpfen. Schon jetzt müßten die nächsten Reichstagswahlen vorbereitet werden. Sie müßten eine gründliche und gewaltige Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien werden. Wenn die Sozialdemokratie in noch nicht geförderter Zahl in den Reichstag einziehe, werde ein neuer Vorstoß auch in Preußen möglich sein. Um zu zeigen, welches ganz hervorragende Interesse die Frauen, sowohl als Erwerbstätige wie als Mütter und Gattinnen, an der Vertretung im preussischen Landtage hätten, widmete Rednerin einen weiteren Teil ihres Vortrages den Aufgaben des preussischen Landesparlamentarismus. Sie wies nach, daß die Frauen einen Rechtsanspruch darauf hätten, hier mitzureden und mitzutaten. Die Frauen müßten mithelfen, diejenigen heranzuziehen, die noch

fernständen. Man denke an all die höhnischen Provokationen der letzten Zeit. Und wo sie noch nicht Empörung hervorriefen, da erinnere man daran, daß bei dem Wahlrechtskampf in Preußen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Kinderblut geflossen sei und daß Stragenpflaster in einer Reihe von Städten rot gefärbt habe. Dies Blut müßte einem jeden Tag vor Augen stehen und die Empörung sich aufs höchste steigern. Sie erinnere an den Schwur, daß der Wahlrechtskampf nicht eher werde sein Ende erreicht haben, bis das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen erkämpft worden sei. Gerade am heutigen Tage, wo durch die Verschärfung der Wahlrechtsvorlage der Weg frei geworden sei, müsse der Schwur erneuert werden. Die Agitation für eine glänzende Abrechnung bei der nächsten Reichstagswahl sei die beste Form des Kampfes auch für die Durchsetzung einer Wahlrechtsreform in Preußen. Aber man dürfe nicht nur daran denken, Wähler zu gewinnen, sondern besonders auch daran, Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zu erziehen. In diesem Sinne wollen wir den Wahlrechtskampf weiterführen. Fördern wir unsere Organisation und machen wir uns stark zur Erlämpfung staatsbürgerlicher Rechte; sehen wir den Kampf fort, bis wir die politische Macht erobert haben und mit ihrer Hilfe den Kapitalismus beseitigen und den Sozialismus herbeiführen können. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

In der folgenden Diskussion sprachen mehrere Genossinnen und ein Genosse im selben Sinne, indem zugleich der Anschluß an den Wahlkreis und die Förderung der Arbeiterpresse empfohlen wurde. Ein Genosse rief an, die Frauen müßten, damit den bürgerlichen Frauenblättern, wie der „Hausfrau“ und „Dies Blatt gehört der Hausfrau“, Konkurrenz gemacht werde, sich für eine entsprechende Ausgestaltung der „Gleichheit“ ins Zeug legen. Es ließe sich ganz gut eine Rodbeilage mit Schnittmustern usw. schaffen.

In ihrem Schlusswort erklärte dazu Genossin Zieh, daß eine Ausgestaltung der „Gleichheit“ nicht wohl angängig sei, daß aber ein entsprechendes Blatt besonders geschaffen werden könnte. Man habe auch schon einmal darüber Erwägungen angestellt, sei aber noch nicht zu einer Entscheidung gelangt. Dem Genossen sei zu empfehlen, seine Anregung im Wahlkreis bei Stellungnahme zum Parteitag in Form eines Antrages neu vorzubringen. Rednerin gedachte dann noch des gewaltigen Kampfes im Bau- und Gewerbe und trat für die Unterstützung der Ausgesperrten ein.

Veranstaltungen — Versammlungen. Mittwoch, den 1. Juni, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72. Vortrag. Fr. Bahn-Schuch: „Sexuelle Aufklärung“. Dienstag, den 31. Mai, 8 1/2 Uhr, in Poppe's Festsaal, Hermannstraße 49, öffentliche Frauenversammlung, „Kinderhandlung und Kinderschutz“. Referent: Genosse Simon Kapstein.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater. Königl. Opernhaus, geschlossen. Königl. Schauspielhaus, Sonntag: Die Meistersinger. Montag: König Richard III. Dienstag: Doktor Faust. Mittwoch: Die Karolinger. Donnerstag: Bürgerlich und romantisch. Freitag: Der Komet. Samstag: Die Journalisten. Sonntag: Bürgerlich und romantisch. Montag: Die Daulens. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Königl. Opernhaus, Sonntag: Das Rheingold. Montag: Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Marie, die Tochter des Regiments. Die Hugenotten. Mittwoch: Siegfried. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: La Traviata. Freitag: Götterdämmerung. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Samstag: Cavalleria rusticana. Bajazz. Sonntag: Ländchen. Montag: Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches Theater, Sonntag: Jubel. Montag: Faust. Dienstag: Jubel. Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag, Montag: Ueber unsern Kopf. Anfang 8 Uhr. Deutsches Theater (Kammerstücke), Sonntag, Montag, Dienstag: Gastspiel der „Hölle“ aus Wien: Bräutigam sein. Goethe. Mittwoch: geschlossen. Vom Donnerstag ab täglich: Jakob und Kristoffer. Anfang 8 Uhr. Vesting-Theater, Sonntag nachmittags 3 Uhr: Rosenmontag. Abends: Die Frau vom Meer. Montag: Das Konzert. Dienstag: Oedipus. Vom Mittwoch ab täglich: Kolerentia. Anfang 8 Uhr. Berliner Theater, Sonntag nachmittags 3 Uhr: Pension Schöller. Abends bis auf weiteres: Iulius. Anfang 8 Uhr. Neues Theater, täglich: Die goldene Ahrzeit. Neues Schauspielhaus, täglich: Der Pflücker. Anfang 8 Uhr. Heddel-Theater, täglich: Gewehr ab. Anfang 8 1/2 Uhr. Komische Oper, Sonntag nachmittags 3 Uhr: Jägerliebe. Abends: Gelächter. Montag: Der polnische Jude. Dienstag: Pierpuppen. Mittwoch: Die Jantersche. Donnerstag und Freitag: Pierpuppen. Samstag: Der polnische Jude. Sonntag: Galathee. Montag: Robins Ende. Diversifement. Anfang 8 Uhr. Thalia-Theater, Abends: Bild bei Frauen. Anfang 8 Uhr. Kleines Theater, Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der große Name. Abends bis nächsten Sonntag: Nur ein Traum. Anfang 8 Uhr. Nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Rival. Theater des Weizens, Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr: Langhans. Abends: Die geschiedene Frau. Montag und Dienstag: Die geschiedene Frau. Anfang 8 Uhr. Schiller-Theater O., Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Viel Lärm um Nichts. Abends: Karoli. Montag: Die Katalomben. Dienstag: Japantreich. Mittwoch: Die Liebe macht. Donnerstag: Die jährlichen Verwandten. In Jübi. Freitag: Die Liebe macht. Samstag und Sonntag: Der Hühnerhahn. Montag: Die jährlichen Verwandten. In Jübi. Anfang 8 Uhr. Schiller-Theater Charlottenburg, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Reineckebauer. Abends: Die Ehe. Montag: Japantreich. Dienstag: Rich Hobbs. Mittwoch: Die jährlichen Verwandten. In Jübi. Donnerstag: Die Liebe macht. Freitag und Samstag: Die jährlichen Verwandten. In Jübi. Nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Japantreich. Abends: Die jährlichen Verwandten. In Jübi. Montag: Die Katalomben. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Abends: Der Vielgeliebte. Anfang 8 Uhr. Volkoper, Abends: Heimkehr. Anfang 8 1/2 Uhr. Lützen-Theater, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Das Gold zusammenhängt. Abends: Die Waise aus Kowood. Montag und Dienstag: geschlossen. Vom Mittwoch ab täglich: Irma Harnstein. Nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Hände des Peitlers. Anfang 8 Uhr. Neues Operetten-Theater, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Dollarprinzessin. Abends: Der Graf von Luxemburg. Anfang 8 Uhr. Nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Dollarprinzessin. Neudens-Theater, Abends: Das Nachtsicht. Der selbige Oskar. Anfang 8 Uhr. Lustspielhaus, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der dumme Punkt. Abends und nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Das Leutnantsmännchen. Anfang 8 Uhr. Hof-Theater, Abends: Die Schmutzler. Anfang 8 Uhr. Trianon-Theater, Abends bis Dienstag: Theodora u. Co. Anfang 8 Uhr. Kasino-Theater, Abends: Familie August Knoke. Anfang 8 Uhr. Gebr. Sternfeld-Theater, Abends: Wenn Jovi daselbe tun. Die Welt geht unter. Anfang 8 Uhr. Apollo-Theater, Abends: Madama. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Neues Caprice, Abends: Der gewisse Augenblick. Eine gründliche Kur. Anfang 8 1/2 Uhr. Metropol-Theater, Abends: Hallo! Die große Krone I. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Wintergarten, Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Urania-Theater, Landwehr 48/49. Sonntag: Von der Jagdwitz zum Woyzeck. Montag: In den Dolomiten. Dienstag: Bilder aus dem belgischen Liebesland. Mittwoch: In Jernangang des Überengobin. Donnerstag: In den Dolomiten. Freitag: Im Lande der Mitternacht. Samstag: In den Dolomiten. Sonntag: Im Lande der Mitternacht. Montag: Unbestimmt. Anfang 8 Uhr. Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.

# Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)  
**Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 3 Uhr:**  
**Freie Volkshäuser.** Neues Schauspielhaus. 13. Abteilung a, b, c: Bunbury (Graf von).  
 Thalia-Theater. 5. Abteilung a, d und 6. Abteilung a, b: Der Dorf-Tyran.  
**Montag, den 30. Mai, 8 Uhr:**  
 17. (IV) Abendauffstellung im Neuen Schauspielhaus: Der Krieger.  
 Erstauffstellung im Thalia-Theater. 5. Abt. c, d; 6. Abt. a, b: Die Pariserin.  
**Dienstag, den 31. Mai, 8 Uhr:**  
 Erstauffstellung. 6. Abt. c, d; 7. Abt. a, b: Die Pariserin.  
**Neue Freie Volkshäuser.** Am Sonntag, den 29. Mai, nachm. 3 Uhr, im Deutschen Theater: Webe.  
 Nachm. 3 Uhr:  
 Neues Theater: Ritter.  
 Neues Operetten-Theater: Die Dollarprinzessin.  
 Hebbel-Theater: Hanna Jagert.  
 Berliner Theater: Pension Schüller.  
 Schiller-Theater Charlottenburg: Der Weidenbauer.  
 Schiller-Theater O.: Viel Lärm um Nichts.  
 Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus: Die Jungfrau von Orléans.  
 Kleines Theater: Der große Name.  
 Metropol-Theater: Drei Paar Schuhe.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
 Deutsches Theater: Jubel.

**Lessing-Theater.**  
 8 Uhr: Rosenmontag. Abends 8 Uhr: Die Frau vom Meer. Montag, 8 Uhr: Das Konzert.

**Berliner Theater.**  
 Heute 8 Uhr: **Taifun.**  
 Nachm. 3 Uhr: Pension Schüller.

**Neues Theater.**  
 Abends 8 Uhr:

**Die goldene Ritterzeit.**  
 Morgen und folgende Tage:  
**Die goldene Ritterzeit.**

**Theater des Westens.**  
 Abds. 8 Uhr: Die geschiedene Frau.  
 Nachm. 3 1/2 Uhr: Die halbe Praline: Kauschusaren. — Dienstag, den 31. Mai: Letzte Vorstellung vor den Ferien.

**Neues Operetten-Theater.**  
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Graf von Luxemburg.**  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu ermäßigter Preisen: Die Dollarprinzessin.

**Volkoper.**  
 SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.  
 Abends 8 Uhr:  
**Heimkehr.**

**Residenz-Theater**  
 Direktion: Richard Alexander.  
 Abends 8 Uhr:

**Das Nachtlicht.**  
 Schwan in 5 Akten v. W. Jancsó. Hierauf: Der selige Oktave. Wroteste in 1 Akt von Josef Wiraude und Henry Coroué.  
 Sommerpreise.  
 Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Luisen-Theater.**  
 Nachmittags 3 Uhr:  
**Was Gott zusammenfügt.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Gust Ritterfeldt.  
 Abends 8 Uhr:  
**Die Waife aus Lowood.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Blieser.  
 Montag und Dienstag wegen Vorbereitungen geschlossen.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
 Sonntag, 29. Mai, abends 8 Uhr:  
**Der Vielgeliebte.**  
 Schwan in vier Akten von Alfred Schmalow und Karl Heinz.  
 Nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.  
 Morgen und folgende Tage: Der Vielgeliebte.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Die Schmutzler.**  
 Komödie in 4 Akten von H. Dinter. Auf der Gastspielbühne: Theater-Vorstellung. Kukul, erstklassige Spezialitäten, großes Garten-Konzert. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

**Folies Caprice**  
 Nur noch wenige Tage:  
**Der gewisse Augenblick**  
 Bunter Teil  
 Eine gründliche Kur.  
 Mittwoch: Premiere:  
 Vier pikante, heitere Einakter.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater  
 Taubenstr. 48/49.  
 Abends 8 Uhr:  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**  
 Montag 8 Uhr:  
**In den Dolomiten.**

**ZOO-LOGISCHER GARTEN**  
 Heute Sonntag:  
 — Eintritt 50 Pf. —  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
 Ab nachmittags 4 Uhr:  
**Militär-Doppelkonzert.**  
 Morgen sowie täglich: Gr. Konzert.

**Berliner Aquarium**  
 Unter den Linden 66a  
 Eingang Schadow-Straße No. 14  
 Heute Sonntag Eintrittspreis:  
**25 Pf.**  
 Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc. 67/20

**Castans Panoptikum**  
 Friedrichstr. 165 (Paschörpal).  
 Geöffnet  
 von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.  
**Der Mann mit der eisernen Zunge.**  
 × Täglich 7 1/2 Uhr abends ×  
 Sonntags 4 Uhr:  
**Heitere Vorträge.**

**Passage-Panoptikum.**  
**Die heiligen Fakire**  
 in ihren Wunderproduktionen.  
 !! Lebend !! **Atom**  
 der kleinste Mensch, der je gelebt.  
**Buddhas Tafel**  
 weiß, kann, schreibt alles!  
 Alles ohne Extra-Entree!  
 Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Theater.**  
 Heute Sonntag: 2 Vorst.  
 Nachm. 3—7 Uhr kleine Preise.  
 Abends 8 Uhr:  
**Die Sterne des Humors**  
 \* **Claire Waldoff**  
 \* **Willi Prager**  
 und das große Varietè-Programm!

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
 In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultze.  
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**WINTERGARTEN**  
 Letzte Vorstellungen  
 des von Publikum und Presse  
 glänzend beurteilten  
**Mai-Programms**  
 mit  
**Prinz Charles**  
 der Affe mit Menschenkultur.  
**Rosina Casselli**  
**Les Roeders**  
 Luftreakt  
 und 10 Attraktionen 10.

**Apollo Theater**  
 Letzter Sonntag!  
 8 Uhr: Das jenseit. Mai-Programm.  
**Mahara**  
 m. ihren lebenden Niesenschlangen.  
 20 englische Backfische 20 mit  
 neuem Repertoire.  
 Louis de Vriand als August.  
 Achtung! Achtung!  
 Im gr. Sommergarten: Konzert.

**Trianon-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Theodore & Cie.**

**Schiller-Theater.**  
 Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Viel Lärm um Nichts.**  
 Lustspiel in 5 Akten v. B. Shafespeare.  
 Ende 5 1/2 Uhr.  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Narziss.**  
 Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von  
 L. G. Schadow.  
 Ende 10 1/2 Uhr.  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Die Katakomben.**  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
 Schiller-Theater (Charlottenburg).  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Weidenbauer.**  
 Volksstück in 3 Akten von Ludwig  
 Angenburger.  
 Ende 5 1/2 Uhr.  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Ehre.**  
 Schauspiel in 4 Akten von Hermann  
 Sudermann.  
 Ende 10 1/2 Uhr.  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Miß Hobbs.**

Besucht **Hagenbeck**  
**Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-**  
**Straße**  
 3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.  
**Heute Sonntag 2 große Vorstellungen**  
 nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.  
 Im Freien neben der Raubtierschau **Sensationell!**  
**Neu! Neu! Hagenbecks Eisberg**  
 zirka 15 Meter hoch, mit 30 lebenden Eisbären.  
 Bis abends 6 Uhr geöffnet, sowie Besichtigung sämtl. Tiere.

**Die Schürze wird Stadtgespräch!**  
 „Die Schürze“ interessiert jede Hausfrau, jeden Hausherrn.  
 „Die Schürze“ ist der Hauptschlager des heutigen neuen Programms.  
 „Die Schürze“ ist ein dem Leben abgelaushtes Lustspiel.  
 „Die Schürze“ stellt einen neuen Erfolg der Kinematographie dar.  
 „Die Schürze“ ist der erste gelungene ausschließliche Sprechfilm.  
 „Die Schürze“ weist somit einer alten Industrie neue Bahnen.  
 „Die Schürze“ gelangt jeden Abend gegen 7/8 und 10 Uhr zur Vorführung.

**V. T. Vitaskop-Theater, Charlottenburg, V. T.**  
 Wilmersdorfer Straße 53/54

**LUNA-PARK**  
**Terrassen am Halensee**  
 Größter Vergnügungspark des Kontinents  
 Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.

**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
 Heute Gr. Extra-Konzert. (Berl. Sinfonie-Orchester, Dir. Maximilian Fischer.)  
 Außerdem Gastspiel des **Cremo Hofmann.**  
 Heldenreiter zu Pferde  
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Jeden Dienstag nachmittags 3—5 Uhr  
**Frei-Vorstellung** der beliebten **Apollo-Sänger.**  
 Vom **Mittwoch, den 1. Juni 1910** ab täglich nachmittags 3—6 Uhr  
**Freikonzert Nicodemus Notenkopf**  
 von des besten Excentric-Kapellmeisters der Welt mit großem Orchester.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
 Köderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Köderplatz.  
 Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei unglücklicher Bitterung  
 Schutz für 6000 Personen. — **Täglich:**  
 Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Klustern der  
**besten Turmfeilsinfelder** der Welt The Lipsitz  
 (einer der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise  
 um die Erde in 1 Sekunde: **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**  
 mit dem Fahrrad in den See.  
 Ueberfahren eines lebenden Menschen mit Motorrad  
 im Höllekeßel. — **Mlle. de Fallières** bester Miniatur-  
 hunde-Dressurakt der Welt.  
 Victor Ritter mit seinem Sensationschlag: „Galop, die  
 kleine Revue“ und das beste Spezialitäten-Programm Berlins.  
 Jeden Sonntag: **Riesens-Land- u. Wasser-Feuwerk.**  
**Neuheiten! Der Hallensche Komet.**  
 Anfang 8 Uhr. Wochentags 4 Uhr. — Gesamtentree 20 Pf.  
 Kinder frei. × Tanz.  
 15 Ruderboote, Kiefernseefläche, 4 veredelte Regatboote. Voll-  
 beschickungen aller Art, 30 000 Personen fassend, m. großem See.  
 Vereinen u. Gesellschaften täglich unt. günst. Bedingungen zur Verfügung.  
 Um zahlreichen Zuspruch bitten Witwe Laue u. Waldemar Diez.

**Sophien-Säle** Sophienstraße 17/18  
 Querstraße der Rosenthaler Straße —  
 am Haakeschen Markt  
 Inhaber: **Paul Baatz**  
 empfiehlt seine von 60—9000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen  
 Vorträge- u. Kunstausstellungen ufm. Borträgl. Musik. Kulant. Entgegenkommen

**Lustspielhaus.**  
 Nachm. 3 Uhr: **Der druffe Punkt.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Das Leutnantsmündel**  
**Herrnfeld**  
 Theater  
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 5063.  
 Schluß dreijährig. Spiel-Zeison  
**31. Mai cr.**  
 Bis dahin täglich mit größtem  
 Erfolg:

**Die Welt geht unter.**  
 Folgt des Kometenstiebers und  
**Wenn zwei dasselbe tun**  
 mit H. und D. Herrfeld.  
 Anfang 5 Uhr.

**Walhalla**  
 Varietè-Theater  
 Weinbergsweg 10-20, Rosenthaler Tor.  
 Abends 8 Uhr:  
 Das größte Varietè-Programm.  
**Paul Bendix**, Berl. Komiker  
 und die übrigen Spezialitäten.

**Casino-Theater**  
 Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
 Auf allgemeinen Wunsch  
 bis zum 31. Mai:  
**Familie**  
**August Knoche.**  
 Knockt: Dir. Hans Berg.

**BBB**  
 Brunnenstraße 10.  
 Ein geheimes Abenteuer der  
**Königin Marie Antoinette.**  
 und das glänzende  
**Riesen-Programm.**  
 Gr. Künstler-Orchester.  
 Platz für 1200 Pers. Entr. 30 Pf.

**Burgtheater-Kinematograph**  
 vom. Grotzerjan, Inhab.: Rud. Morz,  
 Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9533.  
**Lebende Photographien.**  
 Hochst. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.  
 Sonnt. 20, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.  
 Vorzugskarten nur Wochentags gültig.  
 25 Pf. auf allen Plätzen.  
 Streik wechselndes Programm.  
 Jeden Sonntag im Oberstall:  
**Künstler-Konzert.**  
 Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
 N. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

**Königstadt-Kasino.**  
 Salzmarktstraße 72.  
 Im herrlichen Naturgarten täglich:  
 Durchgegangene Weiber.  
 Burlesker Schwan mit Gesang.  
**Otto Falzer,**  
 moderner Zauberkünstler und  
 Pianist.  
**Franz Heißner**, Original-  
 komiker und das andere reich-  
 haltige Programm.

**Voigt-Theater**  
 Gesundbrunnen. Abdt. 9.  
 Sonntag, den 29. Mai 1910:  
**Lebern großen Teich.**  
 Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in  
 4 Abteilungen von Adolf Schilpp.  
 Erstklassige Spezialitäten.  
 Raffinesse 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.  
 Montag, 30. Mai: Heber'n großen  
 Teich. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Schweizer-**  
**Garten** Am Königstor —  
 Am Friedrichshain.  
**Täglich:**  
**Theater,**  
**Spezialitätenvorstellung.**  
**Volksbelustigungen.**  
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Vereins-Brauerei**  
 Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
 Oekonom: Max Wendt.  
**Täglich:**  
**Gr. Militär-Konzert.**  
 Jeden Dienstag:  
**Gr. Kinder-Freuden-Fest.**  
 Entr. 15 Pf. Nähe od. Schöpe grat.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
 30. April bis 2. Oktober.  
 Im Park täglich **Doppel-Konzert.**  
 Eintritt: 10—6 Uhr 1 Mk., v. 6 Uhr ab  
 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 Mk.

**Städtebau-Ausstellung**  
 19—8 Uhr. Eintritt 1 M.  
 Königl. Akademische Hochschule,  
 Waldgürtel Sport- u. Spielplätze.  
 Kunst u. d. Str. Verkehrssysteme.  
 Innenstadt. Vororte. Gartenstädte.  
 Arbeitersiedlungen. **Gros-Berlin.**  
 31. Mai: Prof. Diestel, königl.  
 Baurat, Dresden: „Neuzeitliche  
 Anschauungen im Bauordnungs-  
 wesen.“

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger**  
**Zeuzisten-Vogel.**  
 Ein Künstlerbild v. Mayast  
 Anfang  
 montags  
 8 Uhr.  
 Sonntags  
 7 Uhr.

**Volksgarten-Theater**  
 früher Weimann.  
 Bobfr. 8. Behme u. Bellermannstraße.  
 Täglich: Konzert-, Theater- und  
 Spezialitäten-Vorstellung. Das Märchen-  
 programm. Nur Ausführung gelangt:  
**Der fliegende Berliner.**  
 Volksstück in 5 Bildern mit Gesang  
 und Tanz.

**Stadt-Theater Moabit**  
**Alt-Moabit 47/49.**  
**Täglich:**  
**Konzert, Theater,**  
**Spezialitäten.**

**Puhlmanns Theater**  
 Schön. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.  
 Täglich: Konzert, Theater,  
 Spezialitäten!  
**Berlin, wir's baut u. kracht.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.  
 Anfang der Vorstellung 9 1/2 Uhr.  
 Entree 30—100 Pf.  
 Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.  
 Mittwoch: Die neuen Spezia-  
 litäten.

**Karl Haverland**  
 Anfang Theater. präz. 8 U.  
 77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
**Täglich nur erstkl. Spezialitäten.**  
**Das wunder-Mai-Prgr.**  
 Das  
 Sonnabend, Sonntag, Mittwoch,  
 Donnerstag: Voll.

**Max Kleins Sommertheater**  
 und Festsäle.  
 Inh.: **Kudolph Krüger.**  
 Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turmpl.  
**Täglich:**  
**Große Theater- u. Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
 Artist. Leitung: Walter Grönitz,  
 Kapellmeister: Max Wolfheim.  
 Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
 Anfang: Wochent 8 Uhr, Soant. 7 1/2 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
 Kastanienallee 7—9.  
**Täglich:**  
**Im Reiche des Mars**  
 Spezialitäten, Konzert u. Ball-  
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Böhm. Brauhaus**  
 Landsberger Allee 11/13  
 H. Gieselmann, Oekonom  
**Täglich Militär-Konzert**  
**Montag:**  
 III. Garde-Regiment zu Fuß  
 Obermusikmeister Herr Goerlich.  
**Dienstag:**  
 Garde-Pioniere  
 Obermusikmeister Herr Köhle.  
**Mittwoch:**  
 Ehem. Hoboliten des Garde-Korps  
 Dirigent: Herr Riemann.  
**Donnerstag:**  
 Kais. Alexand. Garde-Gren. Rgt. No. 1  
 Obermusikmeister Hr. Neumann.  
**Freitag:**  
 III. Garde-Feldartillerie-Regiment  
 Obermusikmeister Hr. Spiegelsberg.  
**Sonnabend:**  
 Ehem. Hoboliten des Garde-Korps  
 Dirigent: Herr Riemann.  
**Sonntag:** bei vollem Orchester:  
 Ehem. Hoboliten des Garde-Korps  
 Dirigent: Herr Riemann.  
 Montag, Donnerstag, Sonntag:  
 Tanz-Reunion.

Für den Inhalt der Inserate  
 übernimmt die Redaktion dem  
 Publikum gegenüber keinerlei  
 Verantwortung.

**Schwarzer Adler, Lichtenberg**  
Richard Arnhold. Frankfurter Chaussee 5.  
Jeden Sonntag:  
**Gr. Garten-Konzert** Dirigent: Otto Jung und **Gr. Spezialitäten-Vorstellung**  
Nur erste Kräfte: **Franz Sobanski.** Nur erste Kräfte!  
Im Saale: **Großer Ball.** Volksbelustigungen aller Art. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.  
Im prachtvollen Lindengarten: **Täglich Künstler-Frei-Konzert.** (Kapelle Hollfelder.) 5685L\*

**Mentes Konzertgarten, Juh.: Friedr. Neumann**  
Berlin-Lichtenberg, Röderstr. 28/29  
am Bahnhof Landsberger Allee.  
Sonntag, den 29. Mai, im herrlichen, 25 000 Personen fassenden Naturgarten auf der neu-erbauten Riesen-Sommerbühne:  
**Große Spezialitäten-Vorstellung.**  
Im Riesen-Parkettsaal: **Großer BALL** bei stark besetztem Orchester. Drei Kaffeeküchen. X X Drei Kegelbahnen.  
Entree 10 Pf. Entree 10 Pf.  
Strassenbahn-Verbindungen: Linien 58, 64, 65, 66, 67, 75, 81, Städtische Strassenbahn Strassenbahn-Friedrichshagen, Alexander-Platz-Parklage-Steuerhaus u. Ringbahnhof Landsberger Allee. Im Juli und August noch einige Tage frei zur Abhaltung von Festlichkeiten.  
Achtung! Donnerstag, den 2. Juni: I. Gala-Spezialitäten-Vorstellung und Freitanz.

**Trapps Festsäle, Inhaber: Max Gamm.**  
Jeden Sonntag: **Petris Norddeutsche Sänger.**  
Jeden Donnerstag: **Apollo-Sänger.**  
Im Garten von 4 Uhr ab: **Konzert.**  
Für Vereine, Gesellschaften und Klubs zur gefälligen Mittelung, doch im das Stadtbüro.  
**Ballschmieders Kastanienwäldchen**  
Konzertgarten u. Prachtfeste - Badstr. 15/16  
übernommen und aufs neueste renoviert habe. Ich empfehle solches zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art unter günstigsten Bedingungen. Herrlicher schöner Garten, 3000 Personen, 4 Säle 50-1500 Personen fassend, mit prächtigen Bühnen versehen. Während des Sommers  
**Konzert und Sänger-Gesellschaften.**  
Vorgangarten stehen zur Verfügung; auch sind noch Sonnabende frei. Jed. Sonntag: Gr. Ball. Jed. Dienstag u. Donnerstag: Ball tout chic. Um günstigen Zutritt bittet **Fr. Walter, Galtwirt.**  
Berlin N. W. III, 8874.

**SCHLOSS WEISSENSEE.**  
Jeden Sonntag: **Großes Militär-Konzert** 1. Garde-Drig-Regt. Obermusikmeister Peschke, unt. Mitwirk. d. fr. Kgl. Hofopernsäng. Hrn. Willy Franks. Anfang 7 1/2 Uhr. **Entree 20 Pf.** Kinder frei!  
Im Bal-champetre von 4 Uhr an **Grand Ball** mit Elite-Orchester. Für Damen Freitanz.  
Abends 9 1/2 Uhr: **Große Gratis-Verlosung.**  
Es gelangen zur Verlosung: 1 goldene Herrenuhr, 1 Nähmaschine (Fabrikat Gritzner, 4 J. Garantie, Wert 120 Mark), 1 Kaffee-Service und 25 andere Gegenstände. Sämtliche Gegenstände sind zur Ansicht ausgestellt. 63/11  
Jedes Musik-Programm hat eine Losnummer und kostet 10 Pf.

**Paul Schmidts Spezialitäten-Theater**  
Landsberger Allee 76/77, Ringbahnstation Landsberger Allee.  
Täglich: **Gr. Konzert, Spezialitäten-Vorstellung, Ball**  
Das **Eröffnungs-Programm**, 11 erstklassige Nummern, munterbare **Eröffnung**, Orchesterleitung: Georg Wolf. Besonders hervorzuheben: **Georg Front, Humorist, Variété-Truppe** in ihrer höchsten, **Pantomime „Ein Dorf-Idyll“**, **Volte Griff, Gelang u. Konjunktur**, **Max Hillig, Grotesk-Unterhaltungs-Parade**, **Des Pachalos, Equilibrist u. Hand-Bolitz**, **Maxwell-Trio, Variété-Idyll**, **1. Rang, Cit u. Quans, Ion, Orchestri, Satyros, Gelang u. Longuet, Orig. Gracile-Trio, ohne jede Konkurrenz, Bühnen-Kunst in höchster Höhe.**  
Anfang Sonntags 4 Uhr, wochentags 6 Uhr 56222\*  
**Gr. Kaffeeküche u. Volksbelustigung, all. Art.**  
Den geehrten Gesellschaften, Vereinen usw. empf. mein neu renoviertes Lokal zu den billigsten Bedingungen. Der Wirt.

**Voigts Krampenburg, Berliner Alpen, 56123\***  
**Reederei Nobiling, Jannowitzbrücke, Schalthaus-Ausschank.**  
Täglich (auch Sonntags) billige Dampfer-Exkursionen. Abfahrt früh 9 Uhr, nachm. 2 1/2 Uhr. Schnelle mein Lokal auch zu Garten für Gesellschaften usw.

**Moabiter Schützenhaus am Plötzensee**  
an Wald und Wasser gelegen.  
Heute, Sonntag, den 29. Mai: **Gr. Malen-Fest!**  
**Gr. Militär-Konzert** der Kapelle des Regts. Garde du Corps. Herr kgl. Obermusikmstr. Louis Lehmann. Solist: Der Meistersänger, Herr Will Frank, früher kgl. Hofopernsänger.  
Hallo! Der Teufel ist los! 1000 Strohweiden und 500 lustige Ehemänner staunen, wenn bei Bomben- und Granatenschlag der Halleysche Komet um 1/2 10 Uhr mit seinem elektrischen Riesenschwanz erscheint!  
Schluß des Abends! **Das urkomische Kino-Theater** und **Pracht-Illumination** der neuen **Bornschen Lichtenlagen.**  
Im großen Saal: **Elite-Ball.**  
Es ladet ergebenst ein **A. Freyer.**

**Elysium**  
Landsberger Allee 40-41  
Heute sowie täglich:  
**Spezialitäten beste Schaumwein.**  
Kaffeekochen. X Ball.  
Anfang 7 Uhr. Entree frei.  
**Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112**  
Im Garten oder Saal: **Täglich Gr. humorist. Solree.** (Gesangs-Vorstellung, Theater und Variété-Vorstellungen.)  
Sonntags, Dienstags, Donnerst. und Sonnabends: **Tanzkränzchen.** Anf. 8 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr. - Alle Vonds gültig.  
Im Restaur.: Mittags 75 Pf. Gr. u. kl. Säle zu Festlichkeiten aller Art. **Max Saeger.**

**Markgrafen-Säle**  
34. Markgrafen-Damm 34.  
An der Stralauer Allee.  
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**  
Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung. Verzügliche Küche, ff. Biere u. Weine, Billard u. Kegelbahn.  
**Wirtshaus zum Pankgrafen**  
Inhaber: **Pankow Otto Händrich.**  
Schloßstr. 6, gegenüber d. Schloßpark.  
Täglich: **Kaffee-Konzert.**  
Jeden Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: **Großes Garten-Konzert.**  
Abends: **Kinematograph.** Eintritt frei. Kaffeeküche.  
Jeden Mittwoch: **Großes Kinderfest.** Kinematograph. Eintritt frei.  
Donnerstags: **Freitanz.** 22796

**Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands**  
Zahlstelle Berlin.  
Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Docter, Weberstr. 17:  
**Kombinierte Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Diskussion. 3. Entwurf der Gaukommission. 4. Bericht über die Schuhlocherhandlungen mit der Innung. 5. Verschiedenes.  
159/16  
Die Ortsverwaltung.

**Steinarbeiter.**  
Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 Uhr, in den Reimhallen, Kommandantenstr. 58:  
**Kombinierte Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Berichterstattung vom Verbandstage durch die Delegierten Gansche und Dingenach. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
In dieser Versammlung sind auch die Abwesenheitsänderungen für die Zustimmung des „Steinarbeiter“ zu bewirken. - Kollegen aller Branchen! Er- scheint ohne Ausnahme! 171/11\*  
Die Ortsverwaltung.

Bitte ausschneiden! **Abfahrtstelle Schillingsbrücke** (am Silesischen Bahnhof).  
**Billige Dampfer-Exkursionen mit Musik.**  
Tägl. früh 9, mitt. 2 Uhr nach **Wollersdorfer Schleuse.**  
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag früh 10 Uhr nach **Neue Mühle.** Ein und zurück  
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, mittags 2 Uhr nach **Wollersdorfer Schleuse.** Ein. Fahrt  
Tägl. u. mittags 2 Uhr nach **Restaurant Kyffhäuser.** Ein. Fahrt  
ab ca. 1/2 Stunden nach **Restaurant Kyffhäuser.** Sonntags 30 Pf.  
Fahrtkarte geben kein Entree. **R. Tismer.**

**Charlottenburg.**  
Am Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“, Rosinenstraße 3:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
„Der Wahlrechtskampf.“ Referent: Genoffin Rosa Luxemburg. 250/15  
Diskussion. Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins. S. W. W. Michalski.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Putzer.**  
**Achtung! Putzer! Achtung!**  
Mittwoch, den 1. Juni, abends 6 Uhr, in den Reimhallen, Kommandantenstr. 58/59:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom I. Quartal 1910. 2. „Der gegenwärtige Stand im Baukrieg“. 3. Verschiedenes. 132/13  
Verbandsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht **Die örtliche Verwaltung.**

**Alhambra**  
Wagner-Theaterstraße 15.  
Jeden **Großer Ball**  
Sonntag: **Großer Ball**  
Großes Orchester. Anfang Sonntag 6 Uhr. **A. Zambelat.**  
**Krauzberg-Festsäle und Garten**  
Bef. Otto Ernst, SW, Krauzbergstr. 48  
Jeden Sonntag: **Große Spezialitäten-Vorstellung** (Paul Jeschowsky Ensemble). Entree frei. Pro-gramm Berlin 10 Pf. - Jeden Montag: **Hoffmanns Nordd. Sänger.** - Jeden Freitag: **Die lustigen Kaffee-Pöppel u. Vergnüg.** gültig. Einige Sonnabende unt. hal. Bed. an Vereine zu vergeben.

**Schöneberg.**  
(Sozialdemokratischer Wahlverein.)  
Dienstag, den 31. Mai 1910, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
in den „Neuen Rathausäulen“, Reisinger Str. 8.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Genoffin Luise Ziet über: „Gewinnung der Frauen für die Partei eine Notwendigkeit“. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
15/00  
Der Vorstand.

**Verband der Sattler und Portefeuller.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Die nächsten Branchenversammlungen finden an nachfolgenden Tagen statt:  
**Geshirr-Brande:** Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köstr. 3.  
**Portefeulles- u. Reiseartikel-Brande:** Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei **Graumann, Rammstr. 27.**  
**Militär-Brande:** Mittwoch, den 1. Juni, abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.  
**Finolenumleger u. Teppichwäher:** Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei **Wehnacht, Grünstr. 21.**  
**Wagen-Brande:** Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 15.  
**Eisenmöbel- u. Federstuhlpolsterer:** Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei **Walter, Adalbertstr. 62.**  
**Sektion Charlottenburg:** Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3.  
156/16  
Sonntag, den 26. Juni:

**Großes Sommerfest**  
im Garten der Brauerei „Friedrichshain“ am Königstör.  
Mitwirkende:  
**Berliner Sinfonie-Orchester** (Dirig. Maximilian Fischer),  
**Berliner Männerchor** (Dirig. Franz Both),  
**Männergesangsverein „Vorwärts“** aus Stettin,  
**Gemischter Chor „Vorwärts“** Berlin III-Trio.  
Im hinteren Teil des Gartens für Kinder Kaspertheater. Bei ein- tretender Dunkelheit großer Fackelzug, wozu jedes Kind an der Kontrolle einen Bon gratis erhält.  
Von 5 Uhr ab im großen Saale **Tanz** gegen 50 Pf. Nachzahlung.  
Die Kaffeeküche ist von 3-8 Uhr geöffnet.  
**Eröffnung 3 Uhr.** Anfang 4 Uhr.  
Eintrittskarten im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Dieselben sind im Bureau sowie bei den Vertrauensleuten zu haben. 156/17  
Kege Beteiligung erwartet **Das Komitee.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Montag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Kombinierte Versammlung**  
der gesamten Kontrollkommission mit der Ortsverwaltung in den Andreas-Häusern, Andreasstr. 21.  
Sämtliche Funktionäre des Verbandes müssen anwesend sein.  
Mittwoch, den 1. Juni:

**Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.**  
**Küchenmöbel-Brande!**  
Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 70:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Klingner. 2. Bericht von der letzten General- versammlung. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Die Berichte sind hierzu eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert.  
**Einsetzer!**  
Mittwoch, den 1. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelsstr. 14, Saal 2, Arbeitslokalraum:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Bestimmungen des Vertrages über den Arbeitsnachweis und unter ferneres Verhalten. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Wahl eines Branchen-Obmannes. 4. Verschiedenes. 54/3  
Die Kollegen des VI. Bezirks werden hiermit besonders eingeladen.

# W. WERTHEIM GM BH

Potsdamer Straße 10, 11 und 13

Versand-Abteilung in beiden Häusern



Friedrich-Straße 110/112 Passage-  
Kaufhaus

Versand-Abteilung in beiden Häusern

## Glas-, Porzellan- und Steingut-Verkauf

Restbestände aus unserem Engros-Lager zu enorm billigen Preisen Soweit der  
Vorrat reicht

### Dekoriertes Porzellan

Tassen m. Untertassen **20 u. 10** Pf.  
Bouillontassen mit Untertasse . . . . . 25 Pf.  
Kaffeekannen in verschiedenen Dekors und Formen **65** Pf.  
Zuckerdosen dazu . . . . . 20 Pf.  
Sahnegießer dazu . . . . . 18 Pf.  
Frühstücks- od. Fruchtkörbe durchl. Rand 1.00, 85, 65 Pf.  
Durchbrochene Fruchtteller m. Obstdekor 48 Pf.  
Frühstücksteller in sort. Dekors, durchweg 10 Pf.

Teller blau kobalt dekoriert . . . . . 30 Pf.  
Dessertteller dazu . . . . . 20 Pf.  
Teller blaue Unterglasur, modernes Muster **30** Pf.  
Dessertteller blaue Unterglasur, modernes Muster 20 Pf.  
Bratenschüsseln 

52	43	38 cm lg.
blaue Unterglasur	3.00	2.00 1.50

  
Bratenschüsseln oval, mit blauem Rand 35, 50 Pf.

### Porzellan

(weiß)

Tassen m. Untertassen 6 Paar **10** Pf.  
Tassen mit Untertassen verschied. Formen 15 Pf.  
Zuckerdosen groß und mittel . . . . . 5 Pf.  
Frühstücksteller . . . . . 3 Pf., Dutzend 30 Pf.  
Fleischplatten oval . . . . . 60, 30, 15 Pf.  
Fleischschüsseln rund . . . . . **18** Pf.  
Salatieren 3 Größen . . . . . 30, 20, 10 Pf.  
Saucieren . . . . . 25 Pf.

### Steingut

Wasserkrüge | einzeln, zu Waschgarnituren  
Waschschüsseln | 50 und 30 Pf.  
Seifen- u. Kammschalen mit Deckel 10 Pf., ohne Deckel 5 Pf.  
Gemüsetonnen blauer Dekor, mit Aufschrift 20 Pf.  
Milchtöpfe 6 Stück im Satz . . . . . Satz 85, 65 Pf.  
Engl. Teekannen braun Dekor **60, 25** Pf.

#### Geschliffene

Zuckerschalen mit Fuß **38** Pf.

#### Suppenterrinen

Feston mit Golddekor für 12 Personen . . . **2.50**

Ein Posten

Kompottschalen bunt **10** Pf.

### Glaswaren

Glasschalen Diamant . . . . . 18, 15 u. 10 Pf.  
Kompotteller Diamant . . . . . **5** Pf.  
Schalen "Hansa" edig 75, 35 u. 15 Pf., rund 8 bis 60 Pf.  
Jardiniere Schliff-imitation . . . . . 85 Pf.  
Sturzflaschen mit Glas . . . . . 14 Pf.  
Ein Posten bunt bemalte Vasen . . . **15** Pf.

Große Bowlen-Römer . . . . . **32** Pf.  
Rot- u. Rheinwein-Gläser graviert 28 Pf., glatt 18 Pf.  
Bierbecher mit Gold 0,2 und 1/4 Liter . . . . . 7 Pf.  
Zitronenpressen . . . . . 12 u. 7 Pf.  
Zuckerschalen . . . . . 15 u. 10 Pf.  
Brunnengläser mit Skala **50 u. 25** Pf.

#### Körbchen echt schwedisch

Filigran-Genre, orangegelb, 2 Größen **70 u. 35** Pf.

Potsdamer Straße im Parterre

### Ausstellung

Potsdamer Straße im Parterre

von Original-Erzeugnissen der schwedischen Fayencefabriken  
Gustafsberg Aktiebolaget, Röhstrand, Stockholm und Göteborgs Porslinsfabrik sowie der  
Glasfabriken Johansfors u. a.

Waschservice dekoriert . . . von 6.25 bis 22.00  
Heißwasserkannen mit Beschlag 2.50 bis 4.00

#### Kaffeegeschirre

Kaffeekannen . . . . . 2.25 bis 3.50  
Kaffeetassen . . . . . 60 bis 95 Pf.

#### Tafelgeschirre

Speiseteller	Dessert- u. Kompotteller
45 bis 75 Pf.	30 bis 55 Pf. 25 bis 35 Pf.
Saucieren	Bratenplatten
75 Pf. bis 2.10	75 Pf. bis 5.50
	Fischplatten
	4.25 bis 11.00

Blumen-Vasen . . . . . 30, 35, 50 Pf. bis 1.40  
Blumen-Vasen geschliffen . . . . . 70 Pf. bis 3.75  
Karaffen . . . . . 90 Pf.  
Bowlenkannen . . . . . 90 Pf. bis 2.50  
Karaffen weiß . . . . . 1.15 bis 2.35  
Weinkelche . . . . . 70, 60, 45, 40, 35 Pf.

#### Stickerei-Hüte

Form „Charlotte“ **5.75, 4.25** mit Band- und Blumengarnitur **10.50, 8.75, 7.25**

*Enif-Bibliofant*  
1 Band monatlich 1,00  
jährlich 5,00

### In unserem Sommergarten

(NUR POTSDAMER STRASSE)

#### Ausschank natürlicher Kurbrunnen u. a.

Franzensbad. Franzensquelle 1/4 Fl. 65 Pf.	Kissinger Maxbrunnen 1/4 Fl. 55 Pf.
Hunyadi János . . . . . 1/4 Fl. 60 Pf.	Levico . . . . . 1/4 Fl. 1.00
Karlsbader Sprudel . . . . . 1/4 Fl. 80 Pf.	Schwalbach. Stahlbrunn. 1/4 Fl. 50 Pf.
Kissinger Rákóczy . . . . . 1/4 Fl. 75 Pf.	Wiesbaden. Kochbrunn. 1/4 Fl. 70 Pf.

#### Gegen

#### Mückenstiche

Salmiakflakons Hartgummi mit Schwamm . . . . . 30 Pf.  
Mückenstifte Stück 10 Pf.  
Mückenseife . Stück 50 Pf.

### Metzner

Größtes Special-Haus  
Kinderwagen  
Metall-Bettstellen  
Gartenmöbel etc.

Berlin, O. Andreasstr. 23.  
Brunnenstr. 95. Leipzigerstr. 54.  
Beusselstr. 67. Rixdorf, Bergstr. 133

Katalog gratis.



Meine Geschäfte, in eigenen  
Geschäftshäusern, von Fach-  
leuten geleitet, sind unerreich.

Besichtigung sehr erwünscht.

Brief- und Telegramm-Adresse:  
Metzner Berlin Andreasplatz.

### Metzner

Größtes Special-Haus  
Kinderwagen  
Metall-Bettstellen  
Gartenmöbel etc.

Berlin, O. Andreasstr. 23.  
Brunnenstr. 95. Leipzigerstr. 54.  
Beusselstr. 67. Rixdorf, Bergstr. 133

Katalog gratis.



Spargel  
mit einem

Kronen-Bouillon-Würfel gibt einen Teller feinste Spargelsuppe für **5** Pfg.



12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schmiede.

München, 27. Mai 1910.

Den Bericht der Redaktion erstattete Redakteur Wichmann-Hamburg, den der Preßkommission Behne-Hamburg.

Gewerkschaftsfrage

don Hamburg und Berlin erstattete Gauleiter Heine-Leipzig und Ritter-Rannheim Bericht. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich mit den Beschlüssen einverstanden erklärt. Zur

Reichsversicherungsordnung

wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die 12. Generalversammlung des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen erklärt sich mit den Beschlüssen des außerordentlichen (siebenten) Gewerkschafts-Kongresses voll und ganz einverstanden.

In Sachen des Entwurfes zur Reichsversicherungsordnung kann die Generalversammlung die Erfüllung der auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse nicht erblicken.

Der Entwurf bringt auf dem Gebiete der Krankenversicherung schwere Eingriffe in die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Er erhält die Sonderstellung der von den Arbeitgebern verwalteten Betriebs- und Innungs-Krankenkassen aufrecht und schiebt in den neu zu errichtenden Landkrankenkassen jede Selbstverwaltung der Versicherten aus. Die Generalversammlung protestiert gegen diese Entrechtungsversuche und weist dieselben mit größter Entschiedenheit zurück.

Für die Unfallversicherung bringt der Entwurf fast nur Verschlechterungen, vor allem durch die Beseitigung des Refurces an das Reichsversicherungsamt und durch Einführung von Renten auf Zeit. Die Nachteile dieser Bestimmungen für die Versicherten sind so groß, daß die Arbeiterklasse eine solche Reform ablehnen muß.

Sichtlich der Invalidenversicherung enthält der Entwurf zwar die Anfänge einer Hinterbliebenenversicherung und einer Zusatzversicherung zur Invalidenrente; gleichwohl läßt er jede zeitgemäße Erleichterung der Rentenbezugs vermissen. Auch ist die von weiten Kreisen geforderte Angliederung der Versicherung der Privatangestellten nicht berücksichtigt worden. Die vom Entwurf vorgeschlagene Lösung der Witwenversicherung entspricht nicht dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz, das eine Versicherung aller Arbeiterwitwen, nicht bloß der invaliden Witwen, fordert.

Der Verbandstag protestiert auch gegen die vom Entwurf der Reichsversicherungsordnung geplante Belastung der Arbeiterversicherung mit einem kostspieligen bürokratischen Beamtenapparat, der zudem eine stete Gefahr für die ohnehin geringen Selbstverwaltungsrechte der Versicherten in sich birgt.

Der Verbandstag fordert die Regierungen auf, vereint mit der ganzen Arbeiterklasse gegen diesen Entwurf Stellung zu nehmen. Nicht Entrechtung der Versicherten, sondern Sicherung der Selbstverwaltung, nicht Verschlechterungen der Leistungen, sondern Erweiterung und Verbesserung derselben muß das Leitmotiv einer gesunden Reform sein!

Ebenso einmütig und ohne Debatte votierte die Versammlung für die Bauarbeiter

folgende Resolution:

„In Sachen der Bauarbeiterausperrung spricht die Generalversammlung den ausgesperrten Arbeitsbrüdern ihre volle Sympathie aus. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter ist der Kampf um die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Organisation und daher ein Kampf für die Grundrechte der Arbeiterklasse. Die Generalversammlung schließt sich der Solidaritätsbewegung der gesamten deutschen Gewerkschaften an und beschließt, die baugewerblichen Arbeiter in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum moralisch und finanziell nach allen Kräften zu unterstützen. Die Generalversammlungsteilnehmer werden verpflichtet, in diesem Sinne zu wirken.“

Zum Punkte Gewerkschaftliche Taktik

1. Die in München stattfindende 12. Generalversammlung erkennt aufs neue an, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen des gesamten Schmiedegewerbes einer dringenden Verbesserung bedürfen.

Da aber den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auf Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft seitens des organisierten Unternehmertums der größte Widerstand entgegengesetzt wird, ist es eine dringende Notwendigkeit — analog den bisherigen Grundsätzen unseres Verbandes folgend — mehr als bisher durch gute Disziplin in unseren Reihen die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft im Schmiedegewerbe zur Geltung zu bringen.

2. Tarifliche Regelungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch korporative Verträge der beiderseitigen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber sind empfehlenswert und für unser Gewerbe als durchführbar anzusehen. Da aber vielfach der Wille der Arbeiter infolge Ueberlegenheit der wirtschaftlichen Stellung der Arbeitgeber nicht in vollem Maße Berücksichtigung findet und dadurch Bestimmungen in den Verträgen Ausnahme finden, welche auf eine freie, reelle Vereinbarung keinen Anspruch erheben können, so ist darauf hinzuwirken, nur kurzfristige Verträge abzuschließen, damit Verbesserungen an diesen nicht auf längere Zeit unterbunden werden können.

3. Die Dauer der Arbeitszeit ist wegen der schwereren physischen Arbeit zu verkürzen und auf 8 Stunden herabzusetzen.

4. Die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung reichen nicht aus, um wirksam das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Dies gilt besonders von der am 1. Januar 1910 in Kraft getretenen Verordnung betr. den Betrieb der Anlagen der Grobisenindustrie. Diese Verordnung ist nicht geeignet, eine Beseitigung oder Einschränkung der Ueberarbeit und Ueberstunden herbeizuführen. Auch die Werkstätten und Arbeitsräume in ihrer Beschaffenheit sind äußerst mangelhaft und ungenügend. Es fehlt hier ein Erlaß von reichsgesetzlichen Vorschriften mit der Aufgabe, wo nach Zahl der beschäftigten Arbeiter ein ausreichender Luftstrom vorhanden sein muß. Andererseits muß auch Vorsorge getroffen werden, daß Staub, Rauch und verdorbene Luft entfernt werden.

5. Desgleichen ist zu fordern: Heranziehung von fachkundigen Arbeitern zur Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen und Unfallverhütungen.

6. Ausgehend von diesem Grundsatz beschließt die Generalversammlung, durch gewerkschaftliche Eingaben an Behörden und Parlamente usw. dahin wirken zu wollen, daß bessere moderne Verhältnisse geschaffen werden.“

Hierauf erstattete die Kommission für die Verschmelzungsfrage

Bericht. Siering-Berlin begründete kurz folgende Resolution:

Die 12. Generalversammlung nimmt Stellung zu den Vorschlägen des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und erklärt, diesen Vorschlägen nicht zustimmen zu können. Da-

gegen erklärt sich die Generalversammlung im Prinzip für eine Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, um dem Bestreben zur Schaffung einer Einheitsorganisation Rechnung zu tragen.

Der Zentralvorstand, in Verbindung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses werden ermächtigt, mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in erneute Verhandlungen einzutreten. Die Generalversammlung erwartet, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei diesen Verhandlungen der besonderen Lage der Schmiede durch Einräumung besonderer Rechte Rechnung tragen wird.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist zunächst der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vorzulegen. Hat diese ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen gegeben, wird das Ergebnis den Mitgliedern des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen zu einer Urabstimmung vorgelegt.

Die Vereinbarung gilt als angenommen, wenn die Mitgliedschaft mit Dreifünftel-Majorität derselben zustimmt.

Ist die Verschmelzung durch die Urabstimmung beschlossen, so sind die endgültigen Formalitäten durch einen außerordentlichen Verbandstag zu erledigen.“

Von einer Diskussion über diese Resolution wurde abgesehen und diese mit 30 Stimmen, bei einigen Stimmenthaltungen, angenommen. Dadurch sind die zur Verschmelzungsfrage gestellten Anträge erledigt.

Zur Maifeier

begründete Lange folgende Resolution, die ebenfalls angenommen wurde.

1. Als Grundlage der Maifeier gelten die Beschlüsse der Parteitage und Gewerkschaftskongresse. Da nun Parteivorstand und Generalkommission ihrem Auftrage gemäß eine Regelung getroffen haben, wonach die Form der Feier und damit in Verbindung stehende Unterstützung geregelt ist, beschließt die Generalversammlung, die Anordnungen des Parteivorstandes und der Generalkommission als maßgebend anzuerkennen.

2. Die Beschlüsse über die Maifeier, welche auf den früheren Generalversammlungen gefaßt wurden, werden hiermit aufgehoben.“

Zum Internationalen Arbeiterkongress in Kopenhagen wurden per Affirmation Waser-Berlin und Kamps-Hamburg delegiert und zur internationalen Metallarbeiter-Konferenz in Linden-Lange-Hamburg und Siering-Berlin gewählt.

Ueber die Revision des Verbandsstatuts

referierte Kamps-Hamburg. Er plädierte, um eine Befundung der Verbandsfinanzen herbeizuführen, den Beitrag um 5 Pf. zu erhöhen, die Wegzugsdauer der Krankenunterstützung auf 60 Tage zu reduzieren und eine kleine Einschränkung der Umzugsunterstützung vorzunehmen.

In der Generaldiskussion schlägt Kassierer Schreiber vor, die Leistungen nicht herabzusetzen, dafür aber den Beitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Beschlossen wurde: die Beiträge um 5 Pf. zu erhöhen und in der 1. Klasse auf 65 Pf., und in der 2. Klasse auf 45 Pf. festzusetzen. Für jugendliche und weibliche Mitglieder bleibt der Beitrag 25 Pf.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Eisenach, 27. Mai.

Fünfter Verhandlungstag.

Die heutigen Verhandlungen sind der Agitation und Organisation

gewidmet. Es liegen Anträge auf mögliche Beseitigung der besoldeten Gauleiter vor. Andere Anträge wollen die Gauen teilen und nach andere verlangen die Zusammenlegung der Gauen. So ist von Nürnberg beantragt, die Gauleitungen Würzburg und Regensburg nach Nürnberg zu verlegen. Genosse Staudinger bespricht die Anträge und empfiehlt Ablehnung der Anträge resp. Ueberweisung an den Zentralvorstand. Nach längerer Debatte wird demgemäß verfahren. So wird der Zentralvorstand beauftragt, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen betreffs Anstellung eines italienischen Agitators für das Baugewerbe. — In Zukunft soll der Zentralvorstand bei Beratung über Lohnbewegungen ein Mitglied des betreffenden Ortes oder Bezirkes hinzuziehen. Zur Frage der

Organisation

macht das Vorstandsmitglied Walter-Leipzig längere Ausführungen. Es liegen zu diesem Punkte 62 Anträge vor, darunter folgender Antrag des Vorstandes zur Regulierung der Beitragshöhe:

Der wöchentliche Beitrag ist in 4 Klassen einzuteilen, und zwar werden bezahlt (inkl. der Beiträge für Krankenzuschuß) bei einem Wochenverdienst bis 18 M.: 30 Pf., bis 21 M.: 40 Pf., bis 27 M.: 50 Pf., über 27 M.: 60 Pf.

Weibliche Mitglieder zahlen pro Woche 20 Pf. Beitrag und Neben alle zwei Wochen eine 40 Pf. Marke.

Von dem Erlös der Beitragsmarke bleibt am Ort: bei 30 Pf. = 4 Pf., bei 40 Pf. = 6 Pf., bei 50 Pf. = 8 Pf., bei 60 Pf. = 10 Pf.

Am Ort können mehrere Beitragsklassen geführt werden, jedoch kommt für eine Berufsgruppe auch nur ein Beitragsfuß in Frage. Etwasige Differenzen über die Beitragshöhe regelt der Zentralvorstand mit den Zahlstellen.“

Durch diesen Antrag hofft der Vorstand das Mißverhältnis zwischen Organisationsfähigen und Wirklichorganisierten zu beseitigen, da durch eine solche Beitragsregulierung es auch den schlechtest entlohnten Steinarbeitern möglich ist, sich dem Steinarbeiterverband anzuschließen.

Eine Reihe anderer Anträge will die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband. Walter meint, daß eigentlich nur die Bausteinnehmer Verbindungspunkte mit den Bauarbeitern haben. Andere Anträge wollen den Ausbau der Unterstützungsleistungen. Der Referent wendet sich dagegen und begründet eingehend einen Antrag des Vorstandes, der will, daß der Bezug der Streikunterstützung nach der Mitgliedsdauer festgesetzt wird.

Der Antrag lautet: Alle Streiks werden vom 4. Tage an unterstützt. Die Unterstützung beträgt pro Woche bei einem Beitrag von

30 Pf.	7,50 M.	für ein Kind unter 14 Jahren	0,75 M.
40	9,00		1,00
50	11,00		1,00
60	13,50		1,00

Weibliche Mitglieder erhalten pro Woche 6 M. und für jedes Kind unter 14 Jahren pro Woche 80 Pf.

Mitglieder, die bei Ausbruch eines Streiks noch unter drei Monaten organisiert sind, erhalten in allen Klassen pro Woche 3 M. weniger.“

Der Referent betont, daß eine Verbesserung der Krankenunterstützung ohne Beitragserhöhung nicht gewährt werden kann. Ebenfalls kann eine Erweiterung des Rechtszuges nicht gedacht werden. Er warnt Beschlüsse zu fassen, die den Verband lähmen. Für eine Beitragserhöhung sei keine günstige Zeit und

insolgedessen sei auch eine Erweiterung der Unterstützungsleistungen nicht angebracht. — Die

Debatte

gestaltet sich lebhaft und kommen die verschiedensten Ansichten über die Anträge zum Ausdruck. Die Delegierten von Hamburg und Berlin reden der Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband das Wort. Hierzu im Gegensatz, wie auch zur Ansicht des Vorstandes, spricht Weindl-Kappelrodek. Er plädiert lebhaft für eine Verschmelzung mit dem Steinschleiferverband. — Auch die Grenzstreitigkeiten kommen zur Sprache, und verlangen die Delegierten, daß die anderen Verbände, die Steinarbeiter als Mitglieder haben, diese abgeben, nach den Beschlüssen des Hamburger Gewerkschaftskongresses.

Kroll spricht ebenfalls zu den Verschmelzungsanträgen. Auch er meint, daß dieser Akt noch durchaus nicht dränge; aber er möchte schon heute darauf verweisen, daß sehr wohl eines Tages diese Frage brennend werden könnte und eine praktische Lösung der Frage für beide Verbände notwendig sei. Der Reichsverband der Steinschleifer hat in seinem Programm unter anderem die Organisation von Genossenschaften aufgenommen. Die Genossenschaften großen Stils sollen in erster Linie den gemeinsamen Bezug der Rohmaterialien fördern, an die sich logischerweise die genossenschaftliche Ausführung großer Arbeiten schließen wird. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit des Zusammenwirkens der Pflastersteinarbeiter und der Steinschleifer. Es ergibt sich aber weiter auch die Möglichkeit, daß die Steinschleifer, als Vorarbeiter des Rohmaterials, zugunsten der Steinarbeiter werden eingreifen können, sofern es sich um Rohmaterial handelt, das aus Bräunungen stammt, in denen die Organisation nicht Fuß fassen kann. Diese Möglichkeit wird in den Vordergrund gerückt, wenn der schon lange drohende Pflastersteinsoll auch gegenüber Schweden zur Tatsache wird.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der vorstehenden Anträge zur Regelung der Beitragsfrage und der Streikunterstützung.

Außerdem wird der Vorstand beauftragt, einen Kartellvertrag mit dem Maurer- bzw. Bauarbeiterverband in die Wege zu leiten.

Ferner wird beschlossen, daß die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen nicht zum Doppelbezug von Unterstützung berechtigt.

Zur Krankenunterstützung wird beschlossen, daß weibliche Mitglieder pro Tag 50 Pf. erhalten, bis zum Höchstbetrug von 36 M.

Die Karenzzeit für Erkrankungen soll nur einmal im Jahre 8 Tage betragen, einzeln, ob es sich um die gleiche oder andere Krankheitsursache handelt.

Der Paragraf, der von der Gewährung der Sterbeunterstützung handelt, erhält folgenden Wortlaut: „Als bezugsberechtigt gelten die Frau, Kinder bzw. deren Vormund oder die Wohlthäter, die für die Beerdigung eines Mitgliedes Gelder aufgewendet haben.“

Damit ist dieser Punkt erledigt und wird die Sitzung auf Sonnabend vertagt.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmischer Deutschlands.

Lehe-Bremerhaven, 26. Mai.

In der Nachmittags-Sitzung wird in die Besprechung der auf Finanzierung des Verbandes und der Krankenunterstützung bezüglichen Anträge eingetreten.

Saupe-Teich und Post-Nürnberg-Fürth begründen Anträge ihrer Ortsverbände auf Einführung von Staffeldbeiträgen nach der Höhe des Verdienstes. Letzterer verlangt Wochenbeiträge von 25, 35 und 50 Pf., und ersucht im Falle der Ablehnung, dem Antrage des Vorstandes, eine Erhöhung des Beitrages von 25 auf 45 Pf. vorzunehmen, stattzugeben. — In gleicher Richtung bewegt sich ein Antrag Kohl-Altona, der Beiträge von 35 auf 45 Pf. verlangt. Hiernach würden auch die Krankenunterstützungssätze zu bemessen sein. Den Mitgliedern selbst soll es überlassen bleiben, welcher Beitragsklasse sie angehören wollen. Die Unterstützung wünscht Nebner obligatorisch eingeführt.

Post-Nürnberg-Fürth zieht später seinen Antrag zurück, unterstützt den Antrag Kohl, empfiehlt aber zugleich die Verbeibehaltung des vierteljährlichen Agitationsbeitrages von 10 Pf.

Es wird beschlossen, 30 Proz. der Einnahmen in den Ortsklassen zu belassen und den Agitationsbeitrag in Zukunft nicht mehr zu erheben.

Grebe-Wegefall beantragt die Einführung von Beitragsklassen in Höhe von 30 Pf. ohne Krankenunterstützungsberechtigung und von 50 Pf. mit dieser Vererdigung. — Da h. m. Bremen verlangt einen Einheitsbeitrag von 50 Pf., und Kohl-Altona ändert seinen Antrag dahin ab, daß er Beiträge von 40 und 50 Pf. mit entsprechender Staffeldung der Krankenunterstützung fordert.

Schließlich wird der Antrag Kohl, Beiträge von 40 und 50 Pf. mit entsprechender Staffeldung der Krankenunterstützung, angenommen.

Auch die Vorstandsberichte über Einführung und Zahlung einer Krankenunterstützung gelangt mit folgenden Änderungen zur Annahme: Entsprechend den Staffeldbeiträgen werden die Unterstützungsätze pro Woche auf 3 M. bei 40 Pf. Beitrag und auf 5 M. bei 50 Pf. Beitrag festgesetzt. Mitglieder, die von den niederen in die höhere Klasse übertreten, haben die volle Karenzzeit auch bei dieser Klasse durchzumachen, bevor sie in den Genuß der erhöhten Unterstützung gelangen. Für Kollegen, die bei Inkrafttreten der Krankenunterstützung bereits 52 Wochen Mitglied sind, soll die Karenzzeit nur 28 Wochen betragen.

Es folgt nunmehr die Beratung der

Anträge zum Statut.

Ein Antrag Saupe-Teich, die Mitglieder während der Dauer ihrer Erkrankung von der Beitragszahlung zu entbinden, wird angenommen.

Wianschewski-Berlin beantragt zu § 6 des Statuts folgende Ergänzung:

„Die Mitgliedschaft erlischt: c) wenn ein Mitglied selbständiger Unternehmer wird. Als selbständiger Unternehmer im Sinne dieser Bestimmung ist nicht anzusehen, wer gelegentlich Aufträge zur Ausführung übernimmt und aus der Beschäftigung von Russen keinen oder keinen übergebührenden Unternehmensgewinn zieht. Kollegen, welche auf Grund dieser Bestimmung ihrer Mitgliedschaft verlustig gegangen sind, können in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt werden, wenn die Voraussetzungen, welche zu dem Verlust der Mitgliedschaft führten, in fortfall gekommen sind.“

Der Antrag wird angenommen.

Zu § 10 wird auf Vorschlag Haubert-Berlin entschieden, daß in Zukunft drei statt bisher zwei Hauptvorstandsmitglieder vom Verbandstag, die übrigen drei Mitglieder vom dem Orte gewählt werden, an dem der Hauptvorstand seinen Sitz hat.

Zu § 13a wird beschlossen, daß in Zukunft in einem geschlossenen Lohn- und Arbeitsgebiet nur eine Ortsverwaltung bestehen darf.

Ferner wird einem Antrage der Ortsverwaltung Berlin stattgegeben, nach dem Kollegen, die mindestens zehn Jahre dem Verbande angehören und während dieser Zeit ihre Beiträge voll bezahlt haben, wenn sie über 60 Jahre alt und arbeitsunfähig sind, von der Beitragszahlung befreit werden können.

Nach Annahme des so abgeänderten Statuts wird die Sitzung auf Freitag nachmittag vertagt.

Unserem Parteigenossen  
**Karl Bachstein**  
zu seinem 70. Geburtstag die  
herzlichsten Glückwünsche!  
Die Genossen des 681. Bezirks.

Unserem Parteigenossen und  
Jahlabendwirt  
**Karl Bachstein**  
zu seinem 70. Geburtstag die  
herzlichsten Glückwünsche.  
**Bezirk 685 u. 687.**

Zur silbernen Hochzeit senden  
unserem alten Parteigenossen  
**Christen Thorup** nebst Frau  
Oranienburger Str. 30  
die besten Glückwünsche.  
Die Genossen der 7. Abteilung  
S. Kreis.

Unserem Genossen  
**Ernst Fröhlich** nebst Frau  
die besten Glückwünsche  
zur  
silbernen Hochzeit.  
Die Genossen des 374. Bezirks  
Teil II.

Unserem Parteigenossen  
**Herm. Krause** nebst Frau  
zur silbernen Hochzeit die  
herzlichsten Glückwünsche!  
Die Genossen der Dez. 4, 5, 7  
Deutsch-Wilmersdorf.

Meinem lieben Onkel  
**Herm. Krause** nebst Frau  
zur silbernen Hochzeit ein  
donnerndes Hoch, daß  
der ganze Holzgenossenbund  
macht. **Paul Stramm.**

**Todes-Anzeige.**  
Freunden und Bekannten zur  
Nachricht, daß mein lieber Mann,  
sojablamer Vater, Bruder und  
Schwager  
**Karl Müller**  
gest. alle Tage Jakobstraße 74  
im 48. Lebensjahre verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Dienstag,  
namittags 4 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des neuen Russen-  
Kirchhofes, Holzstr., Hermann-  
straße, aus statt.  
Die tieftrauernden Hinter-  
bliebenen.  
**Ww. Emma Müller nebst Kindern.**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
des  
8. Berl. Reichstagswahlkreises.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Scham-  
wirt  
**Karl Müller,**  
alle Tage Jakobstr. 74, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 31. Mai, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Russen-Kirchhofes,  
Holzstr., Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verband der freien Gast- und  
Schankwirte Deutschlands.**  
Zahltelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Karl Müller,**  
alle Tage Jakobstr. 74, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 31. Mai, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Russen-Kirchhofes,  
Holzstr., Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband  
der Zivilmusiker Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Gustav Wustrow**  
Blitzoder Straße 9  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 29. d. Mts., nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, vom Trauer-  
haus aus statt. 20/4  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verleih-Institut:  
Frack**  
Friedrichstr. 115/116, a. Crabg.  
Vor. Greg. Brad, Gebod.  
1,50, Hose 1,00, Weste 5,00.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Bierfabrik  
**Gustav Stahl**  
am 27. d. Mts. im Alter von  
30 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 30. d. Mts., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Gethsemane-  
Kirchhofes, Nordend, aus statt.  
Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß am  
26. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, meine  
Liebe gute Frau  
**Minna Rosin**  
geb. Klotz  
im Alter von 39 Jahren nach  
langem, schwerem Krankenlager  
gestorben ist.  
Um stille Beileid bitten im  
Namen aller Hinterbliebenen  
Der trauernde Gatte u. Schwester.  
**W. Rosin, Heidefelder Str. 28.**  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 30. Mai, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt. 23/25

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes und guten Vaters,  
**Richard Evers**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten sowie dem sozial-  
demokratischen Wahlverein des dritten  
Kreises, dem Einheits- und Trans-  
portarbeiter-Verband sowie dem Ge-  
längerverein des Transportarbeiter-  
Verbandes unseren herzlichsten Dank.  
Witwe **Anna Evers** und Tochter.

**Dankfagung.**  
Allen Verwandten, Freunden und  
Bekanntem, dem Deutsch-Holzarbeiter-  
Verband (Zahltelle Berlin), dem  
Chef meines ältesten Sohnes und  
beiden Arbeiterinnen, welche meinem  
lieben Manne und unserm guten  
Vater die letzte Ehre erwiesen, für  
die reichen Kranzspenden und den  
schönen Gesang des Männerquartetts  
1908 sagen wir hiermit unseren herz-  
lichsten Dank.  
Frau **Hedwig Kalowsky**  
und Söhne.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Bad Reinerz  
Dr. Stern.**

**Hygienische**  
Bodenzurück, Neues Katalog  
in Empfehlung Aerialis u. Prof. grad. auf  
H. Fugler, Gewandwarenfabrik  
Berlin NW, Friedrichstraße 919

**Die Harnleiden**  
ihre Gefahren, Verhütung und  
Beseitigung von  
**Dr. med. Schaper,**  
BERLIN — Preis 1 Mark.  
7 Ten Tausend.  
Verlag Max Richter, Frankfurt, Oder  
Bischmühlweg.

**Möbelfabrik „Hoffnung“**  
Eingetragene Genossenschaft mit be-  
schränkter Haftpflicht.  
Berlin, Krautstr. 52.  
Bilanz vom 31. Dezember 1909.

**B. Aktiva.**

I. Kassenbestand	3 046,96 M.
II. Warenbestand	19 096,50 „
III. Waterkosten- bestand	17 886,91 „
IV. Rohmaterialien- bestand	9 949,00 „
V. Fertigungskonto	5 299,10 „
VI. Utensilienkonto	1 300,00 „
VII. Pferd- u. Wagen- konto	1 450,00 „
VIII. Mutter- u. Mo- bestkonto	520,00 „
IX. Debitorenkonto	38 821,03 „
X. Konto Dabla	1 200,00 „
XI. Bankkonto	4 890,90 „
XII. Wechselkonto	451,00 „
XIII. Gewinn- u. Ver- lustkonto	167,18 „
	101 837,58 M.

**B. Passiva.**

I. Kreditorenkonto	32 672,44 M.
II. Darlehenskonto	65 915,14 „
III. Anteilkonto	1 450,00 „
IV. Akzeptantenkonto	600,00 „
	101 637,58 M.

Am Schlusse des Jahres 1908  
waren 20 Genossen, am 1. Juli 1909  
sind ein Genosse aus, mithin waren  
am Schlusse des Jahres 1909 noch  
20 Genossen vorhanden. Das Ge-  
samthaben und die Gesamtver-  
bindungen betragen sich um 50 M. vermindert.  
Das Gesamtthaben der Genossen  
betrug am Schlusse des Jahres 1909  
1450 M. und die Gesamtverbindungen  
betrug auch 1450 M. 105/10

Der Vorstand.  
**H. Fengler, J. Soudat.**

**Land- und Wald-Parzellen**  
aus erster Hand. Rate von 4 M.  
an zu zahl. Nähe Bahnhof Fieder-  
dorf. **Otto Brasche, Potsdamer.**

**Verein für Frauen u. Mädchen  
der Arbeiterklasse.**  
Mittwoch, den 1. Juni, im Neuen Klubhaus,  
Kommandantenstraße 72:  
**Vortrag von Frau Bohm-Schuch: „Sexuelle Aufklärung“.**  
Diskussion. Gäste willkommen. 55/11 Der Vorstand.  
**Sportshaus Ziegenhals** Bahnhofstation Zeuthen,  
Post Niederlehme.  
Telephon Königs-Wusterhausen 175.  
Empfehle den Vereinen, Gewerkschaften, Fabriquen und Gesellschaften  
mein herrlich am Kronensee gelegenes Lokal zu Dampferpartien und  
Ausflügen. — Bestellungen nehme auch in meinem Berliner Geschäft:  
Restaurant zum Leuchtturm, Fontana-Promenade 18 (Tel. Amt IV. 173),  
entgegen. Auch stehen Dampf- und Motorboote zur Verfügung. **Max Mörschel.**

**Etablissement Müggelschloßchen**  
vollständig renoviert.  
**Neu eröffnet.**  
Anerkannt vorzügliche Küche.  
Oekonom **Anton Gieshoit.**  
55149\*

med. Karl Reinhardt's special-ärztliche Institute für  
**Dr. Geschlechtskrankheiten**  
Haut-, Harnleiden, Schwäche,  
Neanderstraße 12 nahe Jannowitzbrücke  
1/5 bis 1/8 Uhr.  
Potsdamer Straße 117 an der Lützowstraße, 1/2, 12-2 Uhr  
und 1/8 bis 9 Uhr abends. u. u. u. u. u. u.  
Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren  
bei frischen und veralteten Fällen. Nachweislich  
unerreichte Dauererfolge in verhältnismäßig kurzer Zeit.  
Um sich vor zwecklosen evtl. schädlichen Kuren zu schützen,  
verlange man ausführliche Broschüre in meinen Instituten  
oder durch die Post (verschlossen. Kuvert) gratis und franko,  
nach auswärts gegen Einsendung von 20 Pf. in Briefmarken.  
Der nächste Vortrag über Geschlechtskrank-  
heiten, Kurfischer und schwindelhaft, mit markt-  
schreierischer Reklame angekündigte Heilmethoden der-  
selben findet erst übernächste Woche statt. 212/17

**S. Kaliski** Iröhre **Baby**  
Firma  
In meinem größten Spezialband laufen Sie gut und  
billig, meine Schläger sind nicht zu überbieten.

1. Tennisenstr. 4.
2. Brunnenstr. 112, bei Jannowitzbr.
3. Chausseestr. 60, an der Spreebr.
4. Brunnenstr. 95, an der Köpenicker Br.
5. Frankfurter Str. 115, an der Landwehrstr.
6. Frankfurter Allee 72, an der Landwehrstr.
7. Oranienstr. 2a, an der Potsdamer.
8. Helle-Alliance-Str. 4.
9. Heusenstr. 18, an der Tempelhofer.
10. Charlottenburg, Götterstr. 2
11. Hildesr., Reuterstr. 59.
12. Spandau, Gedellstr. 23.

**Neumann, Adler,**  
Schnellmacher, säßen  
top- und rücheltst.

**Kinderbettstelle**  
von 6.50 an.  
Garantie auf Nähmaschinen 3 Jahre.  
Näh- und Stick-Unterricht gratis.  
Vertreter kommt auf Wunsch.  
1909/10. Jahres  
mit Preisangaben.  
27.50  
zu festen Kassapreisen auch bei 2 Raten,  
Nähmaschinen 4.00 monatlich an.

**Kinderwagen und Bettstellen**  
Hohe Provision für Nachweis neuer Kunden.

**Alkoholfreie Getränke,**  
mehr als hundert verschiedene Sorten Trauben-  
u. Obstweine (Moste), Fruchtsäfte, wohl-  
fehle Erfrischungsgetränke, Bier-, Limo-  
naden-Extrakte etc. — Ausführliche erklärende  
Preisliste bitte zu verlangen. — **D. Mader, Berlin S.,  
Prinzenstr. 37, Versandgeschäft gesunderhaltlicher  
Nahrungs- und Genussmittel.** Zusendung in Berlin u.  
nächsten Vororten frei Haus.

**Hurrah! Wir haben WESTMANN'S!**  
**Reise-Konfektion!**  
**Auswahl Stoffe Schnitte**  
unbegrenzt beste Qualität nur das neueste  
und dann die billigen Preise  
**Westmann**  
bei Mohrenstr. 37a Große Frankfurterstr. 115  
nahe Jerusalemstr. nahe Andreasstr.  
**im Reise- und Saison-Verkauf!**  
Urteilen Sie selbst meine Damen!  
Ein Posten Basiskostüme, -Mäntel, -Kimono's  
Ein Posten Lein-, weiße Cheviot- u. Tennis-Kostüme  
Ein Posten Staub-, Regen- und Phantazie-Paletots  
Ein Posten Röcke, Blusen, Kleider  
zum Teil für den 3.-4. Teil meiner früh. Originalpreise  
u. zwar früh. Teilw. M. 22, 40, 72, 115, 150 usw. b. 500  
jetzt Teilw. M. 8, 16, 32, 50, 65 usw. b. 250  
Sonntag geöffnet 8-10, 12-3 Uhr!  
Grüßts 2 1/2 Meter Stoff zu einem Rock  
auf Wunsch bei Einkauf von nur M. 12 an!

**Trauer-Westmann**  
Extrakt-Abteilung f. schwarze Konfektion, Kleider,  
Kleider, Hüte, Schleier in bedeutender Auswahl

Holzende Elegante Imprägnier-  
Schnitzwerke Kostüme Lederarbeiten  
v. 8. - b. 150. - M. v. 12. - b. 150. - M. v. 12. - b. 35. - M.

**Boh-Tabak** Günstiges  
Angebot!  
Durch Übernahme **A. Plonsk & Co.,** BERLIN N.,  
der Firma: **Brannenstr. 192,**  
bieten die neuen Inhaber das gut sortierte alte Lager in  
holländischen und amerikanischen Tabaken,  
welches ganz besonders günstig überkommen wurde, zu  
herausragend billigen Preisen an.  
**A. Plonsk & Co.,** Berlin Brannenstr. 192.  
N. 54.

**Ausnahme-Offerte!  
Achtung!!**  
SONO-SEWEE dritte Gänge  
Vollblatt, zartblättrig mit  
1 1/2 - 1 Pfd. bedent.  
Pintoroller  
empfehle per Pfd. inkl. Wert-  
steuer und Zoll im Detail  
ausgewogen M. 2.50.  
**Hamburger  
Rohtabak - Haus.**  
Filiale: Berlin N.,  
Brunnenstraße 190.

**W. Hermann Müller,**  
Berlin, Magazinstr. 14.  
Gehackte Jada-Einlage  
a Pfd. M. 1.15 verzollt,  
fertig zum Bearbeiten.  
Gehackte Brasil-Einlage  
a Pfd. M. 1.30 verzollt, gute  
Qualität.

**Beinkranke**  
**Dr. Strahl's**  
Ambulatorium  
Operationslose Behand-  
lung ohne Berufsbüro  
Sprechzeit: 10-12 und  
3-5 Uhr,  
Sonntags nur Vorm.  
Propag. gratis!  
**Berlin  
N 24**  
Friedrichstr. 105 1/2

**12 MARK**  
an  
**Hohen-Neuendorf**  
(Nordbahn)  
Wald. Wasser.  
Am Schützenhaus.  
10 Minuten vom Bahnhof.  
**1000 Hochwald-  
Villen-, Land-Baustellen**  
direkt an Königl. Forst.  
Langjähr. Amortisations-  
Hypothek. Kein Wohnung.  
Große Wertsteigerung  
durch den Großschiffahrts-  
kanal, Hafenanlagen, Biergl.,  
Bahnanlagen, Urt., Gas,  
Wasserleitung, Gemeinde-  
und höhere Schulen.  
Bau-Bureau am Schützenhaus.  
Berlin  
Wollenberg, Neue Königstr. 71.

Für leitfälligen Fachmann der  
**Zinfgußbranche**  
bietet ich Gelegenheit, 50jährige Zin-  
gießerei, rufeseignungsbereit, doppelt  
billig zu erwerben. Offerten unter  
P. 2 Exp. d. „Vormärkt.“ 22956

**Möbelfabrik „Fortuna“**  
Eingetragene Genossenschaft  
mit beschränkter Haftpflicht.  
Bilanz für das Geschäftsjahr 1909.  
**Aktiva.**

Kassa-Konto	72,01 M.
Bank-Konto	3 587,99 „
Anbeter-Konto	2 080,25 „
Kauf-Konto	214,50 „
Waren-Konto	4 587,27 „
Kontokorrent-Konto	7 962,05 „
	18 814,07 M.

**Passiva.**

Kapital-Konto	2 250,— M.
Darlehens-Konto	5 263,40 „
Reserve-Konto	47,53 „
Gill-Konto	190,08 „
Wechsel-Konto	5 504,72 „
Kontokorrent-Konto	5 251,31 „
Gewinn- und Verlust- Konto	804,63 „
	18 814,67 M.

Die Mitgliedszahl am 31. De-  
zember 1909 betrug 9, eingereiten  
keine, ausgetreten keine. Betrag des  
Geschäftsbuchens und der Geld-  
summe je 500,— M. 22745

Der Vorstand.  
**G. Berger, R. Mittag, O. Schroopp.**

**Westmann's Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstr.).  
II. Gesch.: Berlin NW., Große  
Frankfurter Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstr.).  
Schr. gr. Ausw. fort. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schleier  
etc. v. einfachsten bis zum  
höchelegant. Genre u. überst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
Mafanfertigung in  
10 bis 12 Stunden.

**Reste**  
Damenschuhe, schwarz und  
farbig, Costumes-Stoffe, neueste  
Muster, Tricot-Stoffe, Seiden-  
Plüsch, Sammete,  
Seide etc.  
Paletots,  
Jackets, Stab-  
mäntel, Costumes und Costum-  
rocks in grosser Auswahl

**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 5.  
**Kolonie Fichtenwalde**  
bei Beelitz i. M.  
Station Beelitz — Seltstätten.  
Baureife  
**Waldgrundstücke,**  
1/2 Morgen (1250 nm) groß, box  
500 Mark an.  
Strahlenland wird nicht berechnet.  
Kein Bauzwang. — Offener Brunnen.  
Monatliche Abzahlung.

**H. Scherhag,**  
Friedrichstr. 240.  
In der Kolonie stellt Kundin  
21625 Restaurateur Haack.

**Gneisenastraße 10,  
S. Grau,** billigste u. beste  
Bezugsquelle für  
**Möbel jeder Art.**  
Kassa und Teilzahlung.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
eleganter Herren- und  
Knaben - Garderobe  
fertig und nach Mass,  
feinste Verarbeitung.  
**S. Boltuch,**  
Frankfurter Allee 75, i.  
Eingang Tilsiter Strasse.

**Patente  
und Erfindungen.**  
Erwicklung, Bemerkung und Kauf von  
guten Patenten. Kostenlose Begut-  
achtung und Patentierung täglich  
10-11 Uhr vormittags, auch Sonntag.  
Ingenieurbüreau  
**Hierhai & Engelhardt,**  
Berlin W. 35, Luisenstraße 55b  
Telephon: VI 9664. 21306\*

**Uhren, Ketten  
Goldwaren**  
in bester Ausführung  
zu billigen Preisen  
Preisliste unsonst  
und portofrei  
**S. Kretschmer,**  
Berlin 505  
Neue Königstr. 4.

# Landpartie-

Vereins-Verlosungs-Gegenstände, Lampen, Papiermützen, Rad-Instrumente in hervorr. Ausw. Außergew. billig u. B. feine bunte Stocklisten Dtz. 35 Pf.

**Bernhard Keilich**

Größt. Spielwarengesch. d. Welt  
Gr. Hamburgerstr. 21/23  
Ecke Oranienburg Str. 19 Schauf.

## Wachtet auf!

Sorte eines Freundes der Natur-Heilmethode (50 Pf.) von Dr. med. Adolf Schlessinger, prof. Naturarzt und Magnetopäth in Berlin.

## Kranken zum Trost!

Gesunden zur Belehrung! Eine wahrhaft populär gehaltene, aus der Praxis geschöpfte 74 Seiten starke Streitschrift, die mit unerbittlicher Schärfe und Logik, belegt durch zahlreiche Beispiele, zu den Streitfragen des Tages: „Hier Schulmedizin — hier Naturheilverfahren“ Stellung nimmt. Zum Preise von 50 Pf. in jeder Buchhandlung erhältlich oder gegen Einsendung von 60 Pf. direkt durch den Kommissionsverlag **Otto Waizer**, G. m. b. H. Leipzig 5. 290/5\*

## Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet, zweifelhaft. Fäll. durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; beagl. Darm (Spez auf Gonorrhoe-Jäden) u. Sputum-Examinationen. Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- und Rohrenstraße, I. 8724. Perf. Rüdpr. bißtr. u. folientl. Geöffnet von 8-8 Sonntag von 12-1.

## Magerkeit

schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thalossia“. Preis gekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund kräft. kontrollierte Zunahme. Gar. unerschd. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin N., Greifenhagenstr. 70. Depots in folgenden Apotheken: Weidenburgerstr. 53, Leipzigerstr. 74 (Dönhoffplatz), Kronen-Apothek, Friedrichstraße 160, Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1. Spandau: Adler-Apothek, Potsdamerstr. 40. Best.: Pfanz. Eiw. Haemogl. Lecith. Bann. Natronelh. Cao. Zucker.

# Schneiderei für elegante Herren-Moden



Fertig und nach Mass. — Garantie für tadellose Sitze und beste Verarbeitung. Auf

## Teilzahlung

Wochen ab von

**1 Mk.** an.

**J. Kurzberg**  
Rosenthalerstr. 40

direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. I. Etage.

**ADAM'S**  
Präzisionsuhr die beste der Welt!  
Reich illustriert über 1000 Bilder über Silbergold- und Kette- und Brillanten etc.  
Gratis! Solides Perpetuum überall hin gehen bequemste Monats Raten ohne Preis schlag!  
Otto Jacob, senior, Friedenstraße Berlin 505

# Phänomen



Cigaretten

## Qualitätsmarke

mit und ohne, auch mit Goldmundstück, St. 2, 3, 4 und 5 Pf.

Cigarettenfabrik **NAMKORI**

Gardinenhaus Bernhard Schwarz.

Gardinen- u. Portieren- Fabrik.

Wallstraße 11. Groß und Detail.

# Farbige Pappdächer

— weiß — grün — rot —

in leuchtenden, garantiert wetterbeständigen Farben, für Sommerhäuschen, Lauben, Restaurants

Die Farben werden streichfertig geliefert und wie Oelfarbe auch auf gewöhnliche geteerte Dachpappe aufgetragen.

Sandfreie Pappen (Dachpapp-Pappen) für Wandbekleidung, Anstrichfarben für Zäune, Fenster, Türen usw. Sofort trocknend! — Hochglanz! — Billiger als Oelfarbe!

**Dachpapp-Gesellschaft, S. 61, Planufer 38**

Prospekte, Muster usw. gratis. Tel. A. IV 1933.

# Urbin



Lene, liebe Lene — Siehste wiesde lachst, Wennste blank de Stiebeln Mit Urbin dir machst!

Das Schuhputzmittel „Urbin“ ist überall zu beziehen.

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf. überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

# Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie **A. Schulz**, Reichenberger Straße 5.

6278L\*

# Neu! Vorwärtsleser und Freunde Neu!

überzeugt Euch von der Wahrheit! Es gibt keine Marke, welche der

# „Vorwärts“

Gefällig geschätzt! Cigarette Gefällig geschätzt!

an Geschmack und Qualität gleichkommt.

Keine Ausstaffung!

Nur organisierte Arbeiter!!!

Versuch überzeugt!

„Vorwärts“-Cigaretten sind überall zu haben!

Nur Qualität!

Fabrik: Berlin SW. 68, Charlottenstraße 6.

Muster an jedermann franco

# Seiden-Reste! Einlasskarten zur grossen Seiden-Messe

werden diesmal vom Seiden-Haus Seiden-Herzog nicht verschickt, damit keine Bevorratung stattfindet und jede Dame ohne Unterschied die grossen Vorteile dieses umfangreichen Seiden-Reste-Verkaufs wahrnehmen kann. Von Tausenden Resten, Kupons, Abschnitten kostbarer Seiden kann sich jede Dame nach Wunsch für einen ganz kleinen Betrag Seide zur Bluse, zum Jupon oder zum Kleide herausuchen. Ferner: Vornehme Seiden für Braut- und Hochzeits-Roben, glatt und gemustert, 1,50, 2,00, 2,25 etc. Effektvolle Seiden für Ball- und Gesellschafts-Roben 1,50, 2,25, 2,75 etc. Reineidense schw. Damaste, Merveillex etc. 1,50-2,00 p. Robe. Wundervolle Eolienes sowie herrliche Seiden-Crepons, Crêpe de Chine etc. doppelt breit, in allen Lichtfarben 2,50, 3,50 etc. Auf Extra-Tischen: Grosse Posten aparter Bast- und Foulard-Seiden für elegante Strassen- und Reisekleider jetzt 1,50, 1,75, 2,25 etc. Viele hundert einzelne Hochzeits- u. Silberhochzeits-Roben enorm billig. Schwere Damast-Putter-Seiden für Jackets u. Abendmäntel 1,50, 1,75 etc. Kostbare Seiden-Reste aus dem Inventur-Ausverkauf zu jedem annehmbaren Preis. Viele hundert schicke seidene Tüll- und Spachtel-Blusen, Jupons, Röcke, teilweise für die Hälfte und darunter. Entzückende Batist- und Wasch-Blusen 3,50, enorm billig. Änderungen sofort. Adresse genau beachten.

**Seiden-Herzog, Berlin nur Leipziger Str. 79 am Dönhoffplatz 1 Treppe**

Der Reste-Verkauf beginnt Montag 9 Uhr für jedermann.

# Moebel-Boebel

Berlin S., Moritzplatz 58.

Kein Laden! Verkauf nur im Fabrikgebäude!

Spezialität:

**Wohnungs-Einrichtungen**

einfachen und mittleren Genres.

Moderne Wohnzimmer-Einrichtung M. 290,-



Musterbuch „F“ gratis & franco.



Geöffnet 8-8. Sonntags 8-2.



M. 67,-

M. 75,-

M. 67,-

M. 30,-

M. 6,-

M. 39,-

50 Pl. wöch. Ohne Anzahlung  
Bitte genau auf Spiegel, Bilder, Decken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Stores; ferner mit kl. Anzahlung (1 Mk. wöchentlich) Haus-Nr. Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe, Bett- und Leihwänsche, Betten, Kinderbettstellen sowie einz. Möbel.  
**J. Antel**, Brückenstr. la erste Etage. od. Postkarte, nahe Jannowitzbr., la



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf Wunsch der Parteigenossen von Mariendorf weisen wir die Genossen und speziell die dortigen Friedhofsbesucher nochmals darauf hin, daß das „Graßliche Gesellschaftshaus“, Chausseestraße 305, der Arbeiterchaft nicht zur Verfügung steht. Wir empfehlen deshalb das „Parkrestaurant Kreideweiß“.

Häufiger Wahlkreis. Am Dienstag, den 31. Mai, 8 1/2 Uhr abends, findet in den Union-Festsälen, Greifswaldener Straße 222, eine kombinierte Sitzung aller Bezirke der ersten Abteilung statt.

Neben einem Vortrag des Genossen Stadtl. Karl Reid über „Fürsorgeerziehung“ stehen noch wichtige Vereins- und Abteilungsangelegenheiten auf der Tagesordnung, welche das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen bedingen.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, spricht im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3, Genossin Rosa Zugemburg über: „Der Wahlrechtskampf“.

Schöneberg. Am Dienstag, den 31. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in den Neuen Rathssälen, Meiningen-Straße 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag der Genossin Luise Zieg über: Gewinnung der Frauen für die Partei eine Notwendigkeit. 2. Vereinsangelegenheiten.

Wilmersdorf. Der Wahlverein hält Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshause, Wilmersdamm 112, seine Monatsversammlung ab. Reichstagsabgeordneter Emil Eichhorn referiert über „Erinnerungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes“.

Groß-Lichterfelde. Am Dienstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Richter, Chausseestraße 104: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Grünwald über „Industrie und Landwirtschaft“; Abrechnungen; Vereinsangelegenheiten.

Schmargendorf. Am Dienstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Wirtshaus Schmargendorf“ (Zah. Fritz Vortels), Warnemünderstraße, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom Maivergängen. 3. Kommunales. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. Vortrag des Genossen Viktor Weigert.

Treptow-Baumshulenkweg. Dienstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet für den Ortsteil Baumshulenkweg die Mitgliederversammlung bei Speer, Baumshulenkstr. 78, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der Massenstreik“. 2. Stellungnahme zur Vorstandswahl.

Pankow. An der heute Sonntag, nachmittags 2 Uhr, in Wandlich i. d. Mark bei Herrn Lassin, Gesellschaftshaus (nahe Bahnhof) stattfindenden öffentlichen Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen über: „Junkerregiment, Reichstag und Volk“ sprechen wird, werden die Parteigenossen mit ihren Frauen ersucht, sich zu beteiligen. Abfahrt vom Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal 1 Uhr 5 Minuten nachmittags.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Dienstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Vindengarten“, Vindenstraße 43, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Unser Freiheitskämpfer“, mit anschließenden Regitationen. Referent Genosse Davidsohn. 2. Wahl eines Jugendauschusses. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Tegel. Montag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Hales, Brunnstraße 23: Versammlung. Vortrag der Genossin Friedländer über: „Die preussische Volksschule“.

Vorsigwalde-Wittenau. Am Montag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Vorsigwalder Festsälen eine öffentliche Versammlung statt. Genossin Frida Wolff referiert über: „Sozialismus in der Familie“. Namentlich die Frauen werden auf die Versammlung aufmerksam gemacht.

Berliner Nachrichten.

Aus der städtischen Krankenhausverwaltung.

Die Deputation beriet und genehmigte den Entwurf für die Erweiterungen des Operationshauses im Krankenhaus im Friedrichshain und beschloß entsprechend dem Vorschlage der eingeleiteten Kommission einen durch das Anwachsen der Schwesternschaft notwendig gewordenen Neubau im Rudolf-Birchow-Krankenhaus. An einer Ecke des Parks, an der Stelle, an der noch dem ursprünglichen Bauplan ein Turnsaal vorgesehen war, also in zentraler Lage, soll ein einstöckiges, 500 Quadratmeter bedeckendes Haus errichtet werden, in dem im Untergeschloß sich ein großer Speisesaal und Nebenräumlichkeiten und ein Versammlungsraum für vierzig Schwestern befinden soll. Im Oberstod sollen 30 Schwesternwohnungen eingerichtet werden.

Von der Säuglingsstation im Garten des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhauses legte der Direktor Professor Dr. A. Baginsky Lichtbilder vor. In ihren leichtesten Bettchen oder in Penselkörben werden die kranken Säuglinge am Morgen in den Garten des Krankenhauses gebracht, wo sie bis zum Abend bleiben. Die Einrichtung hat gute Erfolge gezeigt.

Vorher hatte der Vorsitzende dem verstorbenen Ehrenbürger Professor Koch einen Nachruf gewidmet, in dem er die Verdienste des Verstorbenen um die Stadt Berlin würdigte.

Die „Berliner Klinische Wochenschrift“ erzählt, ist Geh. Medizinalrat Professor Goldscheider zum Nachfolger Senators als Leiter des Poliklinischen Instituts der Universität ernannt worden. Professor Goldscheider ist zur Zeit ärztlicher Direktor des Rudolf-Birchow-Krankenhauses.

Schwere Baukatastrophe in der Alexandrinenstraße.

Eine verhängnisvolle Baukatastrophe, die von den schwersten Folgen begleitet sein sollte, hat sich gestern in früher Morgenstunden im Süden der Stadt ereignet. Auf dem Abbruchgrundstück Alexandrinenstraße 28 stürzte der Dachstuhl ein und riß neun Arbeiter mit in die Tiefe. Zwei von den Verunglückten, der achtzehnjährige Arbeiter Gustav Mercier und der Arbeiter Hans Stark sind tot. Von den übrigen mußten sieben in schwerem Zustand nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden.

Das Grundstück Alexandrinenstraße 28, ein altes Wohnhaus, befindet sich seit mehreren Tagen im Abbruch. Die in der Mühlener Straße 107 domizilierende Firma „Bau-Industrie“ hat den Abriß übernommen. Das obere Dachgeschoß war fast bis zum

vierten Stockwerk abgetragen, und gestern morgen begannen die Arbeiter mit dem Niederlegen des Restes des Dachgiebels und des vierten Stockwerks. Mit Rücksicht auf den Passantenverkehr fingen die Leute bereits um 5 Uhr mit den Arbeiten an. Während ein Teil der Leute in der Innenschicht des Baues beschäftigt waren, standen neun Mann an der nach der Straße zu gelegenen Vorderfront. Sie lösten mit Spaten und Hacken die Mauersteine los. Pflöchlich, gegen 1/6 Uhr, kam die Mauer ins Schwanken und unter dröhnendem Gepolter stürzte sie ein. Sämtliche Arbeiter wurden mit den Bautrümmern in die Tiefe gerissen.

Auf dem Bürgersteig und teilweise auch auf dem Fahrdamm blieben die Verunglückten liegen. Durch die nachstürzenden Steine und Schuttmassen wurden die Beduenernderten noch getroffen. Sofort nach Befamtworden des Unfalles machten sich die anderen Arbeiter an die Rettung der verunglückten Kollegen. Sie befreiten sie aus ihren zum Teil qualvollen Lagen und alarmierten die Feuerwehr. Die Mannschaften eines vom Hauptdepot in der Lindenstraße eintreffenden Zuges hielten aber nicht mehr allzuviel zu tun. Die Abgestürzten, die alle aus der Höhe des vierten Stockwerkes heruntergerissen worden waren, waren zum Teil schrecklich zugerichtet. Sie wurden sobald als möglich in ärztliche Behandlung genommen. Alle Rettungswagen und Unfallstationen in der Umgebung wurden alarmiert und vom Verband für erste Hilfe trafen bald mehrere Krankenwagen auf der Unfallstelle ein. Die am schwersten Verletzten wurden in aller Eile in die Wagen geschafft und nach dem nahen Krankenhaus am Urban transportiert. Einer der Abgestürzten, der achtzehnjährige Gustav Mercier, Kristianastraße 114, fand

vor den Augen des Vaters den Tod.

Der Vater des Abgestürzten, der Polier Eduard Mercier, hatte gerade zu gleicher Erde Anweisungen an andere Arbeiter gegeben, als sich vor seinen Augen die Katastrophe abspielte. Einige der Schwerverletzten stiegen laute Schmerzensrufe aus. Sie hatten teilweise erhebliche innere Verletzungen, Arm- und Beinbrüche und schwere innere Verletzungen am Kopf und im Gesicht erlitten.

Die Namen der Verunglückten sind: der 23jährige Bauarbeiter Otto Fieser, Langestraße 87; der 33jährige Louis Stenzlaff, Schulstraße 115; der 24jährige Richard Grötmacher, Pappel-Allee 40; der 34jährige Ferdinand Gromotowski, Köpckestr. 8; der 27jährige Friedrich Freiß, Verlichingensstraße 15; der 27jährige Johannes Riergwa, und endlich der Arbeiter Hermann Röllner.

Ueber die Ursache der Katastrophe

ist seitens der Aufsichtsbehörde eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden. Die Beseitigung der Bautrümmer konnte, nachdem die Feuerwehre wieder abgezogen war, durch Bauarbeiter vollendet werden.

Wie auf eine Anfrage im Urban-Krankenhaus mitgeteilt wird, ist bei einigen der Verletzten noch immer Lebensgefahr vorhanden. Der Zustand des Freiß und des Riergwa hat sich im Laufe des Nachmittags etwas gebessert, dagegen schweben alle anderen Schwerverwundeten in steter Gefahr.

Wald- und Jagdgesellschaften für Kinder. Der Volksheilstättenverein vom Roten Kreuz teilt mit: Seit dem 1. Mai sind neben den Wald-erholungsstätten für Erwachsene auch die drei vom Roten Kreuz unterhaltenen Kindererholungsstätten wieder im Betriebe. Sie liegen sämtlich im Walde, bei Schönholz, Sabowa und Tischkamp, und während über Tag kranken und erholungsbedürftigen Kindern volle Verpflegung und Behandlung unter Leitung eines Arztes und ständiger Beaufsichtigung und Beschäftigung durch Krankenschwestern und Kinderdokterinnen. Der Verpflegungssatz beträgt nur 50 Pf. pro Tag, in besonderen Fällen wird noch Ermäßigung gewährt; wo es not tut, übernimmt die Stadt die Pflegekosten, ohne daß hiervon den Eltern Unannehmlichkeiten entstehen. Eine vieljährige Erfahrung hat gelehrt, daß die Erfolge vorzüglich und in den meisten Fällen auch die Schulleistungen bessere geworden sind. Durch städtische Lehrkräfte wird in den Kindererholungsstätten auch so viel Unterricht erteilt, daß die Kinder in ihren Kenntnissen nicht zurückkommen. Anmeldungen sind an das Bureau der Erholungsstätten, Friedrichstraße 207, zu richten. Sprechzeit vormittags 10-11 Uhr.

Nachmals die Tegeler Sechserbrücke. Der amtliche „Tegeler Anzeiger“ pöbelte wegen der von uns wiederholt, schon im vorigen Jahre, erklärten Mißstände an der Tegeler Hasenbrücke, die namentlich bei dem Unwetter am zweiten Pfingstfesttag so äußerst grob in Erscheinung traten, mit einem mehrere Spalten langen, total verunglückten Rechtfertigungsartikel seines Redakteurs Otto Sonnenburg den „Vorwärts“ an. Mit der Person dieses Herrn brauchen wir uns nicht weiter zu beschäftigen, denn es spricht schon zur Genüge für seine vornehme Kampfesart und auch für seine Wahrheitsliebe, daß er ein eifrig tätiges Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ ist. Es kann also nicht verwundern, daß diese eine Redaktionsstube, die während des Pfingstunwetters irgendwo auf der Vierbank saß, abzuweichen sucht, was Hunderte und Tausende, die sowohl in Tegel als in Berlin wohnen, mit eigenen Augen gesehen haben. Wenigstens muß jetzt auf die von allen Seiten auf die Tegeler Brückenverwaltung hereinprasselnden Anklagen schon zugestanden werden, daß, ausgerechnet in der kritischen Zeit, also während des großen Ansturms auf die Brücke vom Walde her, die nach dem Tegeler See zu gelegene Hälfte des Brückentores eine Viertelstunde lang geschlossen war, weil sich die dort stehenden beiden Ventile wegen durchnähter Kleidung unziehen mußten. Also damit zwei Brückenbeamte sich umziehen können, läßt man eine Viertelstunde lang Tausende in frömderem Regen, unter Wind und Donner auf der Brücke warten! Dieses Unverständnis, das noch gar eine Entschuldigung sein soll, zeigt aller Vernunft die Krone auf. Zehntausende von Verletzten müssen in Wind und Wetter ihre Pflichten tun. Das bringt der modernen Verkehre, so bedauerlich es mitunter für den einzelnen sein mag, nun mal so mit sich. Wir möchten nicht nachforschen, ob die Tegeler Brückenverwaltung die Pfingstmisere zum Anlaß genommen hat, um für die Brückenbeamten wasserdichte Regenmäntel anzuschaffen oder um die unbedachte eine Hälfte des Brückentores auch zu überdachen. Das kostet ja Geld und schmälert die fetten Einnahmen. Was aber zu Pfingsten passiert ist, kann jeden Sommeranfang abermals passieren. Hausdick gelogen ist es, daß die ominöse Brückenhälfte nur während der einen Viertelstunde geschlossen war. Sie war zeitweise auch vor dem Gewitter schon geschlossen. Die nichtamtlichen Tegeler Nachrichten“, die dem „Amtsanzeiger“ zu viel Ehre antun, wenn sie mit einem spaltenlangen perlässigen Artikel antworten, bestätigen nachmals die Richtigkeit unserer Angaben, daß die Beamten während des Gewitters eine ganz unnötige Nervosität und ein ängstliches Hasten an den bürokratisch vorgeschriebenen Bestimmungen gezeigt haben. Ueber die Tüchlichkeit von Brückenbeamten gegen Damen schreibt die Reichsverbandstube: „Wie gut kleidet es doch plötzlich die Sozialdemokratie, daß gerade die Herren Genossen sich plötzlich zu Kanarienern der hohen Weiblichkeit aufwerfen und wegen „roher Tüchlichkeit“ sogar gegen durchaus anständige Damen“ für diese in sitzlich entwürdeter Mitternacht eine Lauge einleiten.“ Jeder Kommentar zu dieser weiteren Robheit ist überflüssig. Aber einen besonderen Genuß wollen wir dem

„Amtsblatt“, das so jämmerlich im Düstern tappt, doch noch bereiten. Die betreffenden Aufschriften über die Sechserbrücke gehen uns nicht von Tegeler Einwohnern, sondern von einer Berliner Zeitungskorrespondenz zu, deren Inhaber persönlich zu Pfingsten die Mißstände beobachtet und gesehen hat, wie während des Gewitters Frauen behandelt worden sind. Wegen der erst angekündigten amtlichen Untersuchung kopiert der „Amtsanzeiger“ schon wieder ab. Das ist eigentlich das Bezeichnende an der ganzen Sache.

Die Schöneberger Ladenbesitzer sind in eine lebhaftere Bewegung eingetreten, um Front zu machen gegen die beschiedenen Kirchpauken in Berlin und Schöneberg an Sonn- und Feiertagen. Seit Jahren schon versuchen die betreffenden Interessenten bei der Regierung vorstellig zu werden, daß die Kirchzeit in Berlin und Schöneberg einheitlich geregelt wird. Am meisten geschädigt ist der Schöneberger Stadtteil am alten Dolanischen Garten nach Bedauung des jetzt erschlossenen Geländes. Dort werden, wie projektiert, große Geschäftshäuser auf Berliner Gebiet entstehen, die an Sonn- und Feiertagen um 10 Uhr mit der Kirchzeit beginnen, während die Ladenbesitzer auf dem gegenüberliegenden Schöneberger Gebiet schon um 9 1/2 Uhr morgens schließen müssen. Die Schöneberger Ladenbesitzer petitionieren nunmehr um einheitliche Kirchzeit, sie haben in den Zigarengeschäften Listen zur Einzeichnung ausgelegt.

Verlängerung einer Straßenbahnlinie. Die Linie 66 der Großen Berliner Straßenbahn Lichtberg, Dorfstraße-Friedenau, Kaiserplatz, wurde im Dezember vorigen Jahres bis zum Friedrich-Wilhelmplatz in Friedenau versuchsweise verlängert. Die endgültige Verlängerung ist jetzt genehmigt und wird am 1. Juni eingeführt.

Die Universitäts-Frauenklinik in der Artilleriestraße war am Donnerstag der Schauplatz einer erregten Szene. Hier war am Abend, etwa um 10 Uhr, eine Frau aus Niederschöneberg eingeliefert worden, die sich im siebenten Monat der Schwangerschaft befand und von ihrer bereits abgestorbenen Leibesfrucht entwunden werden wollte. Unter großen Schmerzen hatte sie im Krankenwagen den weiten Weg bis Berlin zurückgelegt, und sie hoffte bestimmt, in der Frauenklinik Aufnahme zu finden, weil die Gebärme auf vorherige telephonische Anfrage eine bejahende Antwort erhalten hatte. Als aber der Krankenwagen vor der Anstalt vorfuhr und die Schwangere hinaufgetragen wurde, erklärte der Arzt Dr. Weischer, sie könne nicht aufgenommen werden. Das Warum ist nicht so ganz klar. An Platz fehlte es wohl nicht, auch erbot sich der mitanwesende Gatte, jeden Preis für Verpflegung in besonderer Klasse zu zahlen. Es scheint, daß man in der Frauenklinik der Meinung war, der Fall eigne sich nicht für diese Anstalt. Trotz aller Bitten des Gatten blieb es bei der Ablehnung, so daß die Schwangere in den Krankenwagen zurückgetragen werden mußte. Sie wand sich in Schmerzen und jammerte laut, während ihr Gatte immer wieder mit Angeflehten und Ärzten und schließlich auch mit dem Anstaltsleiter, Geheimrat Oshausen, selber verhandelte. Auf der Straße, wo der Krankenwagen hielt, wurde unter Passanten der Sachverhalt belauscht. Unmäßig sammelte sich eine große Menschenmenge an, aus der Rufe der Verwunderung und der Entrüstung laut wurden. Von der Anstalt aus wurde noch nach anderen öffentlichen Krankenhäusern und auch nach privaten Kliniken telephoniert, aber man schien die Frau nirgends aufnehmen zu können oder zu wollen. Wo sie schließlich Unterkunft gefunden hat, das entzieht sich unserer Kenntnis. Niemand eine Stunde hätte es gedauert, bis endlich der Krankenwagen mit ihr wieder abfuhr.

Blumenpflege ohne Blumen. Es wurde bereits mitgeteilt, daß der Verein für Blumenpflege in den Gemeindefrühen Berlin auch in diesem Jahre wieder an die Säulinder Töpfe für 10 Pf. zur Aufsicht abgeben will und zwar mit ganz besonderer Auswahl der Pflanzen, die dann in einer besonderen Ausstellung zur Aufsicht gebracht werden sollen. Die Anträge haben in den Säulinden bereits stattgefunden, die Bestellungen seitens der Kinder sind längst erfolgt und ihren Großeltern haben sie auch wohl meist schon bezahlt. Was aber immer noch fehlt, das sind die Blumen. Täglich tragen die kleinen Blumenfreunde nach den Pflanzen, aber immer muß ihnen geantwortet werden, daß sie noch nicht geliefert worden sind. Das ist nun nicht etwa in diesem Jahre das erste Mal. Derselbe Beobachtung kann man in jedem Jahre machen. Wir haben jetzt Ende Mai, wann sollen denn die Kinder die Blumen groß ziehen, wenn sie nicht bald kommen. Die ungefähre Nachfrage müßte doch endlich aus den vergangenen Jahren bekannt sein, so daß mit der Lieferung der Töpfe schon Anfang Mai begonnen werden könnte.

In der Leichenkammer des Friedrichshain-Krankenhauses haben mehrere Personen — eine Mutter und drei Töchter, die dort eine Leiche beaufsichtigten — ein Erlebnis gehabt, durch das sie in große Aufregung versetzt wurden. Während sie in dem Vorraum verweilten, hörten sie plötzlich einen Lärm, ähnlich einem Schreien oder Aulbeulen, das ihnen aus der Leichenkammer oder einem der angrenzenden Räume zu kommen schien. Die Mutter teilte entsetzt dem Diener ihre Wahrnehmung mit und fügte hinzu, daß Klinge ja fast so, wie wenn hier ein Scheintoter wieder zum Leben erwacht sei. Der Diener suchte sie zu beruhigen, aber die erschrockene Frau erzählte nachher draußen im Garten des Krankenhauses — es war gerade Besuchszeit — noch anderen Personen, was sie da drinnen erlebt zu haben meinte. Als sie die Anstalt verließ, fragte sie am Ausgang noch einmal den Portier, was denn der von ihr vernommene Lärm sei gewesen sein könnte, und sprach auch zu ihm von der Möglichkeit des Wiedererwachens eines Scheintoten. Der Portier belehrte sie dann, da werde sie gewiß die Hunde gehört haben, die im Krankenhaus als Versuchstiere gehalten werden. Hiermit hätte die Sache erledigt sein können. Doch das was gewordenen Mißtrauen schwand noch immer nicht, und auf Umwegen gelangte schließlich an uns die Meldung, in der Leichenkammer des Friedrichshain-Krankenhauses solle ein Scheintoter zum Leben wieder erwacht sein. Wenn wir das auch nicht glauben konnten, so hielten wir es doch für unsere Pflicht, zu untersuchen, um was für einen Vorgang es sich dabei handeln könnte und wie jenes Geräusch entstanden sei. Leider mußten wir uns dabei auf die Befragung privater Personen beschränken, weil wir aus früher gemachten Erfahrungen die Heberzeugung gewonnen haben, daß Angestellte der Anstalten unserer Stadt uns jede Auskunft verweigern werden. Wir haben oben wiedergegeben, was wir zu ermitteln vermochten, und wir dürfen wohl annehmen, daß die Sache sich in der Tat so abgespielt hat.

Der Unbeteiligte wird vielleicht finden, daß diese Geschichte, die so gruselig begann und mit einer so harmlosen Aufklärung endete, lediglich erheitend wirken könne. Dieser Ansicht möchten wir doch nicht so ganz beistimmen. Wir wissen nicht, ob im Friedrichshain-Krankenhaus wirklich die Versuchstiere in nächster Nähe der Leichen und mit ihnen unter einem und demselben Dach untergebracht sind. Wir legen auch kein Gewicht darauf, ob diese Annahme zutrifft oder nicht. Tatsache ist aber, daß jene Besucherinnen der Leichenkammer in nächster Nähe der Leichen ein Aufschreien oder Aulbeulen wahrgenommen haben, zu dessen Erklärung nachher ein Angestellter der Anstalt auf die Hunde verwiesen hat. Unseres Erachtens sollte schleunigst dafür gesorgt werden, daß die Wiederholung eines solchen Vorkommnisses ausgeschlossen wird. Die Krankenhausverwaltung wird es für ihre Pflicht halten müssen, von den Leichenkammern der Krankenhäuser alles fernzuhalten, was auf empfindliche und erreg-



**Dampfer-Station Stralauer Tor — Warschauer Brücke.**  
**Dampfer-Extrasteifen**  
 nach Wolterdorfer See mit W. ...  
 Abfahrt vorm. 9.10 Uhr, nachm. 2.10 Uhr, hin u. zurück 50 Pf. Kinder die Hälfte  
 Sonntag 9.— 2.15 75  
 von Gärde Westen 5 Min. später. — Stadtbahn, Städtische Straßenbahn  
 Warschauer Straße, Hochbahn Stralauer Tor.  
 Veranlassung von Dampfern jeder Größe.  
 Telefon: Amt VII, 728. **Reederei Fr. Sawert.**

**W. Kubes Festsäle, Alte Jakobstr. 75, früher Feuerstein.**  
 Empfehle meine Säle zu jeder Art Festlichkeiten und Versammlungen. Für Sommerfeste prachtvoller Garten mit Bühne und Kaffeefläche nach an einigen Sonntagen ohne Bedingungen zu vergeben. Fernspr. Amt I Nr. 867.

**Vornehm**  
 wirkt ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, samtweiche Haut und ein blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte  
**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**  
 von Bergmann & Co., Radebeul, à St. 50 Pfg. Überall zu haben.

**Volkshaus Charlottenburg**  
 Rosinenstraße No. 3  
 empfiehlt seine Säle und Vereinszimmer zu Festlichkeiten, Versammlungen usw.  
 10—1000 Personen fassend.  
 Angenehmer Aufenthalt im schattigen Garten.  
**Kräftiger Mittagstisch a 60 Pfg.**  
 Zu jeder Tageszeit reichhaltige Auswahl in Speisen und Getränken.  
 4 Kegelbahnen. Billards.  
**Die Geschäftsleitung.**  
 I. A.: G. Gohls, Oekonom.  
 104/9

Einer der **schönsten Ausflüge** ist die nach der am Wald und Wasser gelegenen bei **Mönchmühle Schildow!**  
 Vorzügliche schattige Plätze am romantischen Mühlensteich. Vorzügliche Küche und Getränke. Kaffeeküche. Wanderer- und Turnvereine ganz besonders empfohlen.  
 Um gültigen Zuspruch bittet  
**E. R. Arndt, Amt Mühlenbeck No. 10.**

**Berliner Humor-Quartett**  
 G. Creuer, Kautzen-Allee 40

**Zigarren** Großer Rollen anerkannt gute 5 Pfg. Zigarren verlanke 100 Stück 3,50 M. Garantiert rein Hebrerisch. Wenn nicht gefüllt, Geld zurück. Genossen erhalten extra 5 Pfg. Rabatt. (22735)  
**Bormann, Elisabethstr. 59.**

**Treptow Keglerheim** Köpenicker Landstraße 19  
 Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung. Großer, schattiger Garten. Saal: 400 Personen fassend. 4 Kegelbahnen. Verfrachten, Vereinen, Bekannten bestens empfohlen.  
 51672\* **Franz Eschstrath.**

**Achtung! Bewilligte Bäckerei! Achtung!**  
 Letzte dem verehrten Publikum und der Nachbarschaft mit, daß ich die **Bäckerei Rügenstr. 3** käuflich übernommen und zugleich die Fortsetzung des Bäder- und Konditorien-Vereins anerkannt habe. Es wird mein Bestreben sein, gute Ware zu liefern und den Tausch einzuhalten.  
 23215 **Achtungsvoll Karl Beier, Bäckermeister, Rügenstr. 3.**

**Pappel-Allee 11, Minute Schönhauser Allee:**  
 Großer Laden mit Zimmer u. Küche. 3-Zimmerwohnung mit Mädchenzimmer, Küche, Speisekammer, Bad, elektr. Licht, etc.; **Rekonstr. 22 Zäden**, große Küche, Speisekammer, Zimmer, grobem Kamin per sofort.

**Stauend billig.**  
**Land-, Obstbaum- und Hochwald-Parzellen**  
 Nassenheide (Nordbahn)  
 v. 250 M. an Danderte in kurzer Zeit ver. Tel. Wolff täglich im Bahnhofrestaurant anzutreffen.

**Andreas-Festsäle** Andreasstr. 21, vis-a-vis Andreasplatz.  
 Inhaber: **Hermann Borgmann.**  
 Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine bis 1200 Personen fassenden Säle zu Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen.  
 Große Theaterbühne mit elektr. Beleuchtung.  
 Frei geworden: Sonnabend Oktober, Dezember 1910!  
 Telefon VII. 3020. **Hermann Borgmann.**

**Charlottenburg.**  
**S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12**  
 Ecke Schulstraße  
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von  
 — guten selbstangefertigten Sommer-Anzügen und Paletots für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen.  
 Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45.— M. an in eigener Betriebswerkstätte.

**J. Baer**  
 Badstr. 26 Ecke Rosenthaler-Allee  
 Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. **Eleg. Paletots.**  
 Großes Stofflager zur Anfertigung n. Maß.  
 Allerbilligste, streng feste Preise.

**„Schweizerhof“**  
 Meierei und Milch-Kuranstalt liefert  
**Vollmilch u. Kindermilch**  
 zu jeder Tageszeit  
**frei Haus** zu den üblichen Preisen.  
 Lieferant der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.  
 Besichtigung der Meierei jedermann Sonntags, nachmittags 3 bis 5 Uhr, gestattet.

**Gasthof zur Schleuse** Neue Mühle  
 den geehrten Vereinen, Fabriken usw. zu Dampfer- und Kremserpartien bestens empfohlen.  
 Hochachtungsvoll  
**Wilhelm Thormann.**  
 22975

**Erfrischend! Durststillend!**  
 Abkühlende, erfrischende Limonaden mit dem wundervollen Aroma frischer Früchte bei einflüchtigem Julij einiger kosten pro Glas **nur 1 Pf.** Tropfen **Noa's Original-Extrakt** zu einem Glas Wasser mit etwas Zucker.  
 Noa's Original-Extrakte sind in jedem Fruchtaroma erhältlich. Himbeere, Zitrone, Apfelsine, Erdbeere, Waldmeister usw. Flasche 50 Pf.  
 Noa's Original-Extrakte ergeben auch herrliche Sirupe als Zusatz zu Weisköper oder Selters, für Puddings, Speisen, Cremes usw.  
**MAX NOA, Fruchtsaftpresserei, Nieder-Schönhausen, Treskowstraße 5—6**  
 Berlin, Elsasser Straße 5 (drittes Haus vom Rosenthaler Tor).

**Wanzen** Schwaben, Kotten, Ameisen, Flöhe nebst Brut, Nissen und Nester vertilgen unter Garantie **M. Schweikart's** Spezialmittel.  
 Zu haben nur in meinen Geschäften Rantensellstr. 92 — Potsdamerstr. 64. Tel. 31. 4. 1221.

**Marke Solidaria, gen. gesch. erstklass. Fahrrad**  
 auf Wunsch **Teilzahlungen.**  
 Anzahlung Mark 20.—, 30.—, 50.—, Abschlag bis 18.—, Fahrradteile spottbillig. Katalog gratis und franko.  
**J. Jendrosch & Co., Charlottenburg Nr. 81**

**H. JOSEPH & Co.**  
 Berliner Straße 54/55 RIXDORF Ecke Jägerstraße

In dieser Woche **Einmaliges Angebot** Nur so lange Vorrat

**Waschstoffe für die Hälfte des Preises**

!!	Große Posten Baumwoll. Musseline	Wert bis ca. 75 Pf., jetzt durchweg Meter	<b>38</b> Pf.	!!
	Große Posten Reinwoll. Musseline	Wert bis ca. 125 Pf., jetzt durchweg Meter	<b>58</b> Pf.	
	Große Posten Zephyr	Wert bis ca. 95 Pf., jetzt durchweg Meter	<b>48</b> Pf.	
	Große Posten Ottomane starkfädiges Ripsgewebe in vielen Farben	Wert bis ca. 160 Pf., jetzt durchweg Meter	<b>95</b> Pf.	

**Rabatt- u. Prämien-Marken** In den Sommermonaten bleiben unsere Geschäftsräume Sonntags von 10 Uhr ab geschlossen. **Doppelte Vorteile**

**Kleine Anzeigen**  
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
 Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Kaiserhof, Große Frankfurterstraße 9, Plauenweg. Vormärtsverkauf 6 Prozent Extrarabatt. Sonntags geöffnet.  
 Teppiche billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Plauenweg.  
 Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Plauenweg. 24918\*  
 Vorwärtsfeier erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend angeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thema! Plauenweg 160, Oranienplatz.  
 Teppiche, farbige, feine, spottbillig.  
 Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Kleiderstoffe für halben Wert.  
 Sänfterei spottbillig.  
 Sofakleider spottbillig.  
 Vorwärtsfeier, beachtet vorstehende 5 Anzeigen. 3678\*
 Mahagoni. Suche Knabenanzüge 1,50. Herrenanzüge 0,50. Paletots 12,00. Rouleaux 1,00. Kleiderstoffe 2,00. Zwanglose Beschaffung. Verkauf an Private. Zuschussgeschäft Potsdamerdamm 16/17.  
 Zuckerbüchsen, volle Bestgröße 2,50, in Orbstall 6,35. Zuckerbüchsen 1,85. Erdnussbutter 4,35. Teppichhaus Emil Keflere, Oranienstraße 158. 5978\*

**Teppiche:** (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Baum. Dacheiser Markt 4, Bahnhof Börje. (Leiter des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!  
**Wandbildhaus** Kreyder, Altkirchplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Warenverkauf, Deckenverkauf, Schmuckfächer, Goldschmuck, Silberfächer, verfallene Wänder. 24928  
**Reihhaus „Schöneberg“**, gegenüber Bahnhof, Sedanstraße 1, Telefon Amt 6, 15667, bietet reich Gelegenheitskäufe in verpöndel Gewejenen und neuen Anzügen, Sommer- und Winterpaletots, einzelnen Hosen, goldenen, silbernen Herren- und Damen-Kammetoile, Hüten, Ketten 3,50 an, ferner goldene Ringe, Broschen, Uhren, Platinen, Fahrräder, Kreislingler 10 Part an. Richard Eichelmann. 2008\*

**Vereinsbibliotheken** empfehlen mir zur Ergänzung ihres Bestandes unser großes Lager antiquarischer Bücher aus allen Gebieten der Literatur, Wissenschaften, Kataloge gratis. Berlin O, Rurstr. 37. Lederer, Buchhandlung und Antiquariat. 2618  
**Steppdecken**, haunend billiger Massenerwerb! Similtische 3,95, 4,55 bis 10,50. Wundervolle doppelte 6,55, 8,35. Steppdecken Richard Wolf, Dresdenerstraße 8 (Rothbühlertor). Abonnement Rabatt!! 7558\*

**Gumboldleihan!** Brunnenstraße 88! Großer Wänderverkauf! Gelegenheitskäufe! Oberbetten 4,50. Kopfkissen 1,75! Bezüge 2,50! Laten 0,90! Damenbetten! Extrabilliger Gardinenverkauf! Prachtvolle! Damenpaletots! Kostümkleider! Hoch-elegante Jodettanzüge! Sommerpaletots! Sommeranzüge! Extrabilliger Herrenverkauf! Kettenverkauf! Wänderverkauf! Spottpreise! Nicht trenn! Brunnenstraße 88, Eckhaus Stralauerstraße! 5508\*

**Knabenanzüge**, Anfertigung allerbillig! Frau Becker, Denauerstraße 23, II. 700  
**Wohnhaus** in Suden zum Alkewohnen mit großem Obdachten ist zu verkaufen. Anzahlung 3000 RM. Näheres Rantensellstraße 109, Ledererhandlung. 427  
**Knabenanzüge**, Anfertigung allerbillig! Frau Becker, Denauerstraße 23, II. 700  
**Wohnhaus** in Suden zum Alkewohnen mit großem Obdachten ist zu verkaufen. Anzahlung 3000 RM. Näheres Rantensellstraße 109, Ledererhandlung. 427  
**Knabenanzüge**, Anfertigung allerbillig! Frau Becker, Denauerstraße 23, II. 700  
**Wohnhaus** in Suden zum Alkewohnen mit großem Obdachten ist zu verkaufen. Anzahlung 3000 RM. Näheres Rantensellstraße 109, Ledererhandlung. 427

**Gelegenheitsverkauf!** Keine drei Banknoten, niedlichen Vorort, verkaufe billig, Käufer erhält Sommerhäuschen, Brunnen gratis. Zigarrengeheim, Gipsstraße 23b. 7132  
**Moderner Kinderwagen** zu verkaufen. Scheffler, Lützenstraße 156.  
**Zahnstuhl**, billig! Stoffregal 13,50. Fußschneidemaschine 12,50. Nähmaschine 20,00. Fußschneidemaschine 4,50. Hoff, Wilmersdorf, Kirchstraße 14.  
**Kleiderkasten**, 9 mal 12, billig. Dieblich, Rixdorf, Hermannstr. 45.  
**Sportwagen** mit Verdeck, Gummi, verkauft! Giesmann, Rixdorf, Hermannstraße 42/43. 7107  
**Zahnärztliche**, Tumpff 450,00, Anzahlung 100,00, Rest Bier-amortisation, gibt Schrüder, See-straße 68k. 7184  
**Zierwagen** und alle Sorten Räder, Kleiderportwagen billig! Tadjentstraße 101. 2353b  
**Haarfärbemittel**, unbedenklich, Probeflaschen 0,50. Winterfeldt, Steglitzerstraße 25. 188/8  
**Freiwiliger** auf Teilzahlungen. Schneider, Uhrmacher, Brunnenstraße 137. 188/7\*  
**Moderner** Kinderwagen. Blumenstraße 68, Lokert. 757  
**Kinderwagen**, gut gehalten, billig zu verkaufen. Zeiser, Unterstr. 93, Gartenhaus II. 2352b  
**Elegante Einrichtung** zur Kneipe Berlin 112, Finowstraße 32. 7

**Wohnhaus** in Suden zum Alkewohnen mit großem Obdachten ist zu verkaufen. Anzahlung 3000 RM. Näheres Rantensellstraße 109, Ledererhandlung. 427  
**Knabenanzüge**, Anfertigung allerbillig! Frau Becker, Denauerstraße 23, II. 700  
**Wohnhaus** in Suden zum Alkewohnen mit großem Obdachten ist zu verkaufen. Anzahlung 3000 RM. Näheres Rantensellstraße 109, Ledererhandlung. 427  
**Knabenanzüge**, Anfertigung allerbillig! Frau Becker, Denauerstraße 23, II. 700  
**Wohnhaus** in Suden zum Alkewohnen mit großem Obdachten ist zu verkaufen. Anzahlung 3000 RM. Näheres Rantensellstraße 109, Ledererhandlung. 427

